

47
M(46)

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Sozialismus und Demokratie sind unbesiegbar	1
ZOLA DRAGOITSCHEWA — Die Freundschaft der slawischen Völker	3
ILJA EHRENBURG — Verteidiger der Kultur	5
W. AWARIN — Eine neue Etappe der amerikanischen Einmischung in China	10
Zuschrift an die Redaktion:	
Professor A. N. TRAININ — Die gefährlichen Konzeptionen von Mister Finch	15
Internationale Umschau (Notizen)	18
A. GALKIN, I. ROMANZOW — In „Bizonesien“ (Reisenotizen) . .	20
Kritik und Bibliographie:	
B. BYCHOWSKI — Der britische Professor Toynbee über „Osten“ und „Westen“	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

46

12. November 1947

VERLAG DER ZEITUNG "TRUD" — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12

Sozialismus und Demokratie sind unbesiegbar

Die Feier des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist zu einer mächtvollen Demonstration der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts in der ganzen Welt geworden. Das Sowjetvolk feierte seinen bedeutenden Gedenktag in der Aureole großer Siege des Sozialismus, die sowohl auf den Schlachtfeldern als auch in friedlicher Schöpferarbeit errungen wurden.

Der 30. Jahrestag des Sowjetstaats gibt Freunden wie Feinden fortschrittlicher Entwicklung der Menschheit reichlich Anregung zum Nachdenken.

Schon vor 20 Jahren schrieb Genosse Stalin in einem Artikel, der am 10. Jahrestag der Oktoberrevolution veröffentlicht wurde:

„Der Sieg der Oktoberrevolution bedeutet einen tiefgreifenden Umschwung in der Geschichte der Menschheit, einen tiefgreifenden Umschwung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, einen tiefgreifenden Umschwung in der Befreiungsbewegung des Weltproletariats, einen tiefgreifenden Umschwung in Kampfmethoden und Organisationsformen, im Alltagsleben und in den Traditionen, in der Kultur und der Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.“

Diese Worte wurden an der Schwelle des ersten Stalinschen Planjahrfünfts geschrieben. Damals, vor 20 Jahren, schickte sich das Sowjetland eben erst an, jenen gigantischen Sprung zu tun, der unser Land in beispiellos kurzer Frist aus einem rückständigen Agrarland in eine fortgeschrittene, hochindustrialisierte sozialistische Macht verwandeln sollte.

Die in unserem Lande errichtete sozialistische Gesellschaft hat ihre entscheidende Überlegenheit über den Kapitalismus unwiderleglich bewiesen. Genosse W. M. Molotow hat die großartigen Siege des Sozialismus in ihren Ergebnissen zusammengefaßt in seinem Referat zum 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, das, wie von allen einigermaßen gewissenhaften Kommentatoren festgestellt wird, von ernster Sorge um den Frieden in der ganzen Welt durchdrungen ist.

Das Leben hat die große Fortschrittlichkeit der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung und des sowjetischen Wirtschaftssystems gezeigt. Seinen Ausdruck findet dieser progressive Charakter in dem hohen Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Kriege und im raschen Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege, in der Einheit und Geschlossenheit des Sowjetvolkes um die Partei Lenins-Stalins und den Sowjetstaat, in der großen Kraft des Sowjetpatriotismus. Genosse Molotow brachte die Gedanken und Gefühle nicht nur des gesamten Sowjetvolkes, sondern auch von Millionen Werktäglichen der ganzen Welt zum Ausdruck, als er sagte:

„Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat den Völkern die Augen darüber geöffnet, daß das Zeitalter des Kapitalismus zu Ende geht und daß sichere Wege zum allgemeinen Frieden und zu einem großen Fortschritt der Völker eröffnet sind. Die krampfhaften Anstrengungen der Imperialisten, denen der Boden unter den Füßen schwankt, werden den Kapitalismus nicht vor dem herannahenden Untergang retten. Wir leben in einem Zeitalter, wo alle Wege zum Kommunismus führen.“

Die Lakaien der Reaktion ziehen es nicht selten vor, ihre Augen vor der progressiven Entwicklung der Menschheit zu schließen. Sie proklamieren einen Kreuzzug gegen den Kommunismus. Mit dem gleichen Erfolg könnten sie einen Feldzug gegen das Weltgesetz der Gravitation proklamieren. Im Unglauben an seine inneren Kräfte predigt der amerikanische Imperialismus den Glauben an die Kraft der Atombombe. Das Geheimnis der Atombombe aber besteht schon längst nicht mehr. Es ist also an der Zeit, mit den unverkennbar bankrott gegangenen Methoden der berüchtigten Atomdiplomatie, die der Sache des Friedens nichts als Schaden gebracht hat, Schluß zu machen. Politiker, die nichts im Busen hegen als Atomerpressereien, bescheinigen sich nur selbst, daß es schlecht um sie bestellt ist.

Was die Sowjetunion anbelangt, so hat sie den ruhmreichen dreißigjährigen Weg ihrer Kämpfe und Siege nicht zurückgelegt, um sich von blind-

geborenen Reaktionären einschüchtern zu lassen, die mit ihren inneren Angelegenheiten nicht fertig werden können. Die Sowjetunion ragt wie ein Granitfelsen auf inmitten des tobenden Meeres der zerstörenden Elementargewalten des Kapitalismus. Um die Sowjetunion schließt die gesamte fortgeschrittene und fortschrittliche Menschheit ihre Reihen zusammen, zu ihr stoßen alle, die gegen die kapitalistische Sklaverei, für den allgemeinen Frieden und die Völkerfreiheit kämpfen.

Die Sowjetunion ist gleich am ersten Tage ihres Bestehens an die Spitze des Kampfes für den Frieden getreten. Sie strebt unentwegt nach dem Ausbau friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern, die den Wunsch zur Zusammenarbeit zu erkennen geben. Die Sowjetunion demonstriert stets und ständig ihren Willen zur Entwicklung und Festigung der internationalen Zusammenarbeit. Den klarsten Beweis dafür, wie tief unser Land an einem stabilen und lauernden Frieden interessiert ist, bietet das von Genossen Stalin entworfene großartige Programm für die nächsten Planjahrhunderte. Dieses Programm verheißt einen neuen machtvollen Aufschwung der Volkswirtschaft, der unserem Lande die Möglichkeit geben wird, das Niveau der Industrieproduktion etwa auf das Dreifache des Vorkriegsniveaus zu erhöhen. Was können die Bankrotteure des jetzigen Kapitalismus, die in den einen Ländern nicht wissen, wie sie die bereits vorhandenen Produktivkräfte ausnutzen sollen, und in den anderen Ländern auf Almosen und Mildtätigkeit hoffen, um ihre klaffendsten Löcher stopfen zu können, einem derartigen Programm Friedlicher Schöpfearbeit entgegenstellen?

Die Sowjetunion ist unerschütterlich, gewillt, die internationale Zusammenarbeit um der Verfestigung des Friedens willen zu entwickeln und zu festigen. Gleichzeitig aber legen sich die Männer und Frauen des Sowjetlandes Rechenschaft darüber ab, daß diese Zusammenarbeit von schrankenlosen Imperialisten, die sich mit hirnverbrannten Weltherrschaftsplänen tragen, untergraben wird. Gerade während das Sowjetvolk den 30. Gründungstag seines Staates feierte, begingen die amerikanischen Imperialisten eine neue grobe Verletzung der Satzung und der Grundlagen der UNO: sie deichselten in der Generalversammlung ihr Projekt durch, wonach ein als Sicherheitsratsersatz gedachter intersessioneller Ausschuß geschaffen werden soll. Natürlich hat die Sowjetunion ebenso wie eine Anzahl anderer demokratischer Staaten es abgelehnt, sich an diesem Ausschuß zu beteiligen, weil seine Schaffung mit der Satzung der UNO unvereinbar ist.

Die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Beteiligten und der Achtung für ihre Souveränität ist eine Sache, die den amerikanischen Weltherrschaftspräsidenten nicht die Kehle hinunterwill. Entgegen den Lebensinteressen des amerikanischen Volkes, das nicht weniger als andere Völker an einem stabilen Frieden interessiert ist, suchen die Monopolisten der Wall Street und ihre politischen Vertreter die Politik internationaler Zusammenarbeit zu ersetzen durch eine Politik, die anderen Völkern den eigenen Willen aufzudrängen will. Aber in der heutigen Epoche ist dieser Weg nicht nur nicht real, — er birgt auch ernste Gefahren für diejenigen, die ihn beschreiten. Jeder Tag zeigt immer wieder, daß die Hoffnung, schwachnervige Menschen einschüchtern zu können, daß Versuche, zu unerlaubten Druckmitteln und Erpressungen zu greifen, ihren Zweck verfehlten, wenn sie gegenüber der Sowjetunion und anderen demokratischen Staaten, die von Glauben an ihre Kräfte und an ihre Zukunft erfüllt sind, unternommen werden. Weitere Schritte auf dem Wege der Abenteuer aber können vor allem den außer Rand und Band geratenen Imperialisten selber teuer zu stehen kommen.

Noch keine zehn Jahre sind vergangen, seit Hitler seinen amerikanischen, englischen und französischen Schutzherrn versicherte, er werde die Positionen des Weltkapitalismus festigen, den Kommunismus ausrotten und die Sowjetunion vernichten. Alle wissen, wie es in der Praxis gekommen ist. Die Sowjetunion ist aus den großen Prüfungen des zweiten Weltkrieges noch gestärker und stärker hervorgegangen, ihre Kraft ist größer als je zuvor. Das Ergebnis dieses Krieges war, daß eine Reihe europäischer Länder, deren Bevölkerung sich auf insgesamt 100 Millionen Menschen beläßt, vom Kapitalismus abgerückt sind. Ist es nicht klar, daß jeder neue Versuch, die Bourgeoisieherrschaft auf Hitlerart zu retten, für das Schicksal des Kapitalismus wahrhaft verhängnisvoll werden würde?

Das Sowjetvolk ist in das 31. Existenzjahr seines Staates voller Zuversicht auf seine Kräfte und umringt von zahllosen Freunden in der ganzen Welt eingetreten. Unter dem Banner Lenins, unter der Führerschaft Stalins schreitet es von Sieg zu Sieg auf dem Wege, der zu den lichten Höhen des Kommunismus führt.

„Der Name Stalins, der von grenzenloser Hochachtung und Liebe der Völker umgeben ist, widerspiegelt die Größe der siegreichen Sowjetunion und ruft auf zum Kampf für eine glückliche Zukunft der Menschheit.“ (Molotow.)

Die Freundschaft der slawischen Völker

ZOLA DRAGOITSCHEWA

Generalsekretärin des Nationalkomitees der Vaterländischen Front Bulgariens

DAS STREBEN der slawischen Völker nach brüderlicher Freundschaft ist so alt wie ihre Geschichte. Diesem Streben haben die den Völkern fremden Machthaber jedoch stets entgegen gewirkt, sie säten zwischen ihnen Zwietracht, verstrickten sie in Bruderkriege und machten sie zur Scheidemünze in den Händen der imperialistischen Großmächte.

Der russische Zarismus nutzte das Streben der slawischen Völker nach Annäherung aneinander für seine egoistischen Ziele aus. Hinter dem Rücken des russischen Volkes trieb die Zarenregierung einen schändlichen Kuhhandel mit dem Geschick der slawischen Völker und brachte dabei Rußland in ökonomische und geistige Abhängigkeit vom kapitalistischen Westen.

Vor 30 Jahren legte die Große Sozialistische Oktoberrevolution die Macht in die Hände des Volkes und brach die Ketten dieser Abhängigkeit. Auf der Grundlage der Prinzipien der Freiheit, Gleichberechtigung, Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den Völkern des riesigen Rußlands erwuchs die gewaltige Sowjetmacht.

Seit 30 Jahren schon betreibt die im Sturm der Oktoberrevolution geborene Sowjetunion unter der Führung der Partei Lenins und Stalins unablässig eine Politik der Hilfe und Verteidigung zugunsten der entrichteten und unterdrückten Klassen und Völker der Welt.

Das Streben der slawischen Völker nach Einheit, dem das volksfeindliche Regime in einer Reihe slawischer Länder so lange entgegen gewirkt hatte, führte im gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zum Ziel. Hitler, der das Slaventum vernichten und mit dessen Gebeinen die arischen Felder düngen wollte, spekulierte auf Zwietracht unter den slawischen Ländern. Seine Raubpläne beruhten auf dem Irrglauben, das Sowjetsystem sei nicht stabil.

Hitler und seine Münchener Lehrer haben sich jedoch grausam verrechnet. Die Sowjetunion hat nicht nur die faschistischen Aggressoren aufs Haupt geschlagen, sie ist im Verlauf des zweiten Weltkrieges noch mehr erstarckt und hat sich bei der gesamten progressiven Menschheit enorme Autorität erworben. In der Nachkriegswelt bildet sie ein Bollwerk der slawischen Einheit, sie ist ein

mächtiger Vorkämpfer für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie.

Die Kampfeinheit der slawischen Völker entstand in den gemeinsamen Kämpfen gegen die faschistischen Barbaren. In erbittertem Zweikampf mit dem faschistischen Imperialismus erstarke die Bewegung für die Freundschaft zwischen den Slawenvölkern, für ewige Freundschaft mit dem großen russischen Sowjetvolk. Dank der ruhmreichen Sowjetarmee und ihren siegreichen Waffen wurden die slawischen Völker und überhaupt alle freiheitliebenden Völker in ihrem Vertrauen darauf bestärkt, daß allen, die nach Weltherrschaft dürsten, das Geschick Hitlers und seiner Agenten sicher ist.

Nach der Niederlage der Hitlerhorden nahmen die slawischen Völker ihr Geschick in ihre eigenen Hände. Sie richten ihr Leben und ihre Beziehungen zu den anderen Völkern auf progressiver, demokratischer Grundlage ein, im Einklang mit ihren Anschauungen und Interessen.

Die slawischen Völker, die sich fest um die mächtige Sowjetunion geschart haben, sind dazu berufen, eine große, historisch wichtige Rolle zu spielen nicht nur bei der Verankerung des Sieges über die Nazieroberer, sondern auch bei der Unterbindung aller Anschläge neuer Aggressoren, die den Anweisungen amerikanischer Finanzmagnaten folgen.

Nach der Niederwerfung der Nazieindringlinge haben die slawischen Länder die Herrschaft der imperialistischen Mächte und die Tyrannei der einheimischen Reaktion abgeschüttelt und den Weg der neuen Demokratie betreten. Sie stellen alle ihre Kräfte in den Dienst der friedlichen Aufbauarbeit und kämpfen konsequent für den Weltfrieden. Die Verträge, die die slawischen Länder mit der Sowjetunion und untereinander abgeschlossen haben, trugen zur Stärkung der neuen Volksdemokratie bei. Die Sowjetunion half ihnen, ihre Volkswirtschaft zu stärken und sich kulturell fortzuentwickeln. Der in Blod abgeschlossene Vertrag Bulgariens mit Jugoslawien trägt viel zur Annäherung zwischen den Slawen des Südens und zum Frieden auf dem Balkan bei.

Nachdem Mißtrauen, Feindschaft und Bruderkriege zwischen den slawischen Völkern aus der Welt geschafft sind, bilden diese, gestützt auf die Macht der Sowjetunion, den kompaktesten,

organisiertesten, demokratischsten und friedlichsten Kraftfaktor der Welt. Die auf der Basis der Gleichberechtigung und gegenseitigen Hochachtung zwischen den großen und kleinen slawischen Völkern beruhende neue Einheit dieser Völker hat das Ziel, ihre Freiheit und staatliche Souveränität sicherzustellen, um ihnen den Aufbau ihrer neuen, progressiven Volkswirtschaft und Kultur zu ermöglichen.

Die Einheit der slawischen Länder bildet das Unterpfand für ihre erfolgreiche Entwicklung und ihren Fortschritt. Wie Georgi Dimitroff sagte, brauchen die slawischen Völker ewige Freundschaft mit der Sowjetunion wie Licht und Luft.

Die Freundschaft der slawischen Völker ist eine Quelle der Kraft und der Zuversicht auf eine strahlende Zukunft ihrer Länder, die den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, betreten haben. Während die Länder der alten westlichen Demokratie die gesellschaftliche Entwicklung der Völker aufhalten und zum Rückschritt zwingen, ist das Slawentum der Ehre teilhaftig geworden, die Menschheit einer neuen, progressiven Entwicklung entgegenzuführen.

Gegenwärtig gewinnt die Freundschaft der Slawenvölker besondere Bedeutung. Die in den befreiten slawischen Ländern aufgerichtete und erstarkte Volksdemokratie bringt die Weltreaktion, an deren Spitze die amerikanischen Expansionisten marschieren, zur Raserei. Die Einheit und enge Zusammenarbeit der in Freiheit lebenden slawischen Völker ist den Reaktionären ein Dorn im Auge. Vor allem schreckt sie der Zusammenschluß aller slawischen Völker rings um ihre Befreierin, die Sowjetunion.

Deshalb eben zettern sie, in den slawischen Ländern bestehe „Totalitarismus“, ein „eiserner Vorhang“, ein „slawischer Imperialismus“. Eben deshalb nennen sie die neue slawische Einheit Panslawismus. Die USA-Monopole und ihre Agenten können sich mit der wachsenden Autorität der Sowjetunion nicht abfinden. Immer gründlicher entlarvt die Praxis ihre niederträchtige Absicht, die zeitweilig geschwächten Länder wirtschaftlich zu versklaven sowohl mit Hilfe des Marshallplans als auch durch Entfesselung des Bürgerkrieges in den einzelnen Ländern und des Krieges zwischen Nachbarländern.

Alle demokratischen Völker, die gesamte progressive Bewegung der ganzen Welt bilden ein mächtiges Lager der Demokratie und des Friedens, an dessen Spitze die Sowjetunion steht. Täglich wachsen und erstarken die Kräfte der Demokratie und des Friedens. Entschlossen

wenden sie sich gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, gegen deren hinterhältige Pläne.

Mehr als alle anderen Völker fühlt sich das bulgarische Volk der Sowjetunion zu Dank verpflichtet. Es weiß, daß es seine Befreiung von den faschistischen Eroberern der uneigennützigen Hilfe der Sowjetarmee zu verdanken hat.

Jeder ehrliche bulgarische Patriot weiß und begreift jetzt ganz klar, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind, wer sich für seine rechtmäßigen Interessen einsetzt und wer ihnen feindlich gegenübersteht, wer seine staatliche Souveränität achtet und wer darauf ausgeht, sich ungeniert in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einzumischen. Wir haben die durch nichts gerechtfertigte Einmischung der amerikanischen und englischen Imperialisten in die Durchführung der Parlamentswahlen von 1945 nicht vergessen, ihr feindseliges Verhalten zu Bulgarien auf der Pariser Friedenskonferenz, ihr herausforderndes Benehmen in der Kommission des Sicherheitsrats, die die Situation an der nördlichen Grenze Griechenlands zu untersuchen hatte, ihren Kampf gegen die Aufnahme Bulgariens in die UNO, die Unterstützung, die sie den reaktionären Kräften in unserem Lande angedeihen ließen, ihre Versuche gräßlicher Einmischung in den Nikola-Petkoff-Prozeß.

Das bulgarische Volk weiß, daß es der selbstlosen Hilfe der mächtigen Sowjetunion und ihrem genialen Führer, Generalissimus J. W. Stalin, zu Dank dafür verpflichtet ist, wenn unser Land keine territoriale Einbuße erlitten hat, wenn es unabhängig und souverän geblieben ist, wenn es seine Wirtschaft und sein kulturelles Leben frei gestalten kann.

Die Vaterländische Front und das ganze bulgarische Volk sind der festen Überzeugung, daß die Interessen Bulgariens mit denen des demokratischen, antikolonialistischen Lagers, an dessen Spitze die große Sowjetunion steht, völlig identisch sind. Das bulgarische Volk weiß, daß Bulgarien nur diesem Lager angehören kann.

Bulgarien unterhält freundschaftliche Beziehungen zu allen slawischen Ländern, besonders zu dem uns brüderlich nahestehenden Jugoslawien, es empfindet ewige Freundschaft für das Sowjetvolk, für die Länder der neuen Demokratie und für alle freiheitliebenden Völker.

Dies wurde möglich nur dank dem von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollbrachten Werk, dank dem Bestehen der mächtigen Sowjetunion.

Sofia, November 1947

Verteidiger der Kultur

ILJA EHRENBURG

VO R DREISSIG JAHREN wimmelten die Zeitungen Westeuropas und Amerikas von Sensationsmeldungen über die Ereignisse in Rußland. Der „Matin“, die „Morning Post“, die „Daily Mail“ berichteten ihren Lesern, in Petrograd habe der Pöbel die Macht an sich gerissen, die Bolschewisten hätten beschlossen, zunächst die Frauen zu sozialisieren und die Mathematik zu vernichten, um dann die ganze Welt zu unterwerfen und eine Tscheka-Abteilung sogar in Australien einzurichten. An allen Mauern und Zäunen tauchten Plakate auf, die einen Bolschewisten mit dem Messer zwischen den Zähnen zeigten. Die größten Politiker, Redner und Prediger sprachen nur von einem einzigen Punkt: von der Notwendigkeit, die Kultur vor dem Kommunismus zu retten.

Ich will jetzt nicht daran erinnern, wie diese schnatternden Herrschaften das Kapitol der Kultur vor dem Bolschewismus zu retten versuchten. Sie schnatterten nicht nur, sie schickten auch erfahrene Sabotiere und eingearbeitete Verschwörer; sie sandten große Armeen und winzige, schwer faßbare Abteilungen gegen die Sowjetrepublik aus; sie versuchten es mit dem Hunger, um das widerspenstige Land auf die Knie zu zwingen; sie spannén komplizierte diplomatische Intrigen; sie schreckten vor nichts zurück.

Viele von ihnen sind inzwischen gestorben, andere leben bis auf den heutigen Tag und setzen ihre wenig ehrenhafte und wenig erfolgreiche Tätigkeit immer noch fort. Einige von ihnen, die wendigsten, haben sich den Verhältnissen angepaßt.

So hat Winston Churchill z. B. viele Jahre seines ziemlich stürmischen Lebens daran gearbeitet, die Sowjetunion mit Feuer und Schwert zu vernichten. Das hinderte ihn nicht, später über das Sowjetvolk, das er nicht zu vernichten vermocht hatte, lobende Worte zu sprechen — genau so, wie die Begeisterung der letzten Jahre ihn jetzt nicht daran hindert, abermals zur Zerschmetterung der Sowjetunion aufzufordern.

Herbert Hoover war konsequenter. Er blieb der Formel treu, die er der Welt 1931 präsentiert hat:

„Um die Wahrheit zu sagen: es ist der Ehrgeiz meines Lebens, Sowjetrußland zu zerstampfen.“

Der arme Hoover hat es nicht leicht. Ihm ist schon keine sehr große Frist mehr gegeben, für

das Leben Sowjetrußlands aber ist kein Ende abzusehen... Jedenfalls redet er auch weiter von der Notwendigkeit, die Sowjetunion zu vernichten, um „die westliche Kultur zu retten“.

Das ist ihr Ammenmärchen — „der Schutz der westlichen Kultur“. Natürlich gibt es hier Varianten. Rosenberg z. B. liebte ein anderes Epitheton — die „nordische Kultur“. In letzter Zeit hören wir oft von einer „atlantischen Kultur“. Wenn Minister Harriman in einer seiner letzten Reden den klassischen Mustern treu blieb und sich auf die Verteidigung der „westlichen Kultur“ berief, so erlaubte Monsieur Bidault sich eine Abweichung und forderte — anderthalb Jahrhunderte nach der Französischen Revolution — seine recht gottlosen Landsleute auf, die „christliche Kultur des Westens“ zu verteidigen.

Man könnte natürlich lachen über den Handelsminister Harriman, der viel mehr vom „Business“ versteht als von den Problemen der Kultur, und der die abgebrühten amerikanischen Reporter auffordert, die „westliche Kultur“ vor dem Volke Tolstois, Mussorgskis und Mendelejews zu retten. Zu wundern aber braucht man sich nicht: schon seit 30 Jahren reden alle Minister, Generale, Bankiers, Industriellen und sonstigen „Kulturträger“, wenn sie zur Vernichtung des Sowjetstaats auffordern, unentwegt von ihren Befürchtungen für das Schicksal der Kultur.

Das lange und nicht gerade durch ehrenhafte Taten ausgezeichnete Leben des USA-Präsidenten Herbert Hoover beweist, daß er sich nur für Dollars interessierte und daß der Schutz der „westlichen Kultur“ für ihn gleichbedeutend war mit dem Schutz der Maikoper Erdölfelder vor der Nationalisierung. Von solchen penetranten Dingen wie Erdöl aber hat Hoover niemals laut gesprochen. Er sagte lieber:

„Die Existenz des Sowjetsystems bedroht die gesamte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unserer westlichen Kultur.“

Der sogenannte Erdölkönig Sir Henri Wilhelm August Deterding pflegte beim Worte „Baku“ außer sich zu geraten. Er leitete einen Feldzug englischer „Bobbies“ gegen die Sowjetvertretung in London in die Wege, und als sich herausstellte, daß die Sowjetunion dadurch nicht zu erschüttern war, begann er mit der Vorbereitung eines Feldzugs deutscher Divisionen gegen Baku. Aber auch er redete selbstverständlich von der

„westlichen Kultur“: „Wir verteidigen große geistige Werte gegen die Kommunisten.“

Ivar Kreuger war als Zündholzkönig bekannt. Ihm gefiel es nicht, daß in den Wäldern des Sowjetlandes viele Espen wachsen, und deshalb gab er den folgenden Aphorismus von sich:

„Die westliche Kultur, von Hellas an bis auf unsere Tage, ist mit den Prinzipien, die dem Sowjetsystem zugrunde liegen, unvereinbar.“

Die argentinischen Getreidehändler waren darüber empört, daß auf Sowjetboden Weizen reift, und 1932 rief Fernando Péres, ein Vertreter Argentiniens, als er vom Fallen der Getreidepreise sprach, pathetisch aus:

„Das Schicksal der Kultur steht auf dem Spiel!“

Muß es erwähnt werden, daß die deutschen Okkupanten nicht nur vom „Lebensraum“, sondern auch von „europäischer Kultur“ faselten? Nach dem Schutz der „europäischen Kultur“ vor den Bolschewiki lechzte der Stahltrustvorsitzende Vögler ebenso wie die Herren aus der I. G. Farbenindustrie, wie Hugenberg und Rosenberg. Was Hitler anbelangt, so widmete er diesem brennenden Problem die schwülstigsten Seiten seines Schmierwerks „Mein Kampf“.

Die Sowjetrepublik überlebte nicht nur den Worthagel, sie überlebte auch zwei Kriege: den von den Entente-Ländern organisierten Krieg und den vom deutschen Nationalsozialismus geführten Krieg. Wir sind also nicht besonders erregt, wenn wir die epigonenhaften Wortergüsse Harrimans im Geiste der klassischen Provokationen lesen. Wir sind ja allerhand gewohnt. Ich möchte sagen, Harriman hat es 1947 schwerer als seine geistigen Vorläufer von 1917, denn auch im Westen hat man sich an vieles gewöhnt, auch dort hat man vieles gelernt.

Kürzlich z.B. passierte in Frankreich ein programmwidriger Zwischenfall. Auf einem Kongreß der Radikalen, der an ein vulgäres Meeting irgendwo in Mississippi oder in Alabama erinnerte, forderte Daladier zur sofortigen Bändigung der Sowjetunion auf. Einer der Anachronismen, an denen Frankreich so reich ist, besteht darin, daß der Vorsitzende dieser kriegerischen Partei der durchaus friedliebende Edouard Herriot ist. Vielleicht hat er übersehen, wie sich seine Partei in den letzten zehn Jahren geändert hat, vielleicht haben die neuen Radikalen nicht bemerkt, daß Edouard Herriot sich wenig für die Rolle eines amerikanischen Maklers eignet — jedenfalls erklärte er zur größten Verwirrung Daladiers und anderer Schreihälse:

„Ich sage mir und wiederhole es, daß der Begriff ‚Westeuropa‘ eine künstliche und beunruhi-

gende Sache ist. Diese übrigens rein Hitlersche Konzeption Europas ist gefährlich...“

Man errät unschwer, wie diejenigen Franzosen, die jede Erinnerung an die Ereignisse von 1939—1945 für eine Sache schlechten Tones halten, über diese Worte verärgert waren.

Natürlich ist Herriots Stoßseufzer weder für Harriman noch für die Sklavenhalter Südkarolinas ein Hindernis, auch weiter zum Schutze der „westlichen Kultur“ aufzurufen. Hinter den Amerikanern bleiben auch die verschiedensten Europäer nicht zurück: General de Gaulle, Tsaldaris, schweizerische Exporteure, Francos Falangisten, die Anachoreten aus dem Vatikan, Spaak, die neugebackenen „Demokraten“ des Ruhrgebiets, der italienische Faschist Malaparte, der seinen siegreichen Feldzug nach der Ukraine geschildert hat und deshalb als hervorragender Schriftsteller gelten möchte, die Marseiller Mächenhändler, die englischen Kolonisatoren, die ihre Kolonien wie Taschentücher verlieren, und selbst die französischen Ästheten, die seit kurzem eine Zeitschrift unter dem recht vielsagenden Titel „Le cheval de Troie“ (Das trojanische Pferd) herausgeben. Sehen wir zu, wie ihr Pferdchen in dem trüben Herbst dieses Jahres 1947 aussieht.

Edouard Herriot hat erklärt, daß er den Begriff „Westeuropa“ nicht verstehe. Gibt es also kein „Westeuropa“ als ein wirtschaftliches und politisches Ganzes, das man „Osteuropa“ entgegenstellen könnte, wo haben dann Harriman, General de Gaulle und die verschiedenen trojanischen Pferdchen ihre „westliche Kultur“ hergenommen?

In den klassischen Gymnasien, Lyzeen und Colleges erzählt man den Schülern, daß die Wiege der europäischen Kultur das alte Griechenland war. Aber hat die russische Kultur etwa nicht die große Vergangenheit von Hellas übernommen? Soviel ich weiß, hat der Parthenon in gleichem Maße die Baukünstler Westeuropas wie diejenigen Osteuropas inspiriert. Ich spreche nicht von Amerika, da es dort viele gute Bauingenieure, aber noch keine Baukünstler gibt.

Aus welchem Grunde hält Harriman das Kulturerbe des alten Griechenlands für sein Monopol? Man kann sich des griechischen Territoriums bemächtigen (Harriman weiß das besser als ich), aber man kann nicht (nicht einmal mit Billigung der UNO-Generalversammlung) die Akropolis, die Siegesgöttin von Samothrake oder den Aschylos zu seinem ausschließlichen Eigentum machen.

Wenn die Apologeten der „westlichen Kultur“ der Kunstgeschichte ebensoviel Aufmerksamkeit widmen wollten wie den Atombomben, so würden sie sehen, daß der hellenische Geist die einen Völker in der römischen Übersetzung, die andern in

der byzantinischen Übersetzung erreicht hat. Diese letztere war wohl kaum schlechter als die erstere.

Der bekannte französische Künstler Henri Matisse hat wiederholt gesagt, Andrej Rublow, dieser russische Meister des frühen 15. Jahrhunderts, sei der Gipfel der alten Malerei. Andrej Rublows Schaffen steht dem Schaffen der alten Meister von Ochrida oder Bajany nahe. Die Harmonie, die Menschlichkeit, die innere Freiheit, die der Kunst der antiken Welt eigen sind, finden sich in Rublows Schaffen anders, aber keinesfalls schwächer ausgedrückt als im Schaffen Cimabues oder Giottos.

Was ich von den bildenden Künsten gesagt habe, das könnte man auch von den Urquellen der Literatur, des Theaters, der Wissenschaften sagen.

Selbstverständlich unterschied sich das russische Leben vor 600 Jahren stark vom Leben Frankreichs oder Italiens. Jedermann weiß, daß die Russen die Invasion asiatischer Völker nach Europa zum Stehen gebracht haben. Aber war das Leben der Spanier, die unter das Joch der Mauren gerieten, etwa dem Leben der englischen Inselbewohner ähnlich? Und kann man sich etwas Abgesonderteres und Abgeschlosseneres vorstellen, als das Leben dieser letzteren?

Es gab im Leben aller Völker Europas viel Gemeinsames, aber auch viel Unterscheidendes. In dieser oder jener Epoche bahnte dieses oder jenes Volk neue Wege oder hinkte hinterher. In Montenegro dürfte die erste Buchdruckerei früher gegründet worden sein als in England. Die Montenegriner aber sagen heute nicht, daß die Engländer aus dem Komplex der europäischen Kultur herausfallen.

Im 19. Jahrhundert, als die Idee der Kulturgemeinschaft in breite Schichten der Gesellschaft eindrang, konnte man sich ein von den Russen getrenntes Europa ebensowenig vorstellen, wie ein von Europa getrenntes Rußland. Die Russen, die manche ausländische Nationalisten stets und ständig in der Rolle von Schülern darstellten, waren in Wirklichkeit sowohl Schüler a's auch Lehrer. Nebenbei bemerkt, ga't die Schubank in unserem Lande niemals als ein entehrnder Platz.

Wir wissen, wie eng die Poesie der russischen Romantiker mit der Romantik anderer Länder Europas verschmolzen war oder wie die fortschrittliche russische Gesellschaft mitlebte mit der Revolution von 1848, mit den ersten Sozialisten des Westens, mit dem Beginn einer neuen Epoche, die durch den tragischen Feuerschein der Pariser Kommune beleuchtet wurde. Trotz des despotischen Zarenstems gelangten auch damals die wahren Stimmen Rußlands nach Europa. Herzen war ein Freund und Mentor verschiedenstammiger Revolutionäre, Tschernyschewski

verbüßte die fortschrittlichsten Köpfe des Westens, der anspruchsvolle Flaubert nannte Turgenjew seinen „Lehrer“. Unter den Apologeten der „westlichen Kultur“ wird sich schwerlich ein Ignorant oder ein Frechling finden, der sich dazu versteige, den Einfluß des klassischen russischen Romans oder der russischen Musik auf Europa und Amerika zu leugnen.

Die Britische Rundfunkgesellschaft brachte, um ihre „Objektivität“ zu zeigen, eine Serie von Skizzen über den Einfluß des russischen Romans auf die englische Literatur. Diese durchaus wahrheitsgetreuen Auskünfte widerlegten die vorher von der BBC gesendeten Deklarationen über den Schutz der „westlichen Kultur“. Es wäre interessanter, von der BBC eine Serie von Skizzen über den Einfluß des klassischen amerikanischen Kapitals auf die englische Politik, insbesondere auf die BBC-Sendungen, zu vernehmen.

Wenn Harriman die „westliche Kultur“ von der russischen Kultur absondern will, so denkt er nicht an die Entwicklung der Wissenschaften, nicht an Literatur oder an Musik, sondern an Dollars und an Blut. Das ist durchaus natürlich für den Handelsminister eines Staates, der seine Bilanz auf Meeren von menschlichem Blut aufbaut, des Blutes, das vergossen wurde, und des Blutes, das vorteilhafteweise vergossen werden sollte. Aber haben die Professoren, die Literaturgeschichtler, die Historiker, die Ästheten darüber nachgedacht, was sie tun, wenn sie die Idee der „westlichen Kultur“ predigen?

Jedermann weiß, wie Hitler mit den Vertretern der deutschen Kultur abrechnete: auf seinen Scheiterhaufen verbrannten die Bücher Heines und Manns, Marx' und Einsteins. Interessant ist jedoch, daran zu erinnern, wohin die von den Nazis proklamierte „kulturelle Autarkie“, der Versuch, die Deutschen von den angeblich tödbringenden „nichtarischen“, „östlichen“ oder „westlichen“ Einflüssen zu befreien, geführt hat. Die Nazis warfen aus den Museen und Galerien französische Gemälde hinaus, sie begannen einen Feldzug gegen den russischen, englischen und französischen Roman. In Deutschland gab es einstmals eine hervorragende Musik und eine wunderbare Dichtkunst, aber niemals eine weltbedeutende Malerei oder einen guten klassischen Roman. Indem die Nazis den Zusammenhang mit der „nichtnordischen Kultur“ vernichteten, plünderten sie geistig ihr eigenes Volk. Sie beraubten die deutschen Künstler und Schriftsteller großer Vorbilder und die gewöhnlichen Deutschen echter Kunst.

Die französische Zeitung „Le Combat“ teilte kürzlich ihren Lesern mit, man habe in der Sowjetunion beschlossen, alle großen Kultur-

werte des Westens zu schelten und zu verwerfen. Natürlich, wenn zu der „großen Kulturwerten des Westens“ die Journalisten des „Combat“ gehören, die gleichermaßen für den Marshallplan und für die dummen Kunststücke der letzten Surrealisten schwärmen, so scheitern und verwerfen wir sie. Ich möchte jedoch die Journalisten des „Combat“ beruhigen: das Gesagte gilt nicht nur für sie — wir schelten und verwerfen jeden niedrigen Ersatz für große Werte, wir schelten und verwerfen nicht die Kultur des Westens, sondern ihre Verwilderation, nicht Villon, nicht Hugo, nicht Rimbaud, sondern jene übeln Odenschreiber, die jetzt (zum Glück in Prosa) die Großmut der amerikanischen Wucherer und die tiefe Humanität der Atombombe verherrlichen. Nicht allein, daß wir die große Vergangenheit Europas nicht schelten und verwerfen, wir sind die uneigennützigsten und standhaftesten Bewahrer dieses Erbes.

Die Kultur besteht jedoch nicht nur aus Museen, sondern auch aus Schulen. Kultur bedeutet nicht nur alte Bände in Büchereien, sie bedeutet auch Kinder, die morgen zu Schriftsteller werden. Sie ist nicht nur Vergangenheit, sie ist auch der Weg in die Zukunft. Nun habe ich im Londoner Arundelpark eine altgriechische Urne gesehen, unter der geschrieben stand: „Dieses schöne Muster hellenischer Kunst des goldenen Zeitalters wurde bei der Besetzung der Stadt Sebastopol durch englische Truppen im Sebastopol Museum gefunden.“

Eine solche Aufschrift auf einer Vase zeugt schwerlich für die hohe Kultur der englischen Imperialisten... Winston Churchill kann sich nicht verstecken hinter der Statue William Shakespeares, Mister Harriman kann sich nicht mit Berufungen auf Longfellow loskaufen, und Monsieur Spaak hat ebensowenig mit Memling gemein, wie Senator Salazar mit den „Lusiaden“.

Dreißig Jahre lang haben die Machthaber der kapitalistischen Welt uns ihre Kultur entgegengehalten. Wir sind berechtigt, einige Ergebnisse festzustellen.

Als die Sowjetrepublik geboren wurde, da legten noch deutsche Geschütze die Gotik von Reims in Trümmer, da floß noch Blut vom Ärmelkanal bis Saloniki. Jetzt, nach dreißig Jahren, fließt Blut in Gr'echenland und in China, in Vietnam und in Indonesien. Vielleicht haben die Kapitalisten in dem Zeitraum zwischen den Kriegen nicht zerstört, sondern aufgebaut? Nein, auch in Friedenszeiten haben sie Werkbänke zerschlagen, Weizen mit Eosin denaturiert, Milchkühe geschlachtet und Baumwolle verbrannt. In ihrer Welt gab es Könige — ich spreche nicht von den Operettenkönigen, die in einigen Staaten als Altertümer erhalten geblieben sind, ich spreche von den Kö-

nigen des Kapitals. Auch diese Gebieter waren klagliche Holzspäne im tosenden Meere der kapitalistischen Anarchie.

Wir erinnern uns der Nekrologie von 1932. Kaum hatte der Zündholzkönig Kreuger sich erschossen, als der Filmkönig George Eastman seinem Beispiel folgte. Zwei Wochen später starb der Rasierklinger König Kulrich von eigener Hand, nach ihm der Stahlkönig Donald Ryerson, dann sprang, wahnsinnig geworden, der Fleischkonservenkönig Swift aus dem Fenster. Über diese gekrönten Selbstmörder wurde in den Zeitungen geschrieben. Still und unbemerkt endeten dagegen die Selbstmörder, die nicht Könige waren, sondern hungernde, treue Untertanen. Was verhieß ihnen der morgige Tag? Noch eine Krise? Noch einen Krieg?...

Neben künstlicher Seide und künstlichem Honig wurde eine künstliche Kunst geschaffen. Hollywood drehte in Serienfabrikation billige Träume mit obligaten Morden, Detektiven, in Aschenbrödel verliebten Lords, Vagabunden, die reiche Bräute finden. Nächtlicher Jazz betäubte und erstickte die Stimme der Vernunft und des Gewissens; dem Untergang geweihte Menschen tanzten, und das mechanische Zittern der Foxtrots erinnerte an die Bewegungen aufgezogener Spielzeuge. In den Theatern wurden Vaudevilles mit Kostümnummern gegeben. Bücher echter Poeten wurden in 300 Exemplaren gedruckt. Die gewöhnlichen Leute erhielten Kriminialromane und die billige Erotik von Wochenschriften. Kindern prägte man unkomplizierte Maximen ein: „Der Mensch ist ein Wolf für andere Menschen“ und „Wenn du nicht betrügst, so kannst du nicht verkaufen“. Staaten verrieten einander; und es kann sich schwerlich eine feste Moral bei Halbwüchsigen entwickeln, die das „Nichteinmischungskomitee“ in London oder die Schmierenkomödie von München beobachteten.

So gelangte ihr Westen zum Faschismus. Vergebens versuchen die jetzigen Anhänger der „westlichen Kultur“ sich abzugrenzen von den Nürnberger Gesetzen, von den Scheiterhaufen, auf denen Goebbels Bücher verbrannte, von Maidanek und Auschwitz. Der Faschismus ist nicht vom Himmel gefallen, er war auch keine besondere Mikrobe, die nur in deutschem Blut gedeiht. Der Faschismus ist ein heftiger Anfall jener furchtbaren, abscheulichen Krankheit, an der die ganze Welt des Geldes tödlich erkrankt ist. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Hitler unterstützenden deutschen Industriellen die leiblichen Brüder der englischen, amerikanischen, französischen Industriellen waren. Es handelt sich nicht einmal nur darum, daß die verschiedenen Verteidiger der „westlichen Kultur“ von Foch

bis Bullitt, von Chamberlain bis Hoover ihren Hitler zu allem Folgenden drängten. Es handelt sich darum, daß es allzuviel Gemeinsames gibt zwischen den heuch'lerischen Predigten der Imperialisten von 1947 und dem Machwerk „Mein Kampf“, zwischen dem Imperialismus von 1947 und dem Faschismus. Francos Schutzherrn verteidigen die Freiheit, Griechenlands Henker sind empört über Gewalttaten, die Liebhaber militärischer Stützpunkte in allen fünf Weltteilen verurteilen annexionistische Tendenzen, die Sklavenhalter brandmarken den Rassenwahnsinn. Sie können den Sieg über Deutschland feiern — ich will jetzt nicht davon reden, wie sie gekämpft und wie sie gesiegt haben. Aber es steht ihnen doch wirklich nicht an, einen Sieg über den Faschismus zu feiern: es gibt einen Strick, von dem man im Hause der Lynchanhänger lieber nicht reden sollte.

Die Journalisten des „Combat“ betrügen ihre Leser, wenn sie versichern, wir schölteten und verwürfen alles, was vom Westen komme. Es kann keine Kriegerei vor Shakespeare und Rembrandt geben, denn wie tief man sich auch verneigen möge, die Verneigung erniedrigt den sich Verneigenden nicht. Nicht verneigen aber wollen wir uns selbst vor den großartigsten amerikanischen Staubsaugern. Wir verachten die Staubsauger nicht, auch wir stellen sie mit knapper Not her, aber wir sind nicht geneigt, sie zu vergöttern. Wir wissen, daß es jetzt im Westen keinerlei „westliche Kultur“ gibt: es gibt eine bürgerliche Barbarei, und es gibt eine Kultur der Völker. Wir wissen, daß alles Große, alles Lebendige im Westen mit uns ist. Wir sind stolz auf die kulturellen Errungenschaften unserer Freunde in Frankreich und England, in Amerika und in anderen Ländern.

Unsere Gesellschaft zählt erst dreißig Jahre, und diese Jahre waren schwer: mehr als einmal mußten wir die Unabhängigkeit der Republik mit der Waffe in der Hand verteidigen. Aber in einer geschichtlich kurzen Frist haben wir der Menschheit vieles gegeben. Die westeuropäischen Gelehrten kennen sehr wohl die Werke großer Sowjetgelehrter, die Leser Westeuropas lesen die Bücher von Sowjetschriftstellern, und es gibt kein Land, wo man keine Sowjetfilme kennt. Unsere Wissenschaft, unsere Literatur, unsere Musik üben einen wohltätigen Einfluß auf die Gelehrten und Künstler des Westens aus. Der wesentlichste Beitrag zur Weltkultur aber ist die bloße Existenz des Sowjetstaates, der das geistige Klima der Welt verändert hat.

Theodore Dreiser richtete im Sommer 1945, kurz vor seinem Tode, ein Schreiben an William Z. Foster, Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der USA. Der Schriftsteller, der damals 74

Jahre alt war, ersuchte darin um Aufnahme in die Partei:

Dreiser schrieb:

„Dieses Ersuchen wurzelt in Überzeugungen, die ich seit langem hege und die mit den Jahren noch stärker und tiefer geworden sind.“

„Mit besonderer Befriedigung begrüße ich daher die Nachricht, daß so führende Wissenschaftler wie der französische Physiker Joliot-Curie und der französische Mathematiker Langevin in der kommunistischen Bewegung, ebenso wie ein paar Jahre vorher der britische Wissenschaftler Haldane, nicht nur die Selbstlosigkeit und Ergebenheit gefunden haben, die für das Wirken der Wissenschaft charakteristisch sind, sondern auch die Integration wissenschaftlichen Mühens auf ihrem eigenen Arbeitsfeld durch wissenschaftliches Bemühen um die Probleme der Gesellschaft. Auch hat es mich tief bewegt, als ich hörte, daß der Sache des Volkes so ergebene Künstler und Schriftsteller wie Pablo Picasso aus Spanien und Louis Aragon in Frankreich sich der kommunistischen Bewegung angeschlossen haben, die unter ihren führenden Kulturgestalten Männer zählt wie den großen dänischen Romanc schreiber Martin Andersen-Nexö und den irischen Dramatiker Sean O'Casey... Der Glaube an die Größe und Würde des Menschen war der leitende Grundsatz meines Lebens und Wirkens. Die Logik meines Lebens und Wirkens führt mich deshalb dazu, um Aufnahme in die Kommunistische Partei zu ersuchen.“

Interessant, ob Harriman dieses hervorragende Dokument kennt und zu welcher Kultur er die „Amerikanische Tragödie“ rechnet — zur „östlichen“ oder zur „westlichen“?

Nein, wir scheitern und verwerfen nicht die wahre Kultur des modernen Westens. Sie wird geschoßen und verworfen von den sogenannten Verteidigern der „westlichen Kultur“. Diese Leute verbieten in Tennessee die Entwicklungslehre, sie verbrennen in Mississippi die Arbeiten von Anthropologen, die die Rassentheorien verspotten, sie werfen in verschiedenen Republiken Südamerikas die wissenschaftlichen Werke von Marxisten aus den Bibliotheken hinaus. Sie hetzen in Amerika Charlie Chaplin und verlangen seine Ausweisung aus den USA. In Frankreich hetzen sie, diese kleinen amerikanischen Lakaien aus der „Aurore“ und den „Paroles françaises“, den vortrefflichen französischen Dichter Louis Aragon. Sie veranstalten in London eine Demonstration auf einer Ausstellung und verlangen, daß die Bilder moderner Künstler entfernt werden. Sie verbieten in Palästina die Vorführung eines Films, den man bereits als historisch geworden bezeichnen kann, „Rom — eine offene Stadt“.

Diese vermeintlichen Verteidiger der „westlichen Kultur“ hassen in Wirklichkeit jede Kultur, denn ihre Macht beruht auf der Unwissenheit der einen, auf der Rückständigkeit anderer, auf der Gleichgültigkeit wieder anderer. Sie schreiben ohne Fehler, sie verstehen es, an der richtigen (oder auch an der falschen) Stelle ein lateinisches Sprichwort einzuflechten, sie besitzen Füllfederhalter Marke „Parker“ und Scheckbücher in Leder, wir aber schelten und verwerfen Flitterkram und sagen von ihnen:

„Das sind die Wilden von 1947!“

Theodore Dreiser hat bei weitem nicht alle großen Gelehrten, Schriftsteller und Künstler des Westens aufgezählt, die sich den Kommunisten angeschlossen haben. Es gibt noch viel mehr. Es gibt noch viel mehr Menschen, die die gleiche logische Schlußfolgerung aus ihrem Wirken zogen wie Dreiser, die sich mit ihrem Schaffen der absterbenden bürgerlichen Welt entgegenstellen. Wir schelten und verwerfen sie nicht. Wir verfolgen ihren Schaffensweg mit Vertrauen und Liebe.

Noch vor kurzem schrien die Provokateure des Kapitalismus in allen Zeitungen, auf allen Wellenängen, langen, mittleren und kurzen, wir seien Isolationisten, wir hätten die Idee der Völkerbrüderschaft aufgegeben, wir wollten uns von der Welt und die Welt von uns abgrenzen. Jetzt haben die Provokateure eine andere Platte aufgelegt und versichern, wir erkannten die nationalen Besonderheiten nicht an, wir lehnten die Volkskultur ab und wollten die ganze Welt über den russischen Kamm scheren. Sie haben gestern gelogen, sie lügen auch heute.

Wir haben die große Idee des Internationalismus, der Gemeinschaft der Völker, der Einheit

der menschlichen Kultur niemals aufgegeben und werden sie niemals aufgeben. Wir haben niemals die nationale Form der Kultur, die Rechte jedes Volkes, sein Schicksal zu gestalten und sein eigenes Leben zu führen, verworfen. Wir sind der Meinung, daß die Ideen des wahren Patriotismus und des Internationalismus miteinander verschmolzen sind. Sie stehen dem Nationalismus des Geschäftsherrn gegenüber, der viel mehr Liebe hat zu fremden Taschen als zu den Blumen in seinem Garten, der jedoch meint, im Namen der Überlegenheit einer Rasse oder einer Nation dürfe er Ströme von Blut vergießen. Um so besser, wenn es nicht sein Blut ist, die Einnahmen jedenfalls werden ihm gehören.

Wir haben gezeigt, daß wir es verstehen, die Kultur zu verteidigen. Wir haben das in den Jahren des uns aufgezwungenen Krieges gezeigt, als die Unsrigen nicht nur das Heimatland, sondern auch große Ideale verteidigten. Wir haben das auch in den Jahren des Friedens gezeigt: wir haben eine neue Gesellschaft errichtet, haben Millionen und aber Millionen von Menschen der Kultur — nicht der „östlichen“ und nicht der „westlichen“, sondern der wahren Kultur — teilhaft werden lassen.

Unsere Existenz, unsere Entwicklung, unser Sieg begeistern die wahren Verteidiger der Kultur, ihre Schöpfer in der ganzen Welt. Wir wissen, daß sie mit uns sind, und das gibt uns, mit uns unserer eigenen kulturellen Reife, die Zuversicht. Die von Prometheus geraubte Fackel ist nicht erloschen und wird nicht erlöschen. In dem langen und schwierigen Kampf zwischen Licht und Finsternis wird das Licht siegen.

78 112.

Eine neue Etappe der amerikanischen Einmischung in China

W. AWARIN

EIN VERTRETER der Kuomintangregierung und der USA-Botschafter Stuart haben am 27. Oktober d. J. in Nanking ein Abkommen unterzeichnet „über die Unterstützung Chinas durch die USA“.

In diesem Dokument fanden die neuen Maßnahmen der USA-Regierung ihren Niederschlag, die die Verwirklichung der Trumandoktrin in China bezwecken. Das Abkommen vom 27. Oktober ist ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter

Vertrag über weitere materielle Hilfe für die finsternen Kräfte der Kuomintangreaktion in ihrem Bürgerkrieg gegen das chinesische Volk. Die äußerst primitiven diplomatischen Kniffe und die plumpen Phraseologien, die den Wortlaut des Dokuments zieren, vermögen diesen seinen Inhalt nicht zu maskieren.

Es wird festgesetzt, daß die USA-Regierung „von Zeit zu Zeit“ nach ihrem Ermessen und auf Vereinbarung mit der Nankingregierung dieser

letzteren unentgegnet „die wichtigsten Existenzmittel“ zur Verfügung stellt, nämlich Lebensmittel, Medikamente, Konfektion, Kleiderstoffe, Düngemittel, Präparate zur Bekämpfung landwirtschaftlicher Schädlinge, Treibstoff und Saatgut. Im Falle eines Verkaufs haben die Kuomintangbehörden das Recht, auf den Verkaufspreis dieser Materialien Steuern und Zölle aufzuschlagen. Der Erlös aus dem Verkauf der Materialien gelangt auf ein besonderes Konto der Kuomintangregierung und kann mit Zustimmung der USA-Vertreter gleichfalls „zu Hilfezwecken innerhalb Chinas“ verwendet werden.

Im Rahmen dieser Bestimmungen sind die Ziele des Abkommens absolut klar. Die Kuomintangregierung hat durch den von ihr geführten Bürgerkrieg gegen die demokratischen Kräfte des Volkes das Land aufs äußerste erschöpft. Diese Regierung leidet unter einem katastrophalen Mangel an Hilfsquellen zur Fortsetzung des volksfeindlichen Krieges. Die Kuomintangbehörden besitzen nicht die Mittel, um ihre Fünfmillionenarmee zu ernähren, einzukleiden und mit Fußezeug zu versorgen, sie haben keinen Treibstoff für Panzer und Flugzeuge, keine Mittel zur Finanzierung des Krieges. Die USA-Regierung gibt in dem Nankinger Vertrag das Versprechen, einen Teil aller notwendigen Hilfsmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Sie verpflichtet sich sogar, alles Erforderliche nach China zu liefern und in den Schuppen der Kuomintangbehörden einzulagern. Ihr braucht nur Krieg zu führen, erklärt man gleichsam, ihr braucht nur die demokratische Bewegung zu unterdrücken, wir werden eure Truppen verpflegen und einkleiden.

Was aber soll angesichts dessen aus den Schwüren werden, laut denen die USA sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten einmischen würden? Was ist mit den Verpflichtungen, die die USA-Regierung in dem Moskauer Abkommen vom Dezember 1945 übernommen hat? Der neue Vertrag läuft ja diesen Schwüren und Verpflichtungen stracks zuwider!

Dieses Umstands halber haben die Autoren des Nankinger Vertrages zu der erprobten Methode verbaler Vorbehalte gegriffen. Sie haben den Vertrag wie einen Schwamm durchtränkt mit dem Salböl puritanischer Heuchelei, in der die amerikanischen Imperialisten solche Meister sind.

Das Abkommen enthält schönklingende Vorbehalte, wonach die Nankinger Behörden sich verpflichten, dafür zu sorgen, „daß alle Klassen des Volkes einen fairen und billigen Anteil dieser Materialien erhalten“. Sie verpflichten sich ferner, diese Materialien „ohne Diskrimination hinsichtlich der Rasse, des Bekenntnisses oder des

politischen Glaubens“ zu verteilen. Eine besondere Klausel besagt sogar, die Nankingregierung werde nicht zulassen, „daß diese Materialien zur Unterstützung der bewaffneten Kräfte verwendet werden“.

Diese Klauseln sind wahrhaftig ein Rekord an zynischer Heuchelei. Wie edelmütig klingt die Wendung „ohne Diskrimination hinsichtlich des politischen Glaubens“! Diese Worte wurden geschrieben, als in Sian die Führer der dortigen Ortsgruppe der Demokratischen Liga von Kuomintangschätern erschossen wurden... Sie wurden geschrieben zu einer Zeit, wo in den Kuomintangstädten auf jeden Jagd gemacht wird, der auch nur irgendein Anzeichen demokratischer Überzeugungen an den Tag legt, der auch nur das kleinste Wort der Kritik am Kuomintangregime und an seiner reaktionären Politik fallen läßt. Der Vertrag wurde an dem Tage unterzeichnet, als die Nankingregierung sogar die Organisation der bürgerlichen Opposition — die Demokratische Liga — für vogelfrei erklärte. Vielleicht meinen Mr. Stuart und Mr. Marshall, zwischen den Mißhandlungen, Folterungen und Erschießungen würden die Kerkermeister der Kuomintang in den „Vernichtungslagern“ unter ihren Opfern — chinesischen Demokraten — die Gaben der Washingtoner Regierung ausgeben, um der Vertragsbestimmung über die Verteilung dieser Güter „ohne Diskrimination hinsichtlich des politischen Glaubens“ Genüge zu leisten?

Die Kuomintangbehörden haben wiederholt selbst Dampfer der UNRRA bombardiert, wenn diese versuchten, Lebensmittel und Medikamente für die Bevölkerung der befreiten demokratischen Gebiete heranzuschaffen. Diese Behörden widersetzen sich kategorisch der Lieferung von UNRRA-Waren nach den befreiten Gebieten, auf welchem Wege diese Lieferungen auch erfolgen möchten. Jetzt aber murmeln die amerikanischen Pharisäer bei der Gewährung neuer materieller Mittel für eine Reaktion, die im Begriff steht, unter der Bürde ihrer eigenen Verbrechen zusammenzustürzen, salbungsvolle Worte über einen „fairen und billigen Anteil dieser Materialien für alle Klassen des Volkes“.

Niemand wird sich auch durch die Klausel täuschen lassen, die es verbietet, die neue amerikanische Materialhilfe zur Versorgung der bewaffneten Kräfte der Kuomintang zu verwenden. Selbst wenn diese Materialien nicht unverzüglich und unmittelbar zur Versorgung der Kuomintangtruppen Verwendung finden, wird doch eine entsprechende Menge innerer Hilfsmittel frei, mit denen die bewaffneten Kräfte der chinesischen Reaktion, die den Bürgerkrieg betreibt,

versorgt werden können. Auf Konto der 30 Millionen USA-Dollar, der ersten Bewilligung, durch die die Washingtoner Regierung die im Todeskampf liegende chinesische Reaktion aufzupulvern versucht, werden die Nankingbehörden 120 000 Tonnen Weizen und 80 000 Tonnen Reis erhalten. Mit diesem Reis und diesem Weizen werden die Kuomintangbehörden die Armee ihrer Beamten, ihre Polizeihorden, das Personal ihrer Kriegsbetriebe, ihrer Eisenbahnen usw. füttern. Aber die Kuomintangregierung kann die entsprechende Menge von Lebensmitteln, die den Bauern im eigenen Lande weggenommen oder im Ausland angekauft wird, für die Bedürfnisse der Armee verwenden. Genau ebenso steht es mit der Konfektion, den Webwaren, dem Treibstoff usw.

Damit in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel bleibe, haben die USA- und die Kuomintang-Regierung in einem besonders beigelegten Notenaustausch vereinbart, die Nankingregierung werde das Recht behalten, „die Größe ihrer Streitkräfte und die Menge der Lebensmittel und der anderen Materialien festzusetzen, die für sie verfügbar gemacht werden können“.

Diese offenere Sprache erklärt sich sehr einfach! Die Abfasser des Vertrages dachten, die Noten würden in der Öffentlichkeit weniger Beachtung finden als der Wortlaut des Vertrages selber.

Der Vertrag bedingt faktisch nicht nur Materialhilfe für die Reaktion, sondern auch die entschädigungslose Finanzierung des Bürgerkrieges. Das ergibt sich aus der Bestimmung, daß die beim Verkauf amerikanischer Waren erlösten Mittel in die Kasse der Kuomintangregierung gelangen. So vergrößern sich also die Geldmittel der Reaktion, die für den Kampf gegen die Demokratie aufgewandt werden.

Der Vertrag gewährt den USA-Vertretern das Recht auf eingehende Kontrolle über die Ausnutzung der neuen USA-Hilfe durch die Kuomintang. Info'ge der phänomenalen Korruption verschwindet bis auf den heutigen Tag ungefähr die Hälfte aller Mittel, die die USA der chinesischen Reaktion zur Verfügung stellen, in den privaten Taschen der Kuomintangmachthaber, so daß nur etwa die Hälfte sofort zur Bekämpfung der Demokratie verwendet wird. Die amerikanischen Gebieter wollen von nun ab die Diebereien auf ein geringeres Maß reduzieren, zu welchem Zweck sie die maximale und „effektive“ Verwendung aller bewilligten Mittel zum Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung verlangen. Das ist eine der Ursachen für die Bestimmung des neuen Vertrages über die detaillierte amerikanische Kontrolle. Eine andere Ursache liegt in dem Be-

streben, an allen Seiten der Tätigkeit der Kuomintangbehörden immer fester die Zwingschrauben unmittelbarer amerikanischer Führung anzusetzen.

Der Nankinger Vertrag bedeutet eine weitere Verstärkung der amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Diese verstärkte Einmischung aber zeugt durchaus nicht für eine Konsolidierung der Positionen des amerikanischen Imperialismus in China. Im Gegenteil, sie bestätigt indirekt, daß die Politik der USA-Regierung einen Mißerfolg erlitten hat, daß die amerikanischen Expansionisten ebenso wie ihre Agenten im Lager der chinesischen Reaktion vor einem Scherbenhaufen stehen.

Seit dem Frühling dieses Jahres erringen die Streitkräfte des chinesischen Volkes immer neue Siege im Kampf gegen die Reaktion, obwohl die Armeen der Reaktion über amerikanische Waffen, militärische Ratgeber und Instrukteure im Überfluß verfügen. Das Kuomintangregime steht am Rande des völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Nachdem die Kuomintang die von der USA-Regierung zur Führung des Bürgerkrieges bereitgestellten Milliarden von Dollars verausgabt hat, sieht sie sich weiter als jemals zuvor von den Zie'en entfernt, die ihre amerikanischen Gebieter ihr gestellt haben. In letzter Zeit hat sich sogar ein bestimmter Teil der chinesischen Bourgeoisie von ihrer antinationalen Politik abgewandt, und einige ihrer Vertreter verurteilen diese Politik entschieden. Die Inflation hat solche Ausmaße erreicht, daß 1 Píkul Reis Mitte Oktober in Schanghai 1 Million chinesische Dollar kostete. Info'ge der Zerrüttung ist die Arbeitslosigkeit in raschem Ansteigen begriffen. Massen von Arbeitern wurden in den letzten Monaten aus den Betrieben entlassen und in die Armee der Hungernden hineingestoßen. Anfang Oktober setzten die Kuomintangbehörden aus Furcht vor dem Zorn und einem Aufstand des Volkes in Schanghai und anderen Städten aberma's das Militär in Alarmbereitschaft. Anfang November wurde über die Städte Nantschang und Sutschou der Belagerungszustand verhängt, und in Hantschou und anderen Städten wurde der Kriegszustand erklärt.

Info'ge der Steuerräuberei in einer Anzahl von Provinzen, z. B. in Hunan, Nganhwei, Kuangtung, Kuansi, haben die Bauern 30—40 Prozent der Ackerfläche unbestellt gelassen. Nach Angaben des Nankinger Ernährungsministers Jufepöng beträgt die Ernte an Reis und Kartoffeln in Kuomintangchina in diesem Jahr nicht mehr als 66 Prozent der Normalernte, während die Weizenernte sogar nur 60 Prozent erbringt.

In den USA ist die übergroße Mehrheit des Volkes gegen die Unterstützung des chinesischen Militarismus, gegen die Schürung des Bürgerkriegs auf dem asiatischen Kontinent. Angesichts der bevorstehenden Präsidentenwahlen verlangt das Volk der USA immer nachdrücklicher von der Regierung Rechenschaft über ihre abenteuerliche und aggressive Politik in China.

Anderseits haben die Kuomintangführer, die sich am Rande eines Abgrunds sehen, zu erpresserischen Zwecken damit begonnen, ihre amerikanischen Gebieter mit einem „Wechsel der Politik“ zu schrecken, d. h. die Einstellung des Bürgerkrieges in drohende Aussicht zu stellen, falls nicht rasch neue große Mittel eingehen.

Das offensichtliche Scheitern aller Pläne der chinesischen Reaktion und die Mißerfolge der USA-Politik in China waren es nun, die die amerikanischen Diplomaten genötigt haben, wenigstens ganz grob maskierte Wege ausfindig zu machen, um der Kuomintang auch weiter Hilfe zuwenden zu können. Als ob es möglich wäre, mit falschen Phrasen und jesuitischen Kniffen das Wesen der Dinge zu verstecken — daß ihre Politik nämlich in der Schürung des Bürgerkrieges, in der Unterdrückung der chinesischen Demokratie besteht!

Wenn hunderttausende Tonnen amerikanischer Waren an die chinesische Reaktion verschenkt werden, so trägt das dazu bei, die Preise in den USA auf einem hohen Niveau zu halten. Breite Massen der USA-Bevölkerung sehen mit eigenen Augen, wie auf Kosten ihres Lebensstandards der chinesische Militarismus und reaktionäre Systeme in anderen Ländern finanziert werden. Der Nanjing-Vertrag stellt einen neuen Schritt in dieser Richtung dar.

Dabei wird das neue Almosen in keiner Weise der chinesischen Reaktion helfen, wieder auf die Beine zu kommen. In China sind zu großen Massen des Volkes in Bewegung geraten, das überlebte reaktionäre System hat sich zu sehr bei ihnen verhaftet gemacht. Die Dutzende Millionen Dollar, die die Kuomintang auf Grund des neuen Vertrages aus der Gesamtsumme der vom Kongreß im Mai d. J. zur Unterstützung der Reaktion in Griechenland, Österreich, Italien und China bewilligten 350 Millionen Dollar erhält, vermögen die wirtschaftlichen Positionen der Nanjingregierung nicht irgendwie wesentlich zu festigen. Gegenüber den Bedürfnissen des Kuomintangregimes sind sie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Autoren des Nankingvertrages hoffen, mit dem neuen Almosen die Kuomintang, deren Prestige sogar innerhalb der Bourgeoisie Chinas und des Offizierkorps ihrer eigenen Truppen außergewöhnlich tief gesunken ist, irgendwie

moralisch stützen zu können. Die Autoren des Vertrages betrachten ihn außerdem auch als einen Versuchsballon und gedenken sich einen Weg zu bahnen zu weiteren, bedeutend größeren und direkteren Bewilligungen für den Bürgerkrieg in China.

Die Mißerfolge der USA-Politik in China werden in letzter Zeit selbst von vielen Anhängern des amerikanischen Imperialismus offen anerkannt.

Kennzeichnend in dieser Beziehung ist ein Artikel Nathaniel Peffers, eines bekannten amerikanischen Spezialisten für Fragen des Fernen Ostens. Unter der Überschrift „Time to Get Out of China“ (Es ist an der Zeit, China zu verlassen) erschien dieser Artikel in der Julinummer von „Harper's Magazine“. Peffer schrieb ihn nach seiner Rückkehr aus China, wohin das Staatsdepartement ihn kommandiert hatte. Neben den üblichen Ausfällen gegen die Sowjetunion und Verleumdungen gegen die chinesischen Kommunisten enthält Peffers Artikel das Eingeständnis, daß der Militarismus in China in letzter Zeit in einer „höheren und schlechteren“ Form existiert als je zuvor. Peffer konstatiert, daß die Kuomintangpartei die Verkörperung dieses Militarismus ist und „daß China der Privatbesitz der Kuomintang geworden ist“. Er malt in grellen Farben die beispiellos tiefgehende Zersetzung und die moralische Verkommenheit der Kuomintangobergeschicht und erklärt:

„Wir haben den schlimmsten Elementen in China uneingeschränkte Unterstützung erwiesen.“

Peffer gelangt zu der Schlußfolgerung, die Chinapolitik der USA sei in eine Sackgasse geraten. Besonders betrübt ist er darüber, daß diese Politik, wie er meint, in letzter Instanz zu einer Stärkung des Einflusses der chinesischen Kommunisten sowie zu einer Festigung der internationalen Stellung der Sowjetunion geführt hat und auch weiter führt. Angesichts dieser Situation hält Peffer es für das einzige Zweckmäßige, vom Standpunkt der USA-Interessen aus sofort die USA-Truppen aus China abzuberufen, die ökonomische Unterstützung einer der kämpfenden Seiten einzustellen und in dem sich abspieelenden politischen Kampf eine korrekte Neutralität zu beobachten.

Es wäre natürlich ein Fehler, wollte man meinen, daß derartige Artikel das politische Wetter in Washington bestimmen. Noch naiver wäre es, zu erkennen, daß auch bestimmte politische Berechnungen und Manöver dahinterstecken dürften.

Die wahre Natur des Kuomintangregimes ist der ganzen Welt sehr wohl bekannt. Die Männer

des amerikanischen Imperialismus wissen, daß sie niemand zu täuschen vermögen, auch wenn sie versuchen sollten, die Kuomintang'eute als Vorkämpfer der Demokratie hinzustellen. Eben deshalb behaupten sie jetzt immer wieder: natürlich, die Kuomintang'eute sind Reaktionäre, aber wir scheuen keine Mühen und Mittel, um sie zum demokratischen Glauben zu bekehren; zu diesem Zweck opfern wir Weizen, Baumwolle, Benzin, Geldmittel, Marineinfanterie und „gute“ Ratschläge, alles dies Made in USA.

Nachdem gewisse Politiker der USA zu der Überzeugung gelangt waren, daß derartige Manöver sie in eine Sackgasse geführt haben, versuchen sie jetzt, neue, besser getarnte Wege für ihre Politik zu finden.

Aber es gibt unter den amerikanischen Imperialisten jetzt auch manche Elemente, die das Fiasco der bisherigen Politik konstatieren und einen kapitalen Wechsel dieser Politik vorschlagen. Ein so offener faschistischer Kriegsbrandstifter wie Bullitt z. B. verlangt, daß der USA-Imperialismus mit offenem Visier in China auftrete. Er fordert die sofortige Gewährung einer „politischen Anleihe“ in Höhe von etwa anderthalb Milliarden USA-Dollar an die Kuomintang — handelt es sich doch nicht um seine eigenen Kapitalien, sondern um Mittel des amerikanischen Volkes. Er verlangt die Entsendung modernster Waffen an die Kuomintangarmee und schließlich den Einsatz amerikanischer Truppen im Kriege gegen das chinesische Volk — sollen doch nicht er selbst und seine Kumpane ihre Knochen hinterlassen, sondern seine einfachen Landsleute, die das erforderliche „Kanonenfutter“ liefern würden.

Zwei Mitglieder des USA-Repräsentantenhauses, Hess und Hebert, die den Stand der Dinge am Pazifik „untersucht“ haben, gaben am 20. Oktober die öffentliche Erklärung ab, falls das Kuomintangregime in den nächsten 3—4 Monaten keine Hilfe erhalte, werde man Augenzeuge des allmählichen Zerfalls der Nationalregierung werden, und dann würden die chinesischen Kommunisten das ganze Land unter ihre Kontrolle stellen. Um einen solchen Zerfall des reaktionären Regimes abzuwenden, eilen aus Los Angeles Dampfer mit Weizen und Benzin, aus Guam Schiffe mit „überschüssigen“ amerikanischen Kriegsmaterialien nach China, werden Abkommen über den Verbund der USA-Truppen in China geschlossen, denen das Recht der Exterritorialität eingeräumt wird, wächst die Zahl der USA-Militärs und der politischen Ratgeber und Instruktoren in China. Diese Ratgeber helfen nach Maßgabe ihrer Kräfte und ihres Könnens den chinesischen Militäristen, ihren Krieg gegen das Volk zu

führen, womit sie die ihnen von der amerikanischen Plutokratie erteilte Mission erfüllen, die Kräfte des chinesischen Volkes zu untergraben und es den Wall-Street-Monopolen zu unterwerfen.

* * *

Die Politik, die das Ziel verfolgt, das chinesische Volk zu schwächen und zu unterjochen, ist für Washington nicht neu.

Die USA waren die erste Macht, die die chinesische Regierung zwang, in einen internationalen Vertrag einen Artikel über die Exterritorialität der Ausländer aufzunehmen. Das geschah bereits 1844. Commodore Perry, Befehlshaber des amerikanischen Pazifikgeschwaders, verlangte schon 1853, daß die chinesische Insel Formosa zu einem Protektorat der USA gemacht werde. Der in China befindliche USA-Bevollmächtigte Parker verlangte 1856 erneut die Annexion Formosas durch die USA.

Die amerikanischen Imperialisten haben seinerzeit sogar die Annexion der Hawaii-Inseln nicht nur mit der englischen und der japanischen Gefahr, sondern auch mit einer „chinesischen Gefahr“ zu rechtfertigen versucht. Einer der ersten Prediger der imperialistischen Expansion der USA, Kapitän Mahan, der die Annexion der Hawaii gruppe verlangte, schrieb im Januar 1893 in der „New York Times“:

„Auf Hawaii haben sich bereits viele Chinesen angesiedelt. Es ist eine Frage für die ganze zivilisierte Welt, ob die Inseln künftig ein Vorposten der europäischen Zivilisation oder der relativen Barbarei Chinas sein werden.“

Mahan gab der Befürchtung Ausdruck, die „jetzt tragen“ (now inert) riesigen Volksmassen Chinas könnten in Bewegung geraten, China werde möglicherweise „seine Schranken brechen“, und deshalb werde es für die USA von großer strategischer Bedeutung sein, Hawaii fest in die Hand zu nehmen.

Etwas später, im Jahre 1900, meinte Senator Beveridge, ein anderer Sprecher des amerikanischen Imperialismus, in einer Senatsrede, die USA würden niemals auf die Philippinen oder auf „Chinas unermesslichen Markt“ Verzicht leisten, und erklärte:

„Diejenige Macht, die den Pazifik beherrscht, ist auch die Macht, die die Welt regiert... Diese Macht ist die amerikanische Republik, und sie wird das in Ewigkeit bleiben.“

Es ist heutzutage nützlich, sich zu erinnern, was die Vorläufer der jetzigen USA-Imperialisten über die Besitzergreifung des chinesischen Marktes zwecks Errichtung der Weltherrschaft der

USA gesagt haben, sich die Worte von der „chinesischen Barbarei“ und die Warnung vor der Gefahr des Erwachens der „trägen Massen“ Chinas ins Gedächtnis zurückzurufen. Heutzutage legen die USA-Streitkräfte auf Formosa, in Tsingtau und in anderen Orten Chinas Stützpunkte an. Heutzutage suchen die amerikanischen Expansionisten ganz China in ihr militärisches Aufmarschgebiet und ihre Kolonie zu verwandeln. Heutzutage suchen sie ihre Einmischung in den politischen Kampf in China durch eine heuchlerische

Phraseologie und verlogene Klauseln in Abkommen zu tarnen, die mit der chinesischen Feudalreaktion und den chinesischen Militaristen abgeschlossen werden.

Kein Wunder, daß die endgültige Desillusionierung des chinesischen Volkes über die amerikanische Politik angesichts der imperialistischen Aggression zu einer unzweifelhaften Tatsache geworden ist, die jetzt auch die amerikanischen Imperialisten gegen ihren Willen anerkennen müssen.

ZUSCHRIFT AN DIE REDAKTION

Die gefährlichen Konzeptionen von Mister Finch

Professor A. N. TRAININ

X

IN der „Amerikanischen Zeitschrift für internationales Recht“ (The American Journal of International Law), Jahrgang 1947, Nr. 1, findet sich ein Artikel des Chefredakteurs der Zeitschrift, George A. Finch, unter dem Titel „The Nuremberg Trial and International Law“ (Der Nürnberger Prozeß und das Völkerrecht). Der Artikel berührt wichtige Fragen, die mit dem Problem der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Kriegsbefandstifter zusammenhängen, einem Problem, das auf der 2. Tagung der UNO-Generalversammlung von der Sowjetdelegation aufgeworfen worden ist. Gleichzeitig wird in dem Artikel versucht, die gegen die faschistischen Kriegsverbrecher gerichteten internationalen Akte auf neue Art zu deuten. Hierbei beruft sich der Autor auf mein Buch und auf meine Teilnahme an der Ausarbeitung des Statuts des internationalen Militärtribunals. Ich ersuche die Redaktion deshalb, meine folgenden Erwägungen über den Inhalt des erwähnten Artikels in ihre Zeitschrift aufnehmen zu wollen.

Mr. Finch macht es sich in seinem Artikel zur Aufgabe, nach Kräften die These zu revidieren, die den Aggressionskrieg als internationales Verbrechen qualifiziert. Der Autor ist bereit, die Verurteilung faschistischer Kriegsverbrecher wegen Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsbräuche sowie wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit anzuerkennen. Es habe jedoch keine legalen Grundlagen gegeben, um über die Hitlerhauptlinge wegen Verbrechens gegen den Frieden zu Gericht sitzen und sie verurteilen zu können. Insoweit sei das Urteil kein Rechtsakt,

sondern ein Gericht „der Sieger über gefangene Feinde“ gewesen. Finch erklärt:

„Es ist unmöglich, die These des Nürnberger Gerichtshofs zu akzeptieren, wonach ... diejenigen, die ihn (den Krieg) geplant haben und an ihm beteiligt waren, internationaler Straftaten schuldig gewesen wären, als diese begangen wurden oder a's das Statut des Internationalen Militärtribunals vom 8. August 1945 in London unterzeichnet wurde, oder am 1. Oktober 1946, als das Nürnberger Tribunal sein Urteil fällte.“

Bekanntlich aber ist diese „unmögliche These“ zu einer Realität geworden: die Hitlerfaschisten wurden vor allem wegen Verbrechens gegen den Frieden verurteilt. Mr. Finch erklärt diese Tat sache durch die Annahme, die Autoren des Londo ner Statuts, die Staatsanwälte und die Richter in Nürnberg hätten sich sämtlich im Banne einer „neuen Konzeption“ befunden. Finch schreibt:

„Die Anklage wegen Verbrechens gegen den Frieden ist eine neue internationale Strafrechtskonzeption. Sie war nicht enthalten in den Warnungen, die die Alliierten erließen, bevor die Feindseligkeiten beendet waren, und sie war auch nicht in den ursprünglichen Berichten enthalten, die der in London während des Krieges eingesetzten Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Kriegsverbrechen unterbreitet wurden. Sie kann zurückgeführt werden auf den Einfluß von Prof. A. N. Trainin vom Rechtsinstitut bei der Moskauer Akademie der Wissenschaften, der 1944 ein Buch veröffentlichte unter dem Titel „Ugolownaja otvetstvennost' Hitlerowzew“ (Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Hitlerfaschisten). Eine englische Übersetzung erschien in London unter dem Titel „Hitler Responsibility Under Criminal Law“.

Prof. Trainin stellte in seinem Buch fest, Rußland werde sich bei der Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Achsenmächte nicht auf die traditionellen Rechtsgrundlagen beschränken... Der von den USA bestellte Hauptankläger Mr. Robert H. Jackson bedient

480
109
X
77

sich in seinem Bericht, den er dem Präsidenten Truman am 7. Juni 1945, also vor der Unterzeichnung des Statuts, unterbreitete, beinahe der gleichen Ausdrucksweise: „die von den USA zu beziehende Rechtsposition“, so berichtete er, „die sich somit auf das einfache Gefühl für Gerechtigkeit gründet, ist relativ einfach und ohne technische Verwickltheiten. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie durch unfruchtbare Rechtskonstruktionen kompliziert oder verdunkelt wird, wie sie im Zeitalter des Imperialismus entwickelt wurden, um den Krieg als zulässig erscheinen zu lassen.“ Zwei Monate später, am 8. August 1945, unterzeichneten Mr. Jackson und Prof. Trainin, jeder als der Vertreter seiner Regierung, das Statut für das Nürnberger Tribunal. Ein Jahr früher, im Jahre 1944, hatte Prof. Trainin in seinem Buch die sofortige Kodifizierung internationaler Verbrechen angeregt, darunter auch von „Verbrechen gegen die friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen“. Einige seiner Definitionen wurden für das Nürnberger Tribunal in dessen Statut aufgenommen. Er erkennt eine persönliche Schuld für Verbrechen gegen den Frieden nicht nur für Angehörige der bewaffneten Macht und der Regierung an, sondern auch für Propagandisten, Kapitalisten und Industrielle. Es ist zweifellos der Einfluß dieser Ansichten zuzuschreiben, daß einige der Beschuldigten unter Anklage gestellt wurden.“

Folgt man den zitierten Gedankengängen von Finch, so wären es also nicht der Wille der Völker und die in den internationalen Verträgen niedergelegten Rechtsnormen gewesen, sondern eine unter dem Einfluß von Sowjetanschauungen geborene „neue Konzeption“, die den Grund dafür lieferte, daß Hitlers Aggression als ein internationales Verbrechen bezeichnet wurde.

Die Sowjetjurisprudenz hat ebensowenig wie die gesamte übrige Sowjetwissenschaft jemals eine führende Schöpferrolle auf dem Gebiet des Wissens in Abrede gestellt. Das Wesen der Frage und die Kraft der „neuen Konzeption“ besteht jedoch darin, daß sie eine feste Stütze findet in unbestreitbaren historischen Tatsachen. Es geschah durchaus nicht zum erstenmal, daß der Krieg als ein internationales Verbrechen qualifiziert wurde.

Im Jahre 1923 arbeitete die von der 3. Vollversammlung des traurig berühmten Völkerbunds eingesetzte „Gemischte Interimskommission für die Einschränkung der Rüstungen“ den „Entwurf eines Vertrages über gegenseitigen Beistand“ aus, worin neben Maßnahmen zur kollektiven Bekämpfung der Aggression auch ein allgemeines Urteil über die Aggression enthalten war.

Artikel 1 des Entwurfs erkennt an, daß ein Aggressionskrieg ein internationales Verbrechen ist. Er besagt:

„Die hohen vertragschließenden Parteien erklären feierlich, daß ein Aggressionskrieg ein internationales Verbrechen ist, und sie kommen ernstlich darin überein, daß keine von ihnen sich dieses Verbrechens schuldig machen wird.“

Also schon 1923 wurde der Krieg für ein internationales Verbrechen erklärt.

Auf der 5. Vollversammlung des Völkerbundes wurde das sogenannte Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924 beschlossen. Dieses Genfer Protokoll wurde nicht ratifiziert, da England es ablehnte, es zu bestätigen; man kann jedoch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Vertreter von 48 Staaten dieses Protokoll einstimmig angenommen haben. Artikel 2 des erwähnten Protokolls besagt:

„Die Unterzeichnerstaaten kommen darin überein, auf keinen Fall zum Kriege zu greifen, sei es gegeneinander oder gegen einen Staat, der gegebenenfalls alle hier im Folgenden dargestellten Verpflichtungen akzeptiert, es sei denn im Falle eines Widerstands gegen Aggressionsakte oder in Übereinstimmung mit einem Beschuß des Völkerbundsrats bzw. der Völkerbunderversammlung entsprechend den Bestimmungen der Satzung und des vorliegenden Protokolls.“

Im Jahre 1927 proklamierte die 8. Vollversammlung des Völkerbundes wiederum, daß „ein Aggressionskrieg niemals als ein Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten dienen kann und folglich ein internationales Verbrechen darstellt“.

Am 27. August 1928 wurde in Paris der sogenannte Briand-Kellogg-Pakt abgeschlossen, worin festgestellt wird:

„Die hohen vertragschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie die Anwendung des Krieges verurteilen als ein Mittel zur Lösung internationaler Kontroversen, und daß sie ihn als ein Instrument nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen ablehnen.“

Somit verurteilten alle diese Akte, Resolutionen und Verträge in feierlicher Form den Aggressionskrieg und erklärten die Aggression für ein internationales Verbrechen. Allerdings enthielten diese Akte keine konkreten Hinweise auf strafrechtliche Sanktionen wegen Aggression. Läßt sich jedoch etwa behaupten, daß der Aggressionskrieg nach allen den erwähnten Akten vom Völkerrecht auch weiter als ein „legales“ Kampfmittel betrachtet wurde, wie Mr. Finch das behauptet? Um ihn zu widerlegen, braucht man nur die folgende Tatsache anzuführen. In einer nach dem Tode des Verfassers erschienenen Ausgabe des Lehrbuchs für Völkerrecht aus der Feder des bekannten englischen Professors Oppenheim wird die Bedeutung des Pariser Aktes von 1928 wie folgt charakterisiert:

„Der Pakt konstituiert einen radikalen Umschwung im Völkerrecht... Vor dem Pakt bestand der Hauptmangel des Völkerrechts als eines Rechtssystems nicht so sehr im Fehlen einer internationalen Gesetzgebung oder Exekutive, als vielmehr in der Zulässigkeit des Krieges als einer regulären Rechtsinstitution. Der Pakt von Paris hat diesen Rechtszustand geändert. Der Krieg kann nicht mehr, wie das vor dem Abschluß dieses Paktes der Fall war, als ein legales Mittel ... angewandt werden...“

So wurde der Aggressionskrieg in den Akten beurteilt, die der deutschen Aggression von 1939 vorangingen. Finch ist mit dieser Einschätzung nicht einverstanden. Nun hat das Internationale Tribunal die Hitlerfaschisten bekanntlich nicht auf Grund des Genfer Protokolls von 1924 oder des Pariser Paktes von 1928 abgeurteilt, sondern auf Grund des am 8. August 1945 beschlossenen Statuts des Internationalen Militärttribuna's, eines Statuts, das die Planung und Führung eines Aggressionskrieges unter Strafe stellt. Mit der Annahme dieses Statuts hat die Diskussion über die Legalität der Aggression jede Bedeutung verloren. Die 22 Staaten, die das Statut unterzeichnet haben, handelten im Interesse aller friedliebenden Völker. Auf Grund einer unbestrittenen Quelle des Völkerrechts, wie dies Statut sie darstellt, wurden die Hauptkriegsverbrecher wegen Verbrechens gegen den Frieden, gegen die Kriegsgesetze und gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Mr. Finchs Gedankengänge sind eine Rückkehr zu der vom Nürnberger Tribunal verworfenen falschen Konzeption der Verteidiger Görings. Diese Konzeption führt durchaus nicht zu einer Stärkung der Positionen der Friedensverteidiger. Noch mehr, indem Mr. Finch, entgegen den historischen Tatsachen und internationalen Abkommen, das Urteil des Nürnberger Tribunals, das die Aggression als das schwerste Verbrechen erkannt hat, zu erschüttern sucht, leitet er Wasser auf die Mühle der Kriegsbrandstifter. Finch versichert:

„Die Anwendung rechtlich zweifelhafter Prinzipien bei Bestrafung der Naziangeklagten könnte dazu führen, daß das gesamte Verfahren von künftigen deutschen Generationen angefochten wird.“

Es ergibt sich also, daß nicht das Nürnberger Urteil die potentiellen Aggressionskriegsschuldigen bedroht, sondern daß, im Gegenteil, das Nürnberger Urteil von „künftigen deutschen Generationen“ angefochten zu werden droht. Den Ereignissen vorausseilend, entschließt sich Finch, das Nürnberger Urteil selber „anzufechten“, soweit es die Aggression als ein schweres Verbrechen qualifiziert hat.

Mr. Finch ist der Auffassung, die Regierungen, die den Nürnberger Prozeß veranstalteten, müßten beweisen, daß die Bestrafung der Hitlerfaschisten keine von den Siegern gegenüber Besiegten angewandte politische Sanktion gewesen ist; sie müßten zu diesem Zweck einen ständigen internationalen Gerichtshof schaffen. Der Autor schlägt vor, dem Haager Internationalen Gerichtshof die Funktionen eines Strafgerichts zuzuweisen (p. 35). Aber alle diese an die Zukunft gerichteten schönen Worte ändern nichts an der Hauptkonzeption des Autors bezüglich der „Le-

galität“ der Aggression. Diese Konzeption aber nährt natürlich auch eine andere — die der Zuständigkeit einer Aggression, falls der Krieg „auf kultivierte Art“ geführt werde, insofern als ja Verbrechen gegen die Kriegsgesetze und die Anforderungen der Menschlichkeit zweifellos strafbar seien.

Das Statut des Internationalen Militärttribuna's, das Nürnberger Urteil und die demokratische Öffentlichkeit machen sich eine andere Konzeption zu eigen: jede Aggression ist der schlimmste Anschlag auf die Kultur und die Menschheit, jede Aggression ist das schwerste Verbrechen.

Es ist möglich, daß Mr. Finch bei der Leugnung des verbrecherischen Charakters der Aggression eine Stütze findet in der folgenden von ihm geäußerten und nicht uninteressanten Erwähnung:

„Wenn die Aggression gegen die Tschechoslowakei eine internationale Straftat war, dann waren alle Teilnehmer des Münchener Abkommens in gleicher Weise schuldig.“

Die demokratische öffentliche Meinung hat diese Leute, falls Sie das wissen wollen, Mr. Finch, bereits für schuldig erklärt...

Finchs Artikel endet mit dem folgenden Brauvorakkord:

„Es ist an der Zeit, daß die USA die Führerschaft und die Initiative übernehmen bei der Achtung des Aggressionskrieges, indem sie Verbrechen gegen den internationalen Frieden sowohl vor nationalen als auch vor internationalen Gerichtshöfen strafbar machen.“

Die „Führerschaft“ im Kampf zum Schutze des Friedens aber gehört bekanntlich den Vereinten Nationen. Von einer „Initiative“ in dieser Frage zu sprechen klingt seltsam, nachdem zweieinhalb Jahre vergangen sind, seit die Vereinbarung der vier Mächte die Aggression für ein internationales Verbrechen erklärt hat.

Mr. Finch hat in einem gewissen Sinne Recht, wenn er darauf hinweist, daß die praktische Bestrafung eines Aggressors erst erfolgen kann, nachdem er besiegt worden ist. Aus diesem Satze aber läßt sich nur ein einziger, von den Interessen der Friedensverteidigung eingegebener Schluß ziehen: es ist notwendig, nicht nur die Aggression zu bekämpfen, sondern auch alle Arten vorbereitender Handlungen zu einer Aggression, in erster Linie die verbrecherische Aggressionspropaganda. Die von A. J. Wyschinski, dem Leiter der Sowjetdelegation, auf der 2. Tagung der UNO-Generalversammlung eingebrachten Vorschläge streben unmittelbar dieses Ziel an. Die Versammlung hat in dem von ihr gefassten Beschluß keine strafrechtliche Verantwortlichkeit festgestellt, aber die grundsätzliche Stellungnahme der Sowjetdelegation hat sie sich dennoch zu eigen gemacht.

Mr. Finchs Artikel ist alles in allem ein Ausdruck für die Veränderungen, die in den internationalen Beziehungen in den letzten zweieinhalb Jahren eingetreten sind. Im Jahre 1945, in den Honigmonaten des Sieges über Deutschland, rief der entschlossene und koordinierte Kampf gegen die faschistischen Aggressoren keine Zweifel hervor, und das Statut des Internationalen Militärtribunals wurde von den Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs einmütig angenommen. Jetzt dagegen, wo in einflußreichen Kreisen der angelsächsischen Mächte eine unheil-

verheißende Renaissance der faschistischen Ideen zu beobachten ist und die Aggressionspropaganda schrankenlose Formen annimmt, jetzt, post factum, beginnt die Kritik sowohl am Statut des Internationalen Militärtribunals als auch am Nürnberger Urteil.

Unter diesen Umständen dient Mr. Finchs Konzeption den den Frieden bedrohenden reaktionären Kräften. Hier droht die Kritik des unbestreitbaren Vergangenen in gefährlicher Weise hinüberzuleiten zur Rechtfertigung einer künftigen Aggression.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE FLUCHT MIKOŁAJCZYKS

Der frühere Leiter der Partei Polskie Stronnictwo Ludowe, Stanisław Mikolajczyk, ist aus Polen geflohen. Ein englisches Militärflugzeug hat ihn nach England gebracht. Mikolajczyk gibt Interviews, empfängt Korrespondenten und macht möglichst viel Lärm um seine Person. Das Auftauchen Mikolajczyks hat ins Lager der Pilsudski-leute und der polnischen Terroristen, die sich in London eingenistet haben, eine angenehme Belebung hineingebracht. Die sogenannte „polnische Emigrantenregierung“, die unter den gastfreundlichen Fittichen des englischen Außenministeriums allen Gesetzen der Natur, der Diplomatie und der internationalen Beziehungen zum Trotz existiert, plant eine Belebung ihrer Wüharbeit gegen den demokratischen polnischen Staat.

Die polnischen Reaktionäre sind nicht weniger kurzsichtig, ja, vielleicht noch kurzsichtiger als alle übrigen Reaktionäre. Sie werden gewiß in allerhöchster Zeit Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß Mikolajczyks Rückkehr nach London der polnischen Reaktion durchaus keine neuen Aussichten bietet und kein Beweis ist für einen Erfolg der internationalen Verschwörung gegen die polnische Republik. Im Gegenteil: Mikolajczyks Flucht aus Polen spricht mit unbestreitbarer Klarheit von dem skandalösen Fiasko der englisch-amerikanischen Politik in Polen.

Im ersten Augenblick, nachdem Mikolajczyk sich aus Polen verdrückt hatte, setzten englische und amerikanische Kreise eine Miene auf, als ob sie nicht wüßten, was mit ihm geschehen war.

Aber die Sonne bringt alles an den Tag. Jetzt weiß man, daß englische Residenten in Polen auf Weisungen aus London Mikolajczyks Abtransport nach England organisiert haben.

Noch mehr. Man weiß, daß Mikolajczyk von einer besonderen Organisation nach England gebracht worden ist, die sich unter der Leitung des Kriegsdepartements der USA damit befaßt, aus Ostdeutschland und Osteuropa Personen nach England und Amerika zu bringen, die für das USA-Staatsdepartement und das britische Außenministerium „von Interesse sind“.

Mikolajczyk hat als politische Figur in Polen Fiasko und Bankrott gemacht. Er ist vom polnischen Volk und von seiner eigenen Partei abgelehnt worden. Mikolajczyks Tätigkeit war niemals auf das Wohl des Landes und auf die Konsolidierung der demokratischen Polnischen Republik gerichtet. Er operierte im Nachkriegs-Polen als ein Agent der englischen und der amerikanischen Politik, die beabsichtigt, Polen seiner demokratischen Errungenschaften zu berauben, die Clique der Pilsudski-leute erneut ans Staatsruder zu bringen und die Macht der Gutsbesitzer und der ausländischen Monopole wiederherzustellen. Diese Pläne sind zu Wasser geworden.

Jetzt verbreitet man in England und den USA die offizielle Version, Mikolajczyk habe aus Polen fliehen müssen, weil die polnische Regierung die Bestimmungen des Jaltaer Abkommens über die Beteiligung der sogenannten Oppositionsparteien und Oppositionsgruppen an der Regierung und am politischen Leben verletzt habe. Dies ist eine verlogene Version, die nur verbreitet wird, um die

Spuren der gescheiterten englischen Abenteuer und der Wühlarbeit des englischen und des amerikanischen Spionagedienstes in Polen zu verschaffen.

Das Jalta-Abkommen ist durchaus nicht von der polnischen Regierung verletzt worden. Diese Regierung arbeitete und arbeitet ehrlich und aufrichtig mit allen demokratischen Parteien zusammen, die wirklich das Wohl Polens und des polnischen Volkes wollen, auch mit der Partei Polskie Stronnictwo Ludowe, die jetzt Mikolajczyk aus ihren Reihen ausgeschlossen hat, weil er ihr Vertrauen getäuscht hat.

Das Jaltaer Abkommen wurde und wird von der englischen Regierung bewußt verletzt, da diese nicht will, daß Polen eine demokratische Republik und ein unabhängiges Land ist. Churchill und Bevin haben Polen das Schicksal Griechenlands zugesucht. Mikolajczyk war in Polen nicht der Vertreter einer unabhängigen demokratischen Partei. Er war ein ebenso langer ausländischer Agent und Resident, wie seinerzeit in der Sowjetunion Lockhart und Noubens. Diese organisierten bekanntlich ein Attentat auf Lenin und bereiteten mit Hilfe des Sozialrevolutionärs Boris Sawinkow den Jaroslawler Aufstand von 1918 vor. Sie wollten das Sowjetregime untergraben und wieder eine Clique von Gutsbesitzern und Kapitalisten in Rußland zur Macht bringen.

Der Intelligence Service hat sich auch für Polen nichts Originelles ausdenken können. Mikolajczyk war die Rolle eines polnischen Sawinkow zugeschrieben worden. Er befaßte sich mit der Vorbereitung von Verschwörungen und Sabotageakten. Durch die politischen Prozesse gegen Gruppen von Terroristen und Saboteuren wurde die Teilnahme Mikolajczyks an regierungsfeindlichen und antirepublikanischen Verschwörungen und Sabotageakten aufgedeckt. Er war durch die Enthüllungen seiner eigenen Gefährten vollends diskreditiert und kompromittiert worden, so daß ihm nichts anderes übrigblieb, als sich durch eine vereinbarte Chiffre ein englisches Flugzeug zu bestellen.

Nebenbei ist übrigens bekanntgeworden, daß dieser polnische Pseudopatriot dauernd seinen Stützpunkt in England behalten hatte. Seine Frau lebt in London. Sein Sohn studiert an der Universität Cambridge. Mikolajczyk lebte in Warschau, wie Spione, Saboteure und ausländische Residenten zu leben pflegen, jede Minute zur Flucht bereit, sobald die Polizei an die Tür klopft.

Mikolajczys Flucht ist ein Fiasko der englischen und amerikanischen Residenten in Polen, ein ebenso langes Fiasko wie das in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. So und nicht anders hat man

die Sache zu verstehen, und keinerlei Nebel exaltierter Leitartikel der „Times“ wird diese Tatsache verhüllen können.

DIE EREIGNISSE AUF DER AVENUE DE WAGRAM

77

Am 28. Oktober versuchte ein von dem faschistischen Exsenator Gautherot geführtes Häuflein von Reaktionären mitten in Paris, in der Salle Wagram, ein sowjetfeindliches Meeting zu organisieren. Auf dieser Zusammenrottung sollten Repräsentanten des Abhubs der von französischen Faschisten ausgehaltenen reaktionären Emigration auftreten. In der Rednerliste figurierten dunkle Persönlichkeiten mit russischen, bulgarischen, rumänischen und polnischen Namen. Die groß aufgemachte Provokation ist jedoch kälisch gescheitert. Genauer gesprochen — sie ist von den Pariser Arbeitern zum Scheitern gebracht worden.

Lange vor Eröffnung des Meetings waren die Avenue de Wagram und die angrenzenden Plätze und Straßen von Tausenden von Werktätigen überfüllt, die stürmisch gegen den sowjetfeindlichen Ausfall protestierten. Das Gebäude, worin das Meeting stattfinden sollte, war gerammelt voll von Manifestanten. Alle Zugänge waren abgeschnitten. Die Arbeiter sangen die „Marseillaise“ und die „Internationale“, riefen Lösungen zu Ehren der Sowjetunion aus, protestierten gegen die Quertreibereien der Reaktion und riefen: „Nieder mit de Gaulle!“, „Die Verschwörer an die Laterne!“

Die Regierung des „Sozialisten“ Ramadier zog ihrer Gönnerpolitik gegenüber der Reaktion treu, große Polizeikräfte in der Gegend der Avenue de Wagram zusammen. Eingedenk der Zeiten des unrühmlich bekannten Pariser Polizeipräfekten Chiappe machten die Polizisten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen, bei denen 50 Polizisten und viele Demonstranten verletzt wurden. Die Pariser Arbeiter aber setzten sich durch. Die faschistische Veranstaltung kam nicht zustande. Das Paris der Arbeit antwortete den Reaktionären mit einer machtvollen antifaschistischen Demonstration zum Schutze der Demokratie, zu Ehren der Sowjetunion. Es kam nicht zu einem sowjetfeindlichen Meeting, sondern zu einem Skandal. Die Regierung Ramadier zeigte sich in der käligen und schändlichen Rolle von Schutzherrn der faschistischen Provokateure und Feinden des arbeitenden Paris.

Die Ereignisse in der Avenue de Wagram haben gezeigt, daß die Arbeiter Frankreichs über die Demokratie wachen und zuverlässig wissen, wo

ihre Freunde und wo ihre Feinde stehen. Sie haben denjenigen, die geneigt sind, die Kräfte der Arbeiterklasse zu unterschätzen, eine wirksame Lektion erteilt.

GERICHT ÜBER HITLERHENKER IN BERLIN

General Clark hat als Vertreter der USA auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats erklärt, ihm sei das Wort „Faschismus“ nicht verständlich. In seinem Gefolge beeilen sich einige der Leiter der amerikanischen und der britischen Delegation in der UNO-Generalversammlung, zu vergessen, daß die freiheitliebenden Völker noch vor kurzem einen Kampf gegen den Faschismus kämpften, bei dem es um Leben und Tod ging.

Millionen einfacher Leute haben bei weitem kein so kurzes Gedächtnis wie MacNeil oder Dulles, denn erst vor zweieinhalb Jahren vertauschten sie mit einem Seufzer der Erleichterung das Gewehr gegen die Werkbank oder den Pflug. Sie haben alles in Erinnerung. An ihre Herzen klopft die Asche der Städte und Dörfer, das Blut der Kinder und Eltern, die von den faschistischen deutschen Okkupanten umgebracht worden sind.

Im Sowjetsektor Berlins ist das Gerichtsverfahren gegen die Henker des hitlerfaschistischen Konzentrationsagers Sachsenhausen zu Ende gegangen. 16 Mörder aus der Gestapo standen vor dem sowjetischen Militärtribunal.

Die Geschichte des Todesagers Sachsenhausen ist in ihrer Art eine Geschichte des Hitlerregimes. Anfänglich, in den ersten Jahren der Machtergreifung der Hitlerfaschisten, füllte sich das Lager mit deutschen Antifaschisten und den Opfern von Judenpogromen. Als dann die Hitleraggression in Europa begann, tauchten in dem Lager tschechische und polnische Patrioten auf, später auch Antifaschisten anderer europäischer Länder. Nach

dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion begann sich das Lager mit Kriegsgefangenen und Zivilpersonen aus der Sowjetunion zu füllen.

Mehr als 200 000 Menschen sind den Henkern von Sachsenhausen in die Klauen geraten. Jeder zweite Häftling endete am Gaigen, vor der Pistolenmündung oder in der Gaskammer. Hier wurden Menschen von 47 Nationalitäten gefoltert und getötet.

Die Moskauer Dreimächtedeklaration über die Verantwortlichkeit der Hitlerfaschisten für die von ihnen verübten Bestialitäten erklärte den Henkern schon 1943 mit warnender Stimme, man werde sie finden, und sei es auch im fernsten Winkel der Welt, und sie „ihren Anklägern in die Hand liefern, damit der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen“ werde. Im Sowjetsektor Berlins ist diese Gerechtigkeit geübt worden. 14 Verbrecher sind zu lebenslänglichem Zuchthaus, 2 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Das Gerichtsverfahren gegen die hitlerfaschistischen Henker in Berlin, aber auch die analogen Prozesse, die kürzlich in Bobruisk und Stalino ihren Abschluß gefunden haben, sollen nicht nur an die jüngste Vergangenheit erinnern, sondern auch dazu veranlassen, Schlüssefolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Vor aller Augen treiben die neuen Kriegsbrandstifter, die neuen Weltherrschaftspräsidenten ihre verbrecherische Propaganda.

Das Urteil über die 16 hitlerfaschistischen Henker brandmarkt alle früheren und künftigen Prediger des Menschenhasses und der imperialistischen Räuberei. Die in Sachsenhausen verübten Greuel dürfen sich nicht wiederholen. Es genügt nicht, begangene Freveltaten zu bestrafen. Bestraft werden müssen auch diejenigen, die zur Verübung neuer Verbrechen auffordern.

In „Bizonesien“

(Reisenotizen)

A. GALKIN, I. ROMANZOW

1. Ein Land der Wunder

Nachdem die Formalitäten erledigt sind, läßt der sowjetische Grenzbeamte die Schranke hochgehen und wünscht uns lächelnd glückliche Reise. Ein paar Meter weiter mustert uns scheinbar ein englischer Sergeant, brummt „okay“, und

nun sind wir fünf Sowjetkorrespondenten in „Bizonen“ oder „Bizonesien“ angelangt.

„Bizonesien“ liegt nicht jenseits der Meere, es liegt in unserer Nähe, in Europa. Früher hieß es Westdeutschland, offiziell wird es „Doppelzone“ oder „Bizone“ genannt, die Volkssprache aber hat den Namen sehr bald ironisch in „Bizonesien“

abgeändert, ein ziemlich deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl; spielt man doch auf das Bestreben der britischen und amerikanischen Behörden an, die deutsche Bizone in eine Kolonie zu verwandeln, ähnlich wie Indonesien oder Polynesien.

Wir sind also in „Bizonesien“ angekommen, und zwar in seinem nördlichen Teil. Von ihm werden wahre Wunder erzählt. Hier sitzen Menschen auf Kohle und erfrieren. Die „Eingeborenen“ können sich ihr täglich Brot nicht verdienen. Es heißt hier: „Die Nazis haben uns mit Vitaminen gefüttert, die Engländer und Amerikaner füttern uns mit Kalorien, aber zu fressen gibt uns niemand.“ Vieles erinnert hier an koloniale Zustände: sowohl das unverfrorene Benehmen der britischen und amerikanischen „Sahibs“, als auch die Aufschriften: „Für Deutsche Eintritt verboten“, und vor allem die Art, wie man in der Wirtschaft schaltet und waltet.

Im Ruhrgebiet hört man auf Arbeiterversammlungen recht ungünstige Gegenüberstellungen wie:

„In „Bizonesien“ verhält sich die Rohstoffausfuhr zur Fertigwarenausfuhr wie 23:1, wogegen sie in Indien selbst während der schlimmsten Kolonialzeiten, wie vor einem Jahrhundert, 2:1 ausmachte.“

Wie in den übrigen „...nesiens“ gibt es auch hier Fakire, die Scherben in Goldstücke und Fliegen in Kamele verwandeln. So erzählte man uns in Braunschweig folgendes: Ein Arbeiter verlor Weizen aus einem Getreidesilo bei Braunschweig. Heimgekehrt, fiel ihm ein, daß er seine Jacke auf der Arbeitsstelle vergessen hatte, und er eilte hin. Der Waggon, in den er vor einer knappen Stunde deutschen Weizen geschüttet hatte, trug bereits die Aufschrift: „Kanadischer Weizen“.

Im Süden „Bizonesiens“ verfährt man noch einfacher. Wie das offizielle Bulletin der amerikanischen Militärregierung (Nr. 112) berichtet, werden dort Waggons mit deutschen Textilien einfach mit der Aufschrift versehen: „Eigentum der amerikanischen Regierung“.

In der Fabrik Struck & Witte, Braunschweig, macht deutsche Butter eine wundersame Wandlung durch: sie wird in Papier mit englischer Aufschrift verpackt und als englische Butter geliefert. Dann schreibt man in aller Seelenruhe in den deutschen Zeitungen, das britische Militär verbraucht kein Gramm deutscher Vorräte für den eigenen Bedarf.

Wir besuchten die Wolfsburger Motorenwerke in Fallersleben, die die „Volkswagen“ herstellen. Die Zauberkünste, die mit den Erzeugnissen dieser Fabrik angestellt werden, machen in Deutschland viel von sich reden. Während des Krieges

beschäftigte die Fabrik etwa 18 000 Arbeiter, davon 60 bis 70 Prozent zwangsweise verschleppte Bürger der Sowjetunion, Frankreichs und Polens. Damals wurden Wagen für die Hitlerwehrmacht hergestellt.

Jetzt ist die Fabrik ebenfalls voll in Betrieb, sie erzeugt über 1000 Wagen im Monat und erhält für jeden Wagen 4200 Mark.

„Von wem eigentlich?“

„Von den Deutschen“, antwortet zögernd der feiste, selbstzufriedene Major Hearst, der britische Kontrolloffizier.

„Und wer bekommt die Wagen?“

Betreutes Schweigen.

Fünfzig Prozent übernimmt die britische Militärregierung, und sie zahlt dafür keinen roten Heller.

In allen Sprachen der Welt nennt man das Einziehung von Reparationen aus der laufenden Produktion. Ja, aber die Engländer ziehen doch gar keine Reparationen ein! Da sei Gott vor! Sie sind doch kategorisch dagegen, daß Reparationen aus der laufenden Produktion eingezogen werden. O ja, deshalb haben sie ja auch für die Einziehung der Kraftwagen eine harmlose Bezeichnung gefunden: „Deckung der Besatzungskosten“.

Aber auch von den übrigen 50 Prozent der Wagen bleibt fast nichts in deutschem Besitz. Sie werden an Beamte der britischen Militärregierung zum Privatgebrauch sowie an andere Militärverwaltungen abgegeben oder aber in andere Länder ausgeführt. Die englischen Behörden erhalten dafür Dollar und Pfund, und hier fängt der Zauber erst richtig an.

Es heißt, daß die Deviseeinkünfte aus dem Export zu Deutschlands Gunsten verbucht und daß für diese Guthaben Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung angekauft werden. Soweit der Lebensmittelimport durch die für den deutschen Export erhaltenen Dollar nicht gedeckt ist, wird Deutschland damit belastet, eine Schuld, die die deutsche Bevölkerung in Zukunft zu begleichen haben wird.

Inwieweit vermag der deutsche Export die Kosten des deutschen Lebensmittelimports zu decken? Diese Frage wurde uns ebenfalls durch die Gepllogenheiten in den Wolfsburger Motorenwerken beantwortet.

„Wie Major Hearst uns sagte, führten die Werke innerhalb von 2 Jahren (einschließlich des Verkaufs an Privatpersonen der alliierten Nationen) über 3000 Kraftwagen aus, für die dem deutschen Exportkonto 1946 insgesamt 23 000 Dollar gutgeschrieben wurden, was einem Werte von nur 36 Wagen entspricht. Die Summe reicht kaum aus, um 200 Tonnen amerikanischen Weizens anzukaufen. Das haben nun 8000 deutsche Arbeiter,

in einem Jahr erarbeitet! Wohin haben sich die übrigen Dollars verflüchtigt, die für die exportierten Wagen bezahlt worden sind? Allein an Amerikaner wurden im vorigen Jahr 800 Wagen verkauft, und dafür wurden mindestens 500 000 Dollar eingegommen. Die „Volkswagen“ werden aber nicht nur von Amerikanern gekauft, sondern auch von einigen europäischen Staaten, z. B. von Holland und der Tschechoslowakei. Die Einkünfte aus dem Export der „Volkswagen“ müssen also Millionen ausmachen. Wo sind diese hingeraten?

Auf diese Frage bekamen wir keine Antwort. Die Besatzungskosten und der Export sind in der britischen Zone so miteinander verflochten, daß man sie nur schwer voneinander trennen kann. Im Endeffekt wird aus Westdeutschland unter den verschiedensten Vorwänden fast alles herausgezogen, was hier hergestellt wird. Wir meinen nicht Schuhe aus Lederersatz mit Holzsohle oder Karten mit Ansichten vom Kölner Dom. Wir meinen Kraftwagen, Fahrräder, Textilien, Kohle, Bauholz und vieles andere.

Ungeklärt bleibt, warum die Bevölkerung Westdeutschlands, die für einen Elendswohn arbeitet und fast nichts von ihren Erzeugnissen erhält, außerstande sein soll, sich mit ihrer Hände Arbeit die kärglichen Kalorien zu verdienen, für deren Einfuhr nach Deutschland angeblich die englischen und amerikanischen Steuerzahler geradestehen müssen. Warum reicht denn in der Sowjetzone diese Arbeit aus, um die einheimische Bevölkerung zumindest nicht schlechter als in Westdeutschland zu versorgen und den kolossalen Schaden wenigstens teilweise wiedergutzumachen, der den durch die faschistische Besatzung in Mitleidenschaft gezogenen Nachbarländern zugefügt worden ist? Die Arbeit der deutschen Bevölkerung reicht in der Sowjetzone auch zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft der Zone aus, die bedeutend stärkere Zerstörungen erlitten hat als die Westdeutschlands. In „Bizonesien“ aber sind die Deutschen, wie man sieht, nicht einmal imstande, sich zu ernähren, sie sind gezwungen, von Almosen zu leben und beim reichen Onkel Sam Schulden zu machen.

In Köln gingen wir einmal abends ins „politische Kabarett“. Unter anderem gab es dort eine „Deutsche Modeschau“. Eins der vorgeführten Modelle, „Deutsche Wirtschaft“ genannt, gefiel dem Publikum ausnehmend. Auf der Bühne erschien ein Deutscher, der sich vor Erschöpfung kaum auf den Beinen zu halten schien und unbeschreibliche Lumpen am Körper hatte. Statt der Hosen trug er einen zerrissenen Sack (die Hosen habe er gegen amerikanische Zigaretten eingetauscht), ein Rockärmel fehlte (er habe

zur Deckung der Besatzungskosten herhalten müssen), aber am Haß baumte ein in allen Regenbogenfarben schillernder Schlipps.

„Wundern Sie sich bitte nicht über den Schlipps, meine Herrschaften“, sagte der Conférencier, „das ist der deutsche Export.“

Die Zuschauer verstanden die Anspielung, wie der donnernde Beifall bezeugte...

Wir verbrachten auch einen Sonntag in Köln. Will jemand die internationalen Beziehungen des Finanzkapital's studieren, so erhält er hier reiches Anschauungsmaterial. Das für seinen Dom berühmte Köln, seine Fabriken und Museen sind durch Bombenangriffe der englischen und amerikanischen Flieger so gut wie völlig zerstört. Ganze Stadtbezirke und Fabriken sind dem Erdbeben gleichgemacht.

Irgendwo am Strand aber stießen wir auf eine Oase. Hier stehen zwei große Fabriken, die völlig unversehrt geblieben sind. Ringsum sieht man nicht einen einzigen Trichter.

Verwundert blieben wir bei einer Gruppe von Arbeitern stehen und fragten, wie dies Wunder zu erklären sei. Es erklärte sich ganz einfach: das waren Fabriken, die mit Auslandskapital betrieben werden. Die eine gehört Ford, die andere der Londoner Firma Courthaud. Die englischen und amerikanischen Flieger wußten, wohin sie ihre Bomben nicht zu werfen, hatten. An den hohen Fabrikshäusern der Ford-Fabrik stand in fünf Meter hohen weißen Lettern der Name des Besitzers.

Arbeiter der Kölner Vereinigten Glanzstoffwerke, die über 3000 Arbeiter beschäftigen und Kunstseide herstellen, erzählten uns, daß die 10 000 Meter Kunstseidenstoff, die täglich in diesen Werken hergestellt werden, restlos nach England gehen. Die Fabrik verwendet deutschen Rohstoff.

Wir fragten die Arbeiter dieser Fabrik, ob sie selbst denn Textilien erhalten.

„Ja“, antwortete man uns. „Wer ununterbrochen 6 Monate in der Fabrik arbeitet, kann dank dem Punktsystem, das hier kürzlich eingeführt wurde, drei Meter Stoff kaufen, die die Fabrik von irgendwoher als Kompensation, also durch legalisierten Schwarzhandel, erhält.“ (Ist „Bizonesien“ kein „schwarzer Kontinent“, so ist es jedenfalls ein einziger „schwarzer Markt“.)

Überhaupt ist die Frage, was aus den deutschen Textilien wird, eines von den vielen Rätseln „Bizonesiens“. Offiziell — wir betonen: offiziell! — ist der Export minimal: im ganzen vorigen Jahr betrug der Erlös für die aus der britischen Zone ausgeführten Textilien nicht einmal 1 Million Dollar gegenüber 120—125 Millionen vor dem Kriege.

Aus Gesprächen mit den Arbeitern ging mit erschöpfernder Klarheit hervor, daß die Bevölke-

nung entweder gar keine oder nur so wenig Textilien erhält, daß sich das überhaupt nicht in Ziffern ausdrücken läßt. Offiziellen Angaben zufolge wird hier beinahe ein Drittel der vor dem Kriege erzeugten Textilien hergestellt. Auf Reparationskonto werden sie, wie die englischen und amerikanischen Behörden offiziell vorgeben, nicht eingezogen. Was aber aus ihnen wird, konnte uns niemand erklären.

2. Adenauer und die anderen

Heute fahren wir nach Düsseldorf.

Dort, im „Stahlhof“, in dem jetzt die englische Militärregierung untergebracht ist, erwartet uns Dr. Adenauer, der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone.

Dr. Adenauer, ein Anwalt mit guter Praxis, wurde 1917 zum Oberbürgermeister von Köln gewählt. Diesen Posten bekleidete er 16 Jahre lang, bis 1933. Geschickt bugsierte er sein Schifflein durch die stürmischen Gewässer des politischen Lebens der Weimarer Republik. Einige seiner politischen Kampfgefährten legten ihm den Spitznamen „Wetterhahn“ bei. Tatsächlich zeichnet sich seine politische Linie nicht durch Geradheit aus. Als die Franzosen 1923 das Rheinland besetzten, wurde Adenauer Separatist, denn das war bequem und einträglich. Im Jahre 1927 schickte er Mussolini begeisterte Grüße. Das Hitlerregime überdauerte er am häuslichen Herd. Der alte politische Fuchs witterte rechtzeitig Unrat und ließ sich mit den politischen Abenteurern aus dem Lager Hitlers gar nicht erst ein.

Jetzt ist Adenauer „Demokrat“, ein „Opfer des Faschismus“ und „Erbauer des neuen Deutschlands nach westlichem Vorbild“.

Im heutigen Deutschland gibt es — vielleicht mit Ausnahme Schumachers — politisch keine abstoßendere Gestalt als Adenauer.

Er war es, der, einem Fingerzeig des Auslands folgend, durch seine Minister in den verschiedenen deutschen Ländern die Lebensmittelversorgung der westdeutschen Stadtbevölkerung sabotieren ließ. Er gewährt Kriegsverbrechern Rückhalt. Er inspiriert und fördert alle reaktionären Maßnahmen, die in der britischen Zone ergriffen werden. Für ihn ist der Marxismus der Feind. In den Zeitungen seiner Partei wird täglich die widerlichste, unflätigste Propaganda gegen die Sowjetunion betrieben.

Mit diesem Mann sollten wir nun zusammen treffen.

Unser englischer Begleiter hatte es nicht allzu eilig.

„Macht nichts, er kann warten“, sagte er gleichgültig.

Wir waren diesen Ton schon gewohnt. Die britischen Besatzungsbehörden machen mit ihren deutschen Marionetten nicht viel Federlesens.

Im vorigen Jahr kam es während einer ähnlichen Reise zu folgendem Vorfall. Wir sollten Politiker in Essen interviewen. Als alle beisammen waren, stellte sich heraus, daß durch ein Mißverständnis der Vorsitzende einer kürzlich in der Stadt gegründeten rechtsstehenden Vereinigung nicht eingeladen worden war.

Der gastfreundliche Stadtkommandant wollte sich uns gegenüber zuvorkommend erweisen, er nahm den Telephonhörer ab und sagte seiner Sekretärin:

„Bestellen Sie mal bei der Polizei, sie sollen sofort den Vorsitzenden dieser ... na, dieser Rechtspartei suchen und herbringen.“

Dann sagte er, mit einem liebenswürdigen Lächeln zu uns gewandt:

„Keine Sorge, die werden ihn schon herschaffen.“

Solcher Ungeniertheit begegneten wir auf Schritt und Tritt. Ein britischer Beamter unserer Begleitung sagte, als er uns ruhig abwarten sah, bis der deutsche Chauffeur einen Motordefekt behoben hatte, ganz ernsthaft:

„Ich an Ihrer Stelle hätte's ihm schon gezeigt. Ach, ihr Russen! Als Kolonisatoren seid ihr nicht zu brauchen!“

Wir waren ganz seiner Meinung...

Zum Interview bei Adenauer kamen wir eine halbe Stunde zu spät.

Adenauer sprach mit gleichmäßiger, monotoner Stimme. Was er sagte, klang wie eine gemeinverständliche Wiedergabe der neuesten Artikel aus der von den amerikanischen Behörden für die deutsche Bevölkerung herausgegebenen „Neuen Zeitung“. Er sprach über Föderalismus, über die Einheit der westlichen Kultur, über die europäische Union, über den Marshallplan.

Als wir uns verabschiedeten, warf ein britischer Offizier, zu Adenauer gewandt, hin:

„Wie sind Sie hergekommen? Wenn Sie's nicht weit haben, kann ich Sie ranbringen.“

„Ich komme aus Köln...“

„Dann kann ich Ihnen nicht helfen. Sehen Sie zu, wie Sie selbst wieder hinkommen.“

„Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Herr Major“, sagte Adenauer ohne die geringste Ironie im Ton, mit tiefer Verbeugung und einem breiten Lächeln.

Morgen ist dieser Mann imstande, auf irgend einem politischen Meeting pathetisch zu verkünden: „Wir sind die unabhängige und nationalste Partei des heutigen Deutschlands. Jeden ausländischen Einfluß weisen wir kategorisch zurück!“

3. Die Kohle

Rumpelnd fährt unser Wagen durch die unebenen Straßen Essens. Die graue, düstere Stadt, das Herz des Ruhrgebiets, galt nie als schön, nicht einmal zu der Zeit, als die Straßen noch statt von Ruinen von Häusern eingesäumt waren.

Mit uns im Wagen sitzt ein alter Ruhrkumpel. Wir hatten ihn unweit der Stadt getroffen, wo er, an der Rollbahn stehend, mit erhobener Hand anzeigte, daß er mitgenommen werden wollte.

„... Bei uns im Ruhrgebiet ist es gefährlich, Kumpel zu sein. Einfahren kann man ohne weiteres, ob man aber wieder ausfährt, weiß man nicht“, erzählte er. „Voriges Jahr gab es in der Grube Grünberg eine Explosion, bei der 400 Arbeiter umkamen. Seit einem Monat vergeht kein Tag ohne Grubenunglück. In einer Grube sind 6 Kumpels umgekommen, in einer anderen Grube 2, im Kreise Mörs 4. Und warum? Weil die Engländer Kohle brauchen. Wenn sie jetzt nur möglichst viel rausholen, dann kann ihretwegen nachher die Grube kaputt gehen... Es gibt eine alte Bergmannsregel: keinen Stollen tiefer als bis zur Sohle vortreiben, sonst entstehen Löcher, in denen sich schlagende Wetter sammeln. Da braucht nur ein Funken hineinzufallen, und die Explosion ist da. Aber denen ist ja alles egal!...“

Das Ruhrgebiet bedeutet Kohle und Eisen, in erster Linie aber Kohle. Deshalb dreht sich hier auch alles um dieses Thema. Von Kohle spricht sowohl Mister Asbury, der Gouverneur des Landes Nordrhein-Westfalen, als auch der Ansichtskartenhändler in den Straßen Düsseldorfs.

Die Kohle will sich keineswegs in den Ziffernrahmen zwängen lassen, in den die Engländer sie hineindrücken wollen. Auf Schritt und Tritt stößt man auf Differenzen, die zeigen, daß die Ruhrkohle irgendwohin verschwindet, wo sie nichts zu suchen hat.

In „Bizonesien“ werden gegenwärtig über 60 Prozent der Kohle gefördert, die hier vor dem Kriege gewonnen wurde (in der britischen Zone 57—58 Prozent, in der amerikanischen über 100 Prozent). Dabei liegen Industriebetriebe aus Kohlemangel still, die Industrie der Bizonen ist nur zu 35 Prozent ihrer Kapazität ausgenutzt. Die Stahlproduktion „Bizonesiens“ macht etwa 2,5 Millionen Tonnen pro Jahr aus gegenüber 16—17 Millionen Tonnen in der Vorkriegszeit. Die Bevölkerung erhält fast keine Kohle zum Heizen. Der Kohlenexport ist, offiziellen Angaben zufolge, verhältnismäßig gering. Wo also bleibt die Kohle?

Ein alter Arbeiter aus einer Thyssengrube erzählte uns folgenden Witz, der unter den Bergleuten kursiert:

Tsaldaris kommt zu Truman und bittet, ihm 50 Millionen Dollar für die hungernde Bevölkerung Griechenlands zu leihen. Truman beauftragt Marshall telephonisch, den Griechen einen Scheck auszustellen. Von Marshall bekommt Tsaldaris einen Scheck über 40 Millionen. In Athen angelangt, berichtet Tsaldaris seinem Ministerpräsidenten, er habe 20 Millionen aus Amerika mitgebracht. Der Ministerpräsident berichtet im Parlament, Amerika habe 10 Millionen für Unterstützungszwecke geschickt, und als endlich den Kindern im Waisenhaus von der amerikanischen Hilfe Mitteilung gemacht wird, beschließen sie, eine Dankespeche an Truman zu richten. Das Porto für die Depesche kostet 20 Drachmen, von der Anleihe sind aber nur 10 Drachmen übrig. So müssen die Kinder sich bei Passanten die fehlenden Drachmen zusammenbette'n, um das Telegramm abschicken zu können.

„Genau so geht es auch mit unserer Kohle“, sagte der Arbeiter. „Wir fördern viel Kohle, aber je näher sie an den Verbraucher herankommt, desto weniger ist davon übrig. Vielleicht verdunstet sie oder der Teufel holt sie gar, aber irgend etwas Unbegreifliches passiert mit ihr. Unsere Grube gibt z. B. 4000 Tonnen pro Tag, in der Buchhaltung aber notiert man aus irgendeinem Grunde nur 2700—2800 Tonnen. Interessieren Sie sich doch einmal für diese Sache...“

Wir Sowjetkorrespondenten hörten von diesen Dingen nicht zum erstenmal. Die Kohle beginnt schon zu schwinden, wenn sie aus dem Stollen fortgeschafft wird, dann verschwinden weitere Mengen auf der Halde usw. usf.

Vor dem Kriege wurden für die Bedürfnisse der Grube — die Grubenkraftanlagen und die Versorgung der Bergarbeiter — etwa 8 Prozent der Ausbeute verbraucht. Jetzt brauchen die Kraftwerke bedeutend weniger, da nicht alle Maschinen in Betrieb sind, und auch die Bergarbeiter bekommen weniger Kohle als früher. Trotzdem werden offiziellen britischen Angaben zufolge, in den Gruben 16—20 Prozent der Ausbeute verbraucht. Ein bedeutender Unterschied also. Wo aber bleibt die Kohle?

Zum Teil wurde uns diese Frage im Duisburger Flughafen beantwortet. Hier wird deutsche Kohle zum Versand ins Ausland verladen. Am Kai liegen Hunderte voller und leerer Lastkähne, die aus Holland, Belgien und aus der französischen Zone den Rhein heraufgekommen sind.

Auch hier geht es etwas geheimnisvoll zu. Der britische Kontrolloffizier Clark teilt uns mit, das Betreten der ausländischen Lastkähne sei streng verboten, und auf den deutschen Lastkähnen dürfe man nur durch Vermittlung des englischen Übersetzers mit den deutschen Arbeitern sprechen.

„Die deutschen Arbeiter kennen nämlich den wirklichen Stand der Dinge nicht“, erklärte er, „sie machen deshalb oft unrichtige Angaben und führen die Weltöffentlichkeit irre...“

Von dieser Äußerung Mr. Clarks erzählten wir einem deutschen Flusschiffer. Er zuckte die Achseln und sagte:

„Natürlich ist der Herr Kontrolleur gebildeter als wir, wenn aber täglich zwei Dutzend Schleppkähne auslaufen und jeder Kahn an die 1000 Tonnen Kohle faßt, so können wir uns auch sehr gut ausrechnen, wieviel Kohle da täglich wegschwimmt...“

Wir besichtigten zwei deutsche Schleppdampfer und zwei holländische Lastkähne und sprachen mit den Schiffern. Die deutschen Schiffer, die die Kohlenkähne bis an die holländische Grenze bringen, sagten uns, nach ihren Feststellungen würden mindestens 25 Kähne mit 15000—20000 Tonnen Kohle täglich allein rheinabwärts befördert.

Die Schiffer der holländischen Schleppkähne meinten, täglich gingen mindestens 25000 Tonnen Kohle den Rhein hinab. In Rotterdam und Antwerpen werde diese Kohle auf große Ozeandampfer verladen, die unter verschiedenen Flaggen, meist aber unter britischer, segeln. Einer der Schiffer hatte erst kürzlich selbst deutsche Kohle aus seinem Kahn auf ein englisches Schiff verladen.

Duisburg ist nicht der einzige Exporthafen. Durch Dutzende kleiner Ruhrkanäle gelangen täglich Schleppkähne mit Ruhrkohle ins Ausland, offiziell nach Holland. Aber nicht dort bleibt die Kohle, sie geht weiter.

Da hätten wir also die geheimnisvoll verschwindende Kohle aufgespürt, die Kohle, die verlorenging, wenn Angaben über die Gesamt ausbeute zusammengestellt werden; die Kohle, die bei der offiziellen Errechnung der eigenen Bedürfnisse der Gruben „verdunstet“; die Kohle, die sich beim englischen Jonglieren mit Ziffern „verkümmelt“.

Die Kohle wird nicht auf Reparationskonto geliefert, keineswegs. Britische Offiziere aller Rangstufen versicherten uns feierlichst, England erhalte auch nicht ein Gramm deutscher Kohle.

Die Machinationen, die mit der Ruhrkohle getrieben werden, haben die Entwicklung der westdeutschen Friedensindustrie von Grund auf unterbunden und das ökonomische Chaos in Westdeutschland noch unentwirrbarer gemacht.

Die deutsche Öffentlichkeit wendet sich entschieden gegen die Kohlenausfuhr, wie sie heute betrieben wird. Einige westdeutsche Zeitungen haben errechnet, daß für jede Tonne offiziell exportierter Kohle (die verschwindende Kohle wird

nirgends mengenmäßig erfaßt) Deutschland nur 10 Dollar gutgeschrieben werden, während amerikanische Kohle in Europa zu 22 Dollar die Tonne verkauft wird. Die Verwendung einer jeden Tonne deutscher Kohle in der deutschen Industrie gäbe aber die Möglichkeit, Fertigwaren im Werte von 200 bis 500 Dollar auszuführen.

Die im Bezirk Solingen-Remscheid-Wuppertal konzentrierte deutsche Kleineisenindustrie (Stahl- und Schneidewaren, Präzisionsinstrumente) kann wegen Kohlemangel nur 25 Prozent ihrer Kapazität ausnutzen. Dabei handelt es sich um wertvolle Erzeugnisse, nach denen auf dem Weltmarkt außerordentlich starke Nachfrage herrscht. Erhielten diese und ähnliche Industriezweige die erforderliche Kohle, so könnte die Bilanz der Zone normalisiert, die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert und ein bestimmtes Kontingent von Erzeugnissen auf Reparationskonto an Länder geliefert werden, die unter der deutschen Aggression zu leiden hatten.

Die Behörden „Bizonesiens“ sind hieran jedoch nicht interessiert. Nicht von ungefähr bestehen 90 Prozent des deutschen Exports aus Kohle, Bauholz und anderen Rohstoffen. Man errät unschwer, wer aus dem Unterschied der Preise für Rohstoffe und Fertigwaren profitiert. So wird die deutsche Volkswirtschaft von den Kolonisatoren Bizonesiens „geregelt“.

4. Hinter dem seidenen Vorhang

In „Bizonesien“ darf man nicht allzu neugierig sein. Man darf nur das sehen, was man gezeigt bekommt, und gezeigt bekommt man durchaus nicht alles, besonders wenn man ein Sowjetkorrespondent ist. Vor ihm läßt man höflich lächelnd einen undurchsichtigen Seidenvorhang herab, der mit Vorschriften und Paragraphen bemalt ist, die eigens für Sowjetkorrespondenten geschaffen zu sein scheinen.

Uns wurde nicht gestattet, die Kruppwerke in Essen zu besichtigen. Offenbar meinten die britischen Behörden, wir seien ins Ruhrgebiet gekommen, um die Kaninchenzucht zu studieren. Übrigens waren die Kruppwerke zwei Tage vorher von anderen Auslandsjournalisten besichtigt worden.

Man erlaubte uns nicht, mit deutschen Leitern der Kohlenindustrie zusammenzutreffen, sagte uns vielmehr, daß sie noch nicht eingesetzt seien und daß man sie deshalb nicht vorführen könne. Nicht eingesetzt und nicht bestätigt, wie sie sind, nehmen sie aber, scheint es, bereits an internationalen Verhandlungen teil. Man kennt sie schon bei Namen, sie sprechen in Sitzungen und

Beratungen, noch mehr, sie werden bereits kritisiert: man fragt sie, wie sie sich aus nazistischen „Wehrwirtschaftsführern“ so schnell in Wirtschaftsdiktatoren des demokratischen „Bizoniens“ verwandeln konnten. Es handelt sich um Generaldirektor Wilhelm Rölen, einen früheren Direktor des Thyssenkonzerns. Es handelt sich weiter um Direktor Kost aus dem Hanielkonzern, unter Hitler „Wehrwirtschaftsführer“, sowie um Generaldirektor Ahlers aus demselben Konzern. Es handelt sich schließlich um Direktor Reusch, Gutehoffnungshütte, und um ein Dutzend anderer Direktoren, die Hitlerdeutschland mit Leib und Seele ergeben waren.

Man erlaubte uns nicht, eine Fahrradfabrik in Bielefeld, die Fabrik Panzerberger in Paderborn, die Stahlwerke in Hannover zu besuchen, und man sagte uns nicht einmal, warum. Man erlaubte uns nicht, ein Kinderheim in Hahnenklee zu besichtigen, wo allen Gesetzen der Menschlichkeit zum Hohn Kinder aus der Sowjetunion festgehalten werden, die von den Nazibanditen ihren Eltern entrissen wurden und die jetzt den britischen Behörden in die Hände gefallen sind.

Warum hält man diese Kleinen fest, warum gibt man sie nicht ihren Eltern zurück? Was wollen die Behörden „Bizoniens“ mit diesen Kindern? Warum gewährt man Ankömmlingen aus der Sowjetunion zu diesem Heim keinen Zutritt? Vielleicht deshalb, damit man nicht erfährt, was dort vorgeht?

Auch in das Lager verschleppter Jugoslawen erhielten wir keinen Zutritt.

So blieb also von dem Reiseplan, der vor unserer Abfahrt aus Berlin von den britischen Behörden bestätigt worden war, fast nichts übrig. Zwei Tage vor Ablauf unserer Reisezeit hatten wir nichts mehr zu besichtigen. Da erlaubte man uns, die Leiter der Export- und Importagentur in Minden zu interviewen, worüber wir sehr befriedigt waren.

Hier würde man uns, so glaubten wir, über jeden Cent Auskunft geben können, der für exportierte deutsche Waren im Ausland einkassiert wird. Hier würden wir endlich erfahren, auf welche Summe sich der deutsche Export beliefert und wieviel Fertigwaren der deutschen Industrie eingezogen werden. Uns interessierte auch, warum niemand auf der Welt weiß, wieviel Dollar sich auf dem deutschen Export- und Importkonto befinden. Das und vieles andere hofften wir in Minden klären zu können.

Unsere Hoffnungen sollten jedoch nicht in Erfüllung gehen. Die ganze Unterhaltung mit den Machthabern „Bizoniens“ beschränkte sich auf Fragen, die wir stellten, und die etwa folgendermaßen beantwortet wurden:

„Das wissen wir nicht... Für diese Frage ist unser Amt nicht zuständig... Hierüber besitzen wir keine Angaben...“

Nach diesem „aufschlußreichen“ Gespräch mußten wir gehen. Vieles war uns schleierhaft und unverständlich geblieben.

Ein Teil der Einkünfte aus dem Verkauf deutscher Erzeugnisse im Ausland wird auf das deutsche Exportkonto verbucht. Die Gelder werden nicht ausgezahlt. Sie werden nur verbucht und ausgegeben, ohne daß über sie abgerechnet wird. Die deutschen Exporteure bekommen ihre Erzeugnisse zu den Preisen von 1936 in deutscher Währung bezahlt. Von den eingenommenen Devisen erhalten sie nichts. Zwar verspricht man jetzt, ihnen 5 Prozent der eingenommenen Dollar auszuzahlen, aber in „Bizonien“ ist vom Versprechen zum Erfüllen im allgemeinen ein weiter Weg. Die Devisen gelangen in den allgemeinen Exportfonds. Wie sie dort verrechnet, in welcher Bank sie deponiert werden und wieviel es überhaupt sind, weiß niemand. Dieses Geheimnis wird von der Export- und Importagentur streng gewahrt.

Wir wollten auch wissen, warum nach Deutschland soviel „diverse Lebensmittel“ eingeführt werden. Für das zweite Halbjahr 1946 umfaßte diese Rubrik 62 Prozent des gesamten Lebensmittelimports. Hier dominieren Kaffee, Kakao, Nüsse, Keks, Schokolade, Getränke, usw. Diese Lebensmittel gelangten nicht an die deutsche Bevölkerung, in deren Lebensmittelrationen sie nicht einmal erwähnt sind. Wer sind also die Verbraucher dieser Genussmittel, für die Deutschland allein 1946 eine Rechnung von 319 Millionen Dollar präsentierte?

Es blieben noch viele Fragen unbeantwortet, aber so manches wurde uns auch ohne Antwort klar, denn keine Antwort ist manchmal auch eine Antwort.

* * *

Unser Wagen fährt nach Osten. Wir verlassen „Bizonien“ und versuchen unsere Eindrücke zu ordnen. Zu beiden Seiten der Straße zieht das deutsche Landschaftsbild vorüber. Das ist Deutschland und bleibt Deutschland, mag man ihm einen noch so fetten Stempel „Bizonien“ aufdrücken.

Es ist dumm, zu glauben, man könne ein Volk vernichten. Es ist sinnlos, den lebenden Organismus eines einheitlichen Staates zerstückeln zu wollen. Das versteht die Bevölkerung Westdeutschlands sehr wohl. Wir unterhielten uns mit Duisburger Flussschiffern und Braunschweiger Bauern und fanden unter ihnen keinen einzigen,

der die jenseits des Atlantischen Ozeans ausgetüftete Schaffung eines westdeutschen Staates begrüßt hätte.

Das waren Menschen, die in der Weltpolitik nicht beschägen sind, die aber eins gut begriffen: nur ein einheitliches demokratisches Deutschland kann ihnen Frieden und erträgliche Lebensbedingungen gewährleisten.

Es gibt auch andere, nicht sehr viele, die aber durch die Unterstützung der Besatzungsbehörden stark sind. Diese spielen lieber die Haushofmeister und Gutsverwalter der Herren im Ausland, als ihrem eigenen Volk Auge in Auge gegenüberzutreten.

Sie fürchten die Sowjetzone und die dort durchgeführten demokratischen Reformen. Sie fürchten das „schlechte Beispiel“. Verhaft ist ihnen alles Fortschrittliche, sie möchten sogar die Sonne verbieten, nur weil sie im Osten aufgeht.

Aber sie vergessen eins: Deutschland kann nicht nach dem geographischen Prinzip aufgeteilt werden. Es gibt kein Ostdeutschland und Westdeutschland. Es gibt ein demokratisches Deutschland, und es gibt ein Deutschland, das von der Reaktion wieder in den Abgrund gezerrt wird. Die Grenze zwischen ihnen ist jedoch keineswegs identisch mit der Grenze zwischen den Zonen.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Der britische Professor Toynbee über „Osten“ und „Westen“

B. BYCHOWSKI

X
16
64

IM August d. J. ging in der Londoner Zeitschrift „Horizon“ der wissenschaftliche Stern eines gewissen Professors Arnold Toynbee auf, ein Ereignis, das registriert zu werden verdient.

Die als eine Pflegerin „reiner Kunst“ angepriesene Zeitschrift „Horizon“ ist sorgfältig bemüht, die Kunst vor jeder Berührung mit fortschrittlichen Gesellschaftsdeen zu schützen. Professor Arnold Toynbee von der Londoner Universität aber, der nach Absolvierung der Universität Oxford seine wissenschaftliche Qualifikation im Departement für Auslandsspyionage vervollkommnete, genießt den Ruf eines Pflegers „reiner Wissenschaft“. Redigiert wird die Zeitschrift „Horizon“ von Mr. Cyril Connolly, der außerdem als Schriftleiter des „Observer“, des Organs der bekannten Clivedener Diehardclique tätig ist. Professor Arnold Toynbee seinerseits kombiniert den Lehrstuhl für Geschichte an der Universität London mit dem Amte eines wissenschaftlichen Leiters des Royal Institute of International Affairs, auf dessen sämtlichen Druckschriften in aufdringlicher Weise ihr unpolitischer Charakter plakatiert wird.

Die Allianz der Vertreter der „reinen Kunst“ aus der Zeitschrift „Horizon“ und eines Predigers der „reinen“ und „unpolitischen“ Wissenschaft aus dem Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten hat ein hervorragendes Resultat gezeitigt. Die Zeitschrift veröffentlichte die stenographische Niederschrift einer Vorlesung, die

Professor Toynbee kürzlich während einer Gastspielreise nach Kanada an der Universität Toronto gehalten hat. Die Vorlesung stieg unter der Marke „Russia's Byzantine Heritage“ (Das byzantinische Erbe Rußlands).

Als Toynbee sich das genannte Thema für seine Vorlesung auserwählte, da glaubte dieser als universeller Historiker für alle Zeiten und alle Völker gerühmte Mann schwerlich, daß die Kanadier sich für byzantinische Geschichte besonders interessieren würden. Er war jedoch überzeugt, daß die Kanadier sich für Sowjetrußland interessieren, und das war eben das wahre Thema — oder richtiger die wahre Zielscheibe — seiner gelehrt Gedankengänge.

Die philosophisch-historische Konzeption Toynbees, die am vollständigsten in seiner Schrift „A Study of History“ dargelegt ist, stellt eine Spie[art des Spenglerianertums dar. Sie ist gegen die Idee der Einheit der Weltgeschichte gerichtet. Toynbee stellt der Einheit und der historischen Kontinuität der Zivilisation ein Schema vieler geschlossener Zivilisationen entgegen, von denen jede ihren Entwicklungszyklus zurücklegt, innerhalb dessen sie in allen Stadien ihre besonderen, unveränderlichen Charakterzüge bewahrt. Für diese Auffassung fällt der einheitliche, gesetzmäßige Prozeß der allgemeinen Geschichte auseinander, und die historische Wissenschaft wird zu einer vergleichenden Geschichte verschiedener Zivilisationen.

Professor Toynbee stellt die Geschichte Europas in seiner kanadischen Vorlesung als Geschichte von zwei Zivilisationen dar: der westlichen und der östlichen. Die „westliche Welt“ und die „östliche Welt“ — das sind die Hauptkategorien bei der Betrachtung der gesamten historischen Entwicklung Europas. Die qualitativen Unterschiede zwischen der antiken Sklavenhalterwelt, dem Feudalismus und dem Kapitalismus werden verwischt. Sie alle werden als Entwicklungsphasen einer einheitlichen „westlichen Zivilisation“ betrachtet. Als ihr Antipode wird eine einheitliche „östliche Zivilisation“ hingestellt, deren aufeinanderfolgende Entwicklungsstadien Byzanz, das Russische Reich und die Sowjetunion seien, zwischen denen Toynbee alle Grenzen verwischt.

Es ist nicht schwer, hinter Toynbees geografischer Camouflage sein Bestreben zu erkennen, das Wesen der Gegensätze der beiden heutigen Gesellschaftssysteme — des Kapitalismus und des Sozialismus — zu entstellen. Was er als „westliche Zivilisation“ auszugeben versucht, ist nichts anderes als die bürgerliche Zivilisation, als deren Hauptstützen Toynbee anerkennt: 1. das „industrielle Wirtschaftssystem“, d. h. kapitalistische Produktionsweise, und 2. das „parlamentarische politische Repräsentativsystem“, d. h. die bürgerliche Demokratie. Als Heimat beider wird England bezeichnet. Den imaginären Begriff der „östlichen Zivilisation“ konstruiert Toynbee, indem er absolut verschiedene soziale und politische Gesellschaftsformationen und Kulturscheinungen, die miteinander nur das gemein haben, daß sie Mr. Toynbee alle nicht gefallen, in einen Topf wirft.

Die unversöhnliche Feindschaft der „östlichen“ und der „westlichen“ Zivilisation dauert, wie Toynbee versichert, viele Jahrhunderte an. Rußland steht er als einen Vertreter der dem Westen fremden und feindlichen byzantinischen Zivilisation griechisch-orthodoxer Christenheit dar. Rußland habe sich vor tausend Jahren dem byzantinischen Christentum angeschlossen und sich damit für immer von der westeuropäischen Kulturwelt abgegrenzt.

Es würde schwerhalten, sich eine talentloser und weniger begründete historische Argumentation zu sowjetfeindlichen Propagandazwecken auszudenken, als die, deren Toynbee sich bedient. Jawohl, Rußland hat sich bewußt und ~~zu~~ freien Stücken der byzantinischen Kultur angeschlossen, und das war eine historische Tatsache von größter progressiver Bedeutung. Byzanz war im 10. Jahrhundert das kultivierteste Land der Welt, das Zentrum der damaligen Weltzivilisation. Byzanz war der direkte und unmittelbare Erbe

der großen antiken Kultur. Byzanz schützte und bewahrte diese Kultur jahrhundertelang, als Westeuropa sich in der Gewalt barbarischer Stämme befand, die noch einen sehr weiten Entwicklungsweg zurückzulegen hatten, bevor sie auf dem Niveau anlangten, auf dem Byzanz sich bereits befand.

Weiter spielten Byzanz und mehrere asiatische Länder in dem historischen Prozeß der Herausbildung der westeuropäischen Zivilisation eine sehr große Rolle. Byzanz und später der sogenannten arabischen Kultur, die ihrerseits aus byzantinischen Quellen schöpfte, war es zu verdanken, daß Westeuropa des antiken Kulturerbes teilhaft wurde, dessen Rußland dank seinen Verbindungen mit Byzanz schon viel früher, und zwar unmittelbar, teilhaft geworden war.

Allgemein bekannte historische Tatsachen beweisen unwiderleglich erstens die Einheit der Kultur Europas (und der ganzen Welt) und zweitens die riesige Bedeutung des „Ostens“ für die ganze Genesis und Herausbildung der „westlichen Zivilisation“.

Toynbee vernachlässigt die realen historischen Faktoren, die in den verschiedenen Perioden die Wechselbeziehungen zwischen den europäischen Staaten bestimmten, und reduziert diese Wechselbeziehungen auf den Kampf der beiden christlichen Glaubensbekenntnisse. Die Feindschaft zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“ ist nach Toynbees Versicherung in fataler Weise verursacht durch den eingewurzelten Antagonismus dieser beiden Zivilisationen.

Es liegt auf der Hand, daß diese ganze historische Kontroverse auf Sand gebaut ist. Man braucht nur an die Tatsache zu erinnern, daß Rußland den furchtbaren Schlag vom Osten her aufzufangen hatte, indem es zweieinhalb Jahrhunderte lang die Invasion der Mongolen aufhielt und diese dann niederkniete. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß günstige historische Voraussetzungen entstanden für die Entwicklung der Zivilisation in den Ländern Westeuropas. Das russische Volk hat 1941—1945 nicht zum erstenmal die europäische Zivilisation vor dem Untergang bewahrt.

Der heutige Kampf zwischen den demokratischen, antiimperialistischen Ländern einerseits und den antidemokratischen, imperialistischen Staaten anderseits wird von Toynbee dargestellt als das unvermeidliche Resultat des gleichen urregigen und unabwendbaren Konflikts der beiden Zivilisationen. Die jetzigen Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR sind Toynbee zufolge eine neue Form des Kampfes, den Rom und Byzanz in der Periode der Völkerwanderung miteinander ausfochten. Der Kampf der beiden Zivilisati-

sationen wird, meint Toynbee, heute wie damals um die politische und ideologische Unterwerfung des Niemandslandes geführt, das zwischen den beiden rivalisierenden Mächten liegt. Hier lugt die zynische imperialistische Ideologie unter dem Haufen von Pseudogelahrtheit hervor.

Für Toynbee sind Griechenland, Österreich und Ungarn nicht die Länder des griechischen, österreichischen und ungarischen Volkes, denen diese Länder restlos gehören. Für ihn ist das — „Niemandsland“. Sie sind Objekte der Expansion, die unbedingt von irgend jemand unterworfen und zu Vasallen gemacht werden müssen. Die nationale Unabhängigkeit kleiner oder vom Faschismus ökonomisch entmachteter Völker existiert für Toynbee nicht. Eine solche Perspektive fehlt in seinem Gesichtskreis überhaupt. Für ihn ist nur eine Aufteilung der Welt unter den Großmächten denkbar, die die wahrhaft souveräne Existenz der kleinen Staaten ausschließt.

Weshalb, so fragt Toynbee, haben Griechenland und die Türkei sich Washington und nicht Moskau „zugewandt“? Weil sie, so antwortet er tiefsinng, in der „Reichweite“ Rußlands und nicht Amerikas liegen, und es deshalb vorziehen, von einer geographisch weiter entfernten Macht abhängig zu sein. Eine für den Ideologen einer Kolonialmacht recht charakteristische Konzeption, nicht wahr? Aber vom Standpunkt dieser Logik läßt sich schwer erklären, weshalb z. B. Honduras oder Peru sich nicht der Sowjetunion „zugewandt“ haben. Dafür ist es durchaus begreiflich, weshalb Griechenland oder Indonesien sich in der „Reichweite“ der ausländischen Truppen „geographisch entfernter“ Mächte befinden.

Welches sind nun die kennzeichnenden Besonderheiten der „byzantinischen Zivilisation“, die, Toynbees Meinung zufolge, Rußland und dann die Sowjetunion geerbt hat, und die die Quelle der Universöhnlichkeit des „Ostens“ und des „Westens“ sind? Toynbee verweist auf zwei solche mit der „westlichen Zivilisation“ unvereinbare Prinzipien.

Das erste ist die Überzeugung der Anhänger der „byzantinischen Zivilisation“, sie hätten ständig recht. Da sie sich für ein auserwähltes Volk, für die Krone der Schöpfung hielten, so seien die „Byzantiner“ überzeugt, daß bei allen ihren Meinungsverschiedenheiten mit dem „Westen“ das Recht stets und ständig auf ihrer Seite liege.

Man muß wirklich von grenzenloser Verachtung für die historische Wahrheit erfüllt sein, um mit der gelehrten Miene eines Fachmanns die Idee nationaler Überlegenheit als einen byzantinischen Charakterzug zu bezeichnen, der der „westlichen Zivilisation“ fremd wäre. Hat der

Londoner Professor denn Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ oder Hegels „Philosophie der Geschichte“ mit ihren Dithyramben auf die Deutschen als die auserwählte Nation vergessen, der allein die Zukunft gehöre? Sind denn aus dem Gedächtnis dieses gelahrten Mannes die Rassen-theorien der Franzosen Gobineau und Lapouge verschwunden, die er doch wohl nicht zu den Vertretern der „byzantinischen Zivilisation“ rechnen wird? Weiß Toynbee denn wirklich nicht, daß ein Landsmann von ihm, der Engländer Houston Stewart Chamberlain, als der fanatischste Prediger rassischer Überlegenheit aufgetreten ist, den die Weltgeschichte des Obskurantismus bis zum Auftauchen des Faschismus je gekannt hat? Schließlich hätte es genügt, wenn Toynbee in eines der zahllosen Bücher der jetzigen Troubadoure des „amerikanischen Zeitalters“ hineingeblickt hätte — sie bieten die besten Proben und Muster nationalistischer Selbstzufriedenheit, chauvinistischer Prahlgerei und Verachtung für andere Völker.

Für die zweite Stütze der „byzantinischen Zivilisation“ erklärt Toynbee — den totalitären Staat, die Unterwerfung des gesamten geistigen, ideologischen Lebens unter die Staatsgewalt, die Unterdrückung der Freiheit des Gedankens und des Worts, die in der historischen Tradition der Unterwerfung der Kirche unter den Staat wurzelte. Die der westlichen Zivilisation angeblich eigene Gedankenfreiheit ist, wie Toynbee versichert, die Fortsetzung der traditionellen Unabhängigkeit der römisch-katholischen Kirche von der weltlichen Staatsgewalt.

Besessen von dem Bestreben, die sozialistische Demokratie um jeden Preis zu verleumden und anzuschwärzen, bemerkt Toynbee nicht, wie lächerlich er sich macht, denn es ist unmöglich, seine Relationen über die römisch-katholische Tradition der Gedankenfreiheit ohne Lachen zu lesen. Wer würde denn nicht, daß der päpstliche Stuhl in der gesamten Geschichte Europas seit 1600 Jahren das Zentrum der Geistes Tyrannie, der Unduldsamkeit, der schonungslosen Ausrottung des freien schöpferischen Denkens war? Sind denn etwa die Inquisition (die, nebenbei bemerkt, in der griechischen Kirche niemals bestanden hat), sind die Scheiterhaufen, auf denen die fortschrittlichsten Denker Westeuropas verbrannt wurden, ist denn der vatikanische Index verbotener Bücher etwa die historischen Quellen der Tradition des Freisinns und geistiger Unabhängigkeit? Vielleicht war es die Geschichte der erbarmungslosen, unmenschlichen Ausrottung der sogenannten Ketzer, die Toynbee zu der Überzeugung von den liberalen Traditionen der römisch-katholischen Zivilisation gebracht hat? Oder sind die Kreuzzüge, von deren Wiederholung

der Londoner Professor träumt, ein Muster der Glaubensstoleranz und der Achtung für Andersdenkende gewesen? Nein, es wäre gewiß besser gewesen, wenn Toynbee über die historische Tradition der „antibyzantinischen Welt“ geschwiegen hätte.

Um von einer späteren Periode zu sprechen — war denn nicht ein so hervorragender Ideologe der westeuropäischen Zivilisation wie der Engländer Thomas Hobbes der erste Apologet des „totalitären“, alles verschlingenden Staates, des Leviathans? Man kann doch schließlich bei gesundem Verstande nicht von einer „östlichen“ historischen Tradition des totalitären Staates sprechen, wenn die Wunden noch nicht verharscht sind, die Ausgebürtigen der „westlichen Zivilisation“ wie die faschistischen Satrapien Hitlers und Mussolinis der Menschheit geschlagen haben. Schließlich ist doch nicht etwa das franquistische Spanien nach Toynbees Meinung ein Bewahrer der uralten Freiheitsliebe der römisch-katholischen Zivilisation?

Kommen wir jetzt zu Toynbees wichtigster, furchtbar dummer und erschütternd unwissender Identifizierung der sozialistischen Ordnung, die sich nach der großen Oktoberrevolution in Rußland durchgesetzt hat, mit dem mittelalterlichen Staatswesen der Byzantiner. Toynbee schreibt:

„Dem moskowitischen politischen Bauwerk wurde zweimal eine neue Fassade gegeben — das erstmal von Peter dem Großen und dann noch einmal durch Lenin —, aber das Wesen des Baus ist unverändert geblieben, und die Sowjetunion von heute reproduziert ebenso wie das Großfürstentum Moskau im 14. Jahrhundert die Wesenszüge des mittelalterlichen Ostromischen Reiches.“

Weiter schreibt Toynbee, das jetzige Regime in Rußland prätendiere darauf, vollständig mit Rußlands Vergangenheit gebrochen zu haben, was der Professor unbegründet findet, da Rußland sich der westlichen Zivilisation stets widersetzt habe und auch jetzt widersetze.

Hier ist jedes Wort blander Unsinn.

Erstens prätendiert das „jetzige Regime in Rußland“ durchaus nicht darauf, „vollständig mit Rußlands Vergangenheit gebrochen zu haben“. Die Sowjetordnung bewahrte und entwickelte alle ruhmreichen revolutionär-demokratischen Traditionen der Völker Rußlands, alle glänzenden Errungenschaften der russischen Kultur, es hüttete und mehrte den unschätzbarbeitrag, durch den Rußland die Entwicklung der europäischen und der Weltzivilisation bereichert hat. Das Sowjetvolk ist der historische Erbe Lomonossows und Radischtschews, Bjelinskis und Tschernyschkows, Puschkins und Tolstois, Repins und Tschakowskis, Mendejews und Popows — dieser großen Schöpfer moderner Kultur und Zivilisation.

Zweitens „prätendiert“ das „jetzige Regime in Rußland“ nicht auf einen bloßen Bruch mit dem auf Ausbeutung, Reaktion und Obskurantismus basierenden zaristischen System; die Sowjetmacht hat vielmehr dieses System vernichtet und die auf ihm beruhenden Beziehungen ausgerottet, trotz aller Gegenwart der englischen und jedweder sonstigen „westlichen“ Interventen.

Wenn Toynbee fähig wäre, die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, daß der historischen Entwicklung der modernen Kultur nicht der imaginäre Kampf „östlicher“ und „westlicher“ Zivilisation zugrunde liegt, sondern der Kampf zweier Entwicklungstendenzen, zweier Weltanschauungen innerhalb jeder Nation — der Klassenkampf, so würde er nicht Pyramiden von Abernheiten und historischen Fälschungen auftürmen. Dann aber würde die ganze künstliche Konzeption des „unpolitischen“ englischen Professors platzen, der die Geschichte bewußt verfälscht, um die kapitalistische Sklaverei ideologisch rechtfertigen zu können.

Wie Toynbee sich aber auch winden möge, das von ihm errichtete „geschichtsphilosophische“ Kartenhaus stürzt ein. Alle seine Kniffe und Tricks offenbaren nur die völlige Haltlosigkeit seines mythologischen historischen Schemas und die Notwendigkeit, es durch eine wissenschaftliche Geschichtsauffassung zu ersetzen, die nicht auf dem Kampf von „Zivilisationen“, sondern auf dem Kampf der Klassen beruht.

Der Marxismus-Leninismus ist keine Waffe des Kampfes gegen die westliche Zivilisation, wie Mr. Toynbee verleumderisch behauptet, sondern eine Waffe des Kampfes gegen die antideokratische, imperialistische Reaktion, die das größte Hemmnis der Entwicklung der europäischen und der Weltzivilisation bildet. Das Sowjetvolk ist erfüllt von der gebührenden Wertschätzung für alle progressiven Schritte in der Geschichte der englischen, der französischen und jeder anderen nationalen Kultur. Das Sowjetvolk verteidigt die Lehre des Engländer Darwin gegen Dunkelmänner in den USA und anderen Ländern, während die englischen Obskuren den mystischen Wahnsinn des russischen Dunkelmanns Berdjajew, dieses echten Bastards der reaktionären Slawophilie, verteidigen.

Die Völker der Sowjetunion sind vollberechtigte Teilnehmer des gesamten historischen Prozesses der Schöpfung der Weltkultur. Wer nicht begreifen will, daß die Entwicklung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus durch Lenin und Stalin die größte Errungenschaft der europäischen und der Weltkultur des 20. Jahrhunderts ist, und daß die Schaffung des ersten sozialistischen Staats eine neue Ära der Zivilisation eröffnet hat,

der zerrt unvermeidlich die Geschichte zurück zu einem überlebten, verknöcherten, rückschrittlichen System des Lebens und der Ideen.

Toynbee hat sich einen bekannten Horazvers als Motto seiner Vorlesung gewählt: „Naturam expellas furca, tamen usque recurret“, zu deutsch: „Treibst du die Natur mit dem Knüppel auch aus, sie kommt doch stets zurück in das Haus.“ Dieses Prinzip von der Unveränderlichkeit alles Seienden versucht Toynbee zur methodologischen Grundlage für die Erklärung historischer Ereignisse zu machen, was ihm offensichtlich mißlingt. Aber dieses von der Wissenschaft längst widerlegte konservative Prinzip dient Toynbee nicht nur als eine Erklärung, sondern auch als eine Hoffnung — als die Hoffnung auf die Uner schütterlichkeit und Ewigkeit der seinem Herzen teuren alten Welt, die vor seinen Augen in Trümmer stürzt und der Zersetzung verfällt.

„Wenn dies eine Predigt wäre ...“, begann Toynbee seinen Vortrag. Jawohl, es war eine Predigt: eine Predigt der Feindschaft gegen die Sowjetunion, voll von Verleumdungen, eine Predigt der Intoleranz und der Unversöhnlichkeit gegenüber der sozialistischen Ordnung, gegenüber der neuen Demokratie.

Mr. Toynbee ist in seinen Tüfteleien nicht originell. Gegenüberstellungen zwischen „Westen“ und „Osten“ füllen jetzt die Seiten der bürgerlichen Presse — von täglichen Boulevardblättern bis zu gewichtigen pseudowissenschaftlichen Monographien.

Wenn ein englischer oder ein amerikanischer Reaktionär im Jahre 1947 dem „Westen“ den „Osten“ entgegenstellt, so denkt er nicht an die östliche Halbkugel: für die modernen Washingtoner „Geographen“ befindet sich der Greenwicher Meridian ebenso im „Westen“, wie für die neuesten Londoner „Geographen“ Australien, „Westen“ ist Jugoslawien aber „Osten“. Gewisse geographische Begriffe machen die wunderbarsten Metamorphosen durch: Griechenland war in der Epoche des Perikles „Westen“, es wurde in der Epoche Justinians zum „Osten“, und in der Epoche Griswolds hat Griechenland sich nach allen Regeln

der imperialistischen Dialektik abermals zum „Westen“ zurückgemäusert. Die Türkei liegt dieser neuen „Geographie“ entsprechend zweifellos auf der „westlichen“ Halbkugel. Als zuverlässiger Richtpunkt zur Bestimmung des „Westens“ sollen in der bürgerlichen Presse umherirrenden Reisenden die Abweichung der Kompaßnadel nach rechts dienen. Der „Westen“ ist nichts anderes als eine symbolische Bezeichnung für einen potentiellen Antisowjetblock. In seiner heutigen angelsächsischen Anwendung hat der Begriff „Westen“ keinen anderen realen Sinn.

Professor Toynbee sieht aus dem von ihm frei erfundenen urewigen Kampf von zwei Zivilisationen einen Ausweg, den er galant als „Verwestlichung“ (westernization) bezeichnet. Er hat keine Hoffnungen auf eine freiwillige „Verwestlichung“ der Sowjetunion. Es gab eine Zeit — unser Land entwarf damals seinen Industrialisierungsplan —, in der Toynbee hoffte, die Sowjetunion werde mitsamt der zu meisternden modernen Technik der kapitalistischen Gesellschaft auch das gesellschaftliche Bewußtsein der Bourgeoisie übernehmen. Damals hoffte Mr. Toynbee auf eine „Verwestlichung“ Russlands, ausgehend von seiner Theorie, man könne die „westliche Zivilisation“ nicht teilweise übernehmen: gemeinsam mit den Traktoren werde auch die bürgerliche Weltanschauung in den Dörfern des Sowjetlandes Einzug halten. Die Geschichtsphilosophie Toynbees erlitt wieder einmal Schiffbruch: gemeinsam mit den Traktoren hat das sozialistische Kollektivwirtschaftssystem in den Dörfern des Sowjetlandes Einzug gehalten. Besteht aber keine Hoffnung auf eine freiwillige „Verwestlichung“, so bleibt als Reserve die zwangsmäßige, gewaltsame „Verwestlichung“, die im Grunde auch von der ganzen kanadischen Vorlesung Mr. Toynbees propagiert wird.

Professor Toynbees „Westernization“ erscheint also als die englische Übersetzung des deutschen „Drangs nach Osten“. Wirklich und wahrhaftig: Treibst du die imperialistische Natur mit dem Knüppel auch aus, sie kommt doch stets zurück in das Haus!

I. November

Der Sicherheitsrat stimmt einer Resolution zur indonesischen Frage in der von den USA vorgeschlagenen Fassung zu. Die Sowjetunion enthält sich der Stimme da die Resolution nicht vorsieht, daß die holländischen Truppen das von ihnen nach Verletzung der Anordnung besetzte Territorium zu räumen haben.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

November 1947

Der „New-York Times“-Korrespondent Brendel wird wegen provokatorischen Verhaltens und

Verbreitung von Verleumdungen aus Jugoslawien ausgewiesen.

3. November

Die UNO-Generalversammlung beschließt in ihrer Vollversammlung eine Resolution, die zwar gegenüber dem von der Sowjetdelegation eingebrachten Entwurf nicht genügend vollständig ist, aber dennoch die Propaganda der Kriegsbrandstifter verurteilt.

Das Bezirkskomitee Doncaster der Labourpartei fordert den Rücktritt seines Parlamentsvertreters Evelyn Walkden, nachdem er vom Unterhaus eine Rüge wegen „unwürdigen Verhaltens“ (dishonourable conduct) erhalten hat. Walkden hat Informationen über geschlossene Sitzungen der Parlamentsfraktion der Labourpartei an Zeitungen verkauft.

— Neuerliche Erhöhung der Lebensmittelpreise in Frankreich.

— Kanada fertigt mehrere tausend Tonnen Heeresgut für die Kuomintangarmee nach China ab.

4. November

In Moskau trifft eine vom Ministerpräsidenten Mauno Pekkala geführte finnische Regierungsdelegation ein.

— Zoltan Pfeiffer, der Führer der sogenannten Unabhängigkeitspartei Ungarns, einer der bekanntesten ungarischen Reaktionäre, flüchtet nach Österreich.

— Das provisorische Hauptvoilzugskomitee der Partei Polskie Stowarzyszenie Ludowe (PSL) schließt den ins Ausland geflüchteten Mikołajczyk und drei seiner Helfershelfer als Verräte aus der Partei aus.

— In Frankreich werden 5 englische Offiziere, darunter 3 Oberste, wegen Valutaspekulation verhaftet.

— In Peking wird ein von 47 chinesischen Professoren unterzeichnete Protest veröffentlicht, der die Äufergesetzstellung der Demokratischen Liga Chinas als antideokratische und ungeseztliche Handlung der Kuomintangregierung verurteilt.

— In Französisch-Westafrika beginnen die Wahlen zum Großen Rat Französisch-Westafrikas (Grand Conseil AOF) und zum Rat der Französischen Union (Conseil Union Française).

5. November

W. M. Molotow, Außenminister der Sowjetunion, empfängt die finnische Regierungsdelegation.

— Zur Feier des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution trifft in Moskau eine polnische Delegation ein, geführt von Wacław Barcikowski, Vizemarschall des polnischen Sejms und Vorsitzendem des Slawischen Komitees in Polen. Der Delegation gehören u.a. am: Włodzimierz Witaszewski, Vorsitzender der Zentralkommission der Gewerkschaften; Jędrzychowski, Mitglied des Zentralkomitees der PPR, Jabłoni-

ski, Sekretär des Zentralvoilzugskomitees des PPS und stellvertretender Volksbildungsmiester.

— Zur Feier des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution treffen in Moskau Frauendelegationen ein aus Bulgarien (unter Führung von Jeļena Bogdanowa), aus Polen (geführt von der Sejmabgeordneten Eduarda Orlowska) und aus Jugoslawien (unter Führung von Žana Babović, Arbeitsministerin Serbiens) und aus anderen Ländern.

— Der politische Ausschuß der UNO-Generalversammlung lehnt unter dem Druck der USA-Delegation den Sowjetantrag auf Evakuierung der fremdändischen Truppen aus Korea ab. Für den Antrag stimmen die Sowjetunion, die anderen slawischen Staaten und Ägypten; 20 Delegationen stimmen gegen den Antrag und 7 enthalten sich der Stimme. Der Ausschuß beschließt die Bildung einer sogenannten Provisorischen Koreakommision, die zur Tarnung der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Landes dienen soll.

— A. J. Wyschinski hält im politischen Ausschuß der UNO-Generalversammlung eine große Rede, in der er die amerikanischen Versuche, dem Sicherheitsrat einen sogenannten interessionellen Ausschuß zu substituieren, entlarvt.

— In Paris schlägt die Polizei eine Solidaritätsdemonstration für die ausständigen Gemeindearbeiter aus. Unter den zahlreichen Verletzten befinden sich Henaff, Generalsekretär der Gewerkschaftsvereinigung des Pariser Stadtbezirks, und Maupas, Sekretär der Gewerkschaft der Staatsangestellten.

— Das rumänische Parlament beschließt mit 187 gegen 5 Stimmen eine Resolution, die dem Außenminister Tatarescu das Mißtrauen ausspricht, weil er zusammen mit einigen hohen Beamten seines Ministeriums Maniu und seinen Spießgesellen ihre staatsfeindliche illegale Spionagetätigkeit ausüben half. Der Ministerrat nimmt den daraufhin erfolgenden Rücktritt Tatarescus und anderer liberaler Minister an.

— Konferenz der indonesischen Nationalpartei in Surakarta (Java). Die Konferenz beschließt eine Verstärkung der Verteidigung der Republik und den Ausbau der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu allen der UNO angehörenden Ländern.

6. November

Rede W. M. Molotows in der Festzusage des Moskauer Sowjets anlässlich des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

— In Paris, Belgrad, Sofia, Oslo, anderen europäischen Hauptstädten finden anlässlich des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution feierliche Versammlungen und Kundgebungen statt.

— Zur Feier des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution trifft in Moskau eine vom Innenminister Anton Jugoski geführte bulgarische Delegation ein.

— Die Mehrheit des politischen Ausschusses der UNO-Generalversammlung stimmt nach scharfer politischer Debatte der Schaffung einer sogenannten interessionellen Kommission oder „Kleinen Versammlung“ zu, die als Sicherheitsratsersatz gedacht ist. Die Sowjetunion, die Ukraine, Jugoslawien, Polen, die Tschechoslowakei und Bjelorusland lehnen die Beteiligung an diesem Ausschuß ab.

— In London beginnt die Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister für die deutsche Frage.

7. November

In Moskau findet anlässlich des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine Parade der Sowjetarmee und eine Demonstration der Werktäglichen statt.

— J. W. Stalin wird von der Budapester Gemeindevertretung zum Ehrenbürger der ungarischen Hauptstadt gewählt.

— Der politische Ausschuß der UNO-Generalversammlung tritt in die Beratung über die Aufnahme neuer Mitglieder ein. Aufnahmeanträge liegen vor von Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Finnland, der Mongolischen Volksrepublik, Italien, Österreich, Eire (Irland), Portugal und Transjordanien.

8. November

An die Stelle der ausgeschiedenen liberalen Minister treten in die rumänische Regierung zwei Vertreter der Kommunistischen Partei und je ein Vertreter der Landwirtefront und der Sozialdemokratischen Partei ein. Zum Außenminister wird die Kommunistin Ana Pauker ernannt.

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- W. I. LENIN — *Staat und Revolution*. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. 116 S., Rbl. 1,50
- W. I. LENIN — *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*. 120 S., Rbl. 1,50
- W. I. LENIN — *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?* 64 S., Rbl. —,60
- W. I. LENIN — *Aprilthesen*. 80 S., Rbl. 1,—
- W. I. LENIN — *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*. 48 S., Rbl. —,60
- J. STALIN — *Fragen des Leninismus*. 11. Auflage, 612 S., Rbl. 6,—
- J. STALIN — *Über Lenin*. 72 S., Rbl. 1,—
- J. STALIN — *Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten*. Vorwort zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“. 48 S., Rbl. —,30
- J. STALIN — *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*. 5. Auflage. 208 S., Rbl. 3,—
- JOSEF WISSARIONOWITSCH STALIN — *Kurze Lebensbeschreibung*. Zweite, verbesserte und ergänzte Auflage. Verfaßt von G. F. Alexandrow, M. R. Galaktionow, W. S. Krushkow, M. B. Mitin, W. D. Motschalow, P. N. Pospelow. 244 S., Rbl. 5,—
- J. STALIN — *Über den Entwurf der Verfassung der Union der Sowjetrepubliken*. Bericht auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR am 25. November 1936. 32 S., Rbl. —,35
- VERFASSUNG (GRUNDEGEGESETZ) DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN. Mit den vom Obersten Sowjet der UdSSR am 25. Februar 1947 auf Grund des Berichts der Redaktionskommission beschlossenen Änderungen und Ergänzungen. 32 S., Rbl. —,30
- M. KALININ — *Die Macht des Sowjetstaates*. 5. Auflage. 38 S., Rbl. —,50 O7
- A. J. WYSCHINSKI — *Lenin und Stalin, die großen Organisatoren des Sowjetstaates*, 2. Auflage. 64 S., Rbl. —,75
- GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGES IN DER UdSSR. Bd. 2. *Die Große Proletarische Revolution. (Oktober—November 1917.)* Verfaßt von G. F. Alexandrow, I. I. Minz, P. N. Pospelow, J. Jaroslawski, E. B. Genkina, J. N. Gorodetzki, I. M. Rasgon, I. P. Towstucha. 2. Auflage. 624 S., Rbl. 15.—
- E. B. GENKINA — *Die Gründung der UdSSR*. Zweite, ergänzte Auflage. 180 S., Rbl. 5,—
- B. BARATOW — *Das mächtige Kollektivwirtschaftssystem*. 64 S., Rbl. —,60

VERLAG „DER MOSKAUER ARBEITER“

Neuerscheinungen:

- Z. STEPANJAN — *Die Oktoberrevolution und der Sieg des Sozialismus in der UdSSR*. 84 S., Rbl. 2,—
- A. PJASKOWSKI — *Der Sowjetstaat — der demokratischste Staat der Welt*. 48 S., Rbl. 1,—
- B. SOKOLOW — *Das sozialistische Wirtschaftssystem — eine Quelle der Kraft und Macht unseres Vaterlandes*. 112 S., Rbl. 2,75
- N. MOR — *Die UdSSR, eine gewaltige Industriemacht*. 80 S., Rbl. 1,50
- B. SOKOLOW — *Die UdSSR in Baugerüsten*. 70 S., Rbl. 1,50
- S. KAFTANOW — *Das Aufblühen der sozialistischen Kultur der Völker der UdSSR*. 32 S., Rbl. —,75

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Über die englisch-amerikanische Politik in Deutschland	1
A. BORISSOWA — Die Konferenz der englischen Labourpartei in Margate	3
W. SCHAPOWALOW — Zur Lage in Finnland	7
A. DJAKOW — Englands neuer Indienplan	11
K. SERJOSHIN — Die USA-Politik im Nahen Osten	15
M. RUBINSTEIN — Die Neandertaler des Atomzeitalters (Eine Auslandspresseschau)	19
Internationale Umschau (Notizen)	23
S. MARCHLEWSKA — Das kulturelle Leben im heutigen Polen . .	26
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

24

13. Juni 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Über die englisch-amerikanische Politik in Deutschland

AM 10. Juni 1947 ist ein neues englisch-amerikanisches Deutschlandabkommen in Kraft getreten, das unterzeichnet wurde von General Clay, dem amerikanischen Oberbefehlshaber, und General Robertson, dem stellvertretenden britischen Oberbefehlshaber in Deutschland. Seiner offiziellen Benennung nach handelt es sich um ein Abkommen über die Schaffung neuer bizonaler Wirtschaftsinstitutionen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein viel weiter reichendes Abkommen, besonders wenn man berücksichtigt, daß ihm offiziöse und halboffiziöse Erklärungen gefolgt sind, wonach in nächster Zeit die gesamte Macht in Westdeutschland an eine Zivilverwaltung übergehen soll und die englischen und amerikanischen Truppen nur noch Polizeifunktionen ausüben werden. Das Abkommen — eine logische Weiterentwicklung des Neuyorker Byrnes-Bevin-Abkommens über die ökonomische Vereinigung der amerikanischen und der englischen Besatzungszone — stellt restlos auch den Zweck des ersten Abkommens klar.

Die offiziellen Vertreter Englands und der USA betonten bekanntlich seinerzeit nachdrücklich, es handle sich um eine ausschließlich wirtschaftliche Vereinigung der Zonen, die keine politischen Zwecke verfolge, ihre Hauptaufgabe sei der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Verbesserung der Ernährungslage in den Zonen. Sie versicherten ferner, die Vereinigung der Zonen werde die ökonomische Einheit Deutschlands fördern.

Es war jedoch von Anfang an klar, daß der Hauptzweck des Abkommens keineswegs „wirtschaftlicher Natur“ war. Der Zusammenschluß der beiden Zonen wurde von der demokratischen Öffentlichkeit mit vollem Recht als der erste Schritt eingeschätzt auf dem Wege zur Verwirklichung der geplanten Zerstückelung Deutschlands

und zur Schaffung eines separaten „westdeutschen Staates“, die bekanntlich eine Verletzung der Potsdamer Beschlüsse darstellen. Die Tatsachen haben diese Einschätzung bestätigt.

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Zonenvereinigung liegen jetzt auf der Hand. Das in Neuyork proklamierte großspurige Wirtschaftsprogramm hat keine positiven Resultate gezeigt, es hat im Gegenteil über Westdeutschland ernste ökonomische Schwierigkeiten heraufbeschworen und namentlich die schwere Ernährungskrise verursacht. Die Landwirtschaft ist zerrüttet. Der Schleichhandel hat sich phantastisch entwickelt. In der Industrie dauert die völlige Stagnation an. Der interzonale Handelsaustausch ist gestört. Die Ruhrkohlenförderung bleibt auch weiter auf einem niedrigen Niveau.

Eine solche Sachlage hat nichts Verwunderliches, denn die Vereinigung der Zonen wurde keineswegs unternommen, um so rasch wie möglich die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen. Mit dieser Maßnahme strebte die englische und amerikanische Politik in Deutschland vielmehr ganz andere, recht weitreichende Ziele an. Bekanntlich ignoriert diese Politik immer mehr die höchstwichtige Aufgabe der Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, wie die Potsdamer Beschlüsse sie vorsahen. Im Grunde ist sie darauf gerichtet, die volle Herrschaft der englischen und amerikanischen Monopole in Westdeutschland, das zu diesem Zweck von dem übrigen Lande abgetrennt wird, zu errichten.

Das neue Clay-Robertson-Abkommen wirft helles Licht auf den wahren Sinn der „Zweizonenpolitik“. Es postuliert die Schaffung neuer deutscher und alliierter Organe für die Verwaltung der vereinigten englisch-amerikanischen Zone, die von dem übrigen Deutschland politisch vollständig getrennt wird. Geleitet werden soll die

Zone von einem sogenannten Wirtschaftsrat. Dieser besteht aus 54 Mitgliedern, die von den Landtagen der einzelnen Länder gewählt werden. Der Rat verfügt über weitgehende Vollmachten, die Regierungen der einzelnen Länder sind ihm unterstellt. Er ist ein gesetzgebendes Organ, zu seinen Aufgaben gehört:

„Die Annahme und Verkündung von Gesetzen betreffend die Verwaltung der Eisenbahnen, der Seehäfen, der Küstenschifffahrt, des Post- und Telegraphenverkehrs, die Annahme und Verkündung von Gesetzen, die die allgemeinen, mehr als ein Land berührenden Grundsätze feststellen für: den Straßenverkehr zwischen den Zonen, die Erzeugung und Verteilung von Waren, Rohstoffen, Gas, Wasser und Elektrizität, den Außen- und Binnenhandel, die Preisbildung und Preiskontrolle, die Erzeugung, Einfuhr, rechnerische Erfassung und Zuteilung von Lebensmitteln, das Finanzwesen, die Währung, den Kredit, das Bankwesen und die Vermögenskontrolle, das Personal der Zweizonenverwaltungen und andere von der bizonalen Militärverwaltung (dem Bipartite Board) zugewiesene Aufgaben.“

Das zweite leitende Zonenorgan — der „Exekutivausschuß“ — besteht aus Vertretern der Länderregierungen. Es wird die Tätigkeit der bizonalen Zweigverwaltungen kontrollieren und die vom Wirtschaftsrat durchzuführenden Maßnahmen vorbereiten. Dem Wirtschaftsrat und dem Exekutivausschuß unterstehen auch die einzelnen Zweigverwaltungen, die jeweils von einem „Direktor“ geleitet werden.

Läßt man die das Wesen der Sache ein wenig maskierenden Bezeichnungen beiseite, so schafft das Abkommen faktisch eine besondere Art staatlich-bürokratischen Systems für die beiden Zonen. Der „Wirtschaftsrat“ ist eine Art bizonales Parlament, der „Exekutivausschuß“ ist das, was in den deutschen Reichsverfassungen „Bundesrat“ bzw. „Reichsrat“ genannt wurde, d. h. eine Vertretung der einzelnen Länder, während die „Abteilungen“ nichts anderes sind als Ministerien für die Leitung der einzelnen Verwaltungszweige. Die Besonderheit dieses „Zweizonenparlamentarismus“ besteht jedoch darin, daß in ihm keineswegs das deutsche Volk, sondern nur die bürokratischen Regierungen der Länder und die Landtage vertreten sind, die auf Grund so reaktionärer Verfassungen bestellt werden wie z. B. die bayerische. Für diese „Regierung“ steht auch die „Hauptstadt“ schon bereit — Frankfurt am Main.

Noch mehr: es wird nicht nur eine Regierung der beiden Westzonen geschaffen, sondern auch eine Art besonderer Alliierter Kontrollrat. Das Abkommen sieht vor, daß die Tätigkeit des Wirtschaftsrats von einem „Zweizonenrat“ kontrolliert

werden wird, der aus dem amerikanischen und dem britischen Oberbefehlshaber besteht. Bei dem „Rat“ wird ein „bizonales Kontrollamt“ (Bipartite Control Office) tätig sein, das aus Vertretern der beiden Besatzungsmächte besteht, ferner „bizonale Abteilungen“, die die Tätigkeit der deutschen Zweigverwaltungen — die Ministerien — zu kontrollieren haben werden. General Keating, der stellvertretende Oberbefehlshaber der USA-Truppen, hat am 2. Juni in einem Interview geradezu erklärt, der „Zweizonenrat“ sei eine Art Alliierter Kontrollrat für die beiden Zonen, und das „Kontrollamt“ sei dasselbe wie das Koordinationskomitee! Offenbar denkt man sich den neu geschaffenen deutschen „Wirtschaftsrat“ als ein Organ, dem der Allierte Kontrollrat für Deutschland nichts zu sagen hat.

Dieses ganze neue Zweizonensystem führt die Westzonen noch weiter weg von der Verwirklichung der Aufgabe, das ökonomische und politische Leben Deutschlands in demokratischem Geiste umzugestalten. Durchaus nicht zufällig sind dem bizonalen Wirtschaftsrat weder die Durchführung einer Bodenreform noch eine Dekartellisierung, weder die Bewerkstelligung der Reparationslieferungen noch die Denazifizierung zugedacht. Die Leitung der deutschen Wirtschaft wird in die Hände der reaktionären Bürokratie gelegt. Wohin das führen kann, erkennt man z. B. aus der Tatsache, daß 1600 von den 2000 Mitarbeitern der bizonalen Zentralverwaltungen frühere Mitglieder der Hitlerpartei sind.

Somit lassen das Wesen und die gesamte Richtung des englisch-amerikanischen Abkommens über die Vereinigung der beiden Besatzungszonen keinerlei Zweifel aufkommen. Es handelt sich nicht mehr bloß um eine Tendenz, sondern auch um die praktische Zerstückelung Deutschlands, die das Potsdamer Abkommen völlig umstößt: erstens erfolgt die ganze Lostrennung Westdeutschlands ohne die Zustimmung der anderen Teilnehmer dieses Abkommens; zweitens widerspricht diese Operation von Grund auf dem in Potsdam festgelegten Prinzip, wonach der deutsche Staat als ein einheitliches Ganzes erhalten bleiben soll.

Angesichts einer solchen Entwicklung der Zweizonenpolitik sehen die von Hoover und Vandenberg nachdrücklich vertretenen Anträge, unverzüglich eine westdeutsche Regierung zu schaffen und mit ihr einen Separatfrieden zu schließen, recht vielversprechend aus. Die Bestimmungen eines solchen Friedensvertrages würden natürlich vom ersten bis zum letzten Punkt von den amerikanischen und englischen Monopolen, die mit solchem Nachdruck die Zerstückelung Deutschlands anstreben, diktiert werden.

Die Vereinigung der beiden Zonen als ein Schritt zur Zersplitterung Deutschlands ist ein für die Sache des Friedens gefährlicher Weg. Die Vertreter der Sowjetunion haben auf der Moskauer Außenministerberatung hiervor gewarnt. Marshall und Bevin versicherten auf dieser Tagung wiederholt, sie seien darauf bedacht, die Potsdamer Beschlüsse zu respektieren und in die

Tat umzusetzen. Jetzt hat der englisch-amerikanische diplomatische Janus der Welt sein wahres Antlitz zugewandt. Die Leiter der Politik Englands und Amerikas, die Lippenbekennisse darüber ablegen, sie dürsteten danach, Deutschland in ein friedliebendes demokratisches Land verwandelt zu sehen, führen in der Praxis eine Politik durch, die diesem Ziel direkt widerspricht.

Die Konferenz der englischen Labourpartei in Margate

A. BORISSOWA

Die JAHRESKONFERENZ der englischen Labourpartei, die vom 26. bis 30. Mai in Margate abgehalten wurde, hat sowohl in England als auch außerhalb des Landes die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in stärkerem Maße auf sich gezogen als irgendeine frühere Konferenz dieser Partei. In Margate wurden die wichtigsten Fragen der englischen Innen- und Außenpolitik angeschnitten. Hier wurde gewissermaßen das Fazit der zweijährigen Tätigkeit der Labourregierung gezogen, die seinerzeit die Macht antrat mit einem Friedensprogramm in der Außenpolitik und einem Programm sozialistischer Reformen innerhalb des Landes. Da sie über eine absolute Parlamentsmehrheit verfügt, hätte sie ihr Programm sehr wohl in die Tat umsetzen können.

Die Wahlplattform der Labouristen wurde 1945 in der bekannten Deklaration unter dem vielversprechenden Titel „Der Zukunft entgegen“ (Let Us Face the Future) dargelegt. Sie verlangte eine Politik großzügiger Regierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, die Nationalisierung der Bank von England, der Brennstoffindustrie, der Kraftwirtschaft, des Eisenhüttenwesens, des Binnenverkehrs und eine Anzahl anderer progressiver Reformen — auf dem Gebiet der Sozialversicherung, des Bildungssystems usw.

In der Außenpolitik versprach die Labourführung freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion zu pflegen und mit den demokratischen Kräften in allen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten. In der Wahlkampagne wurde besonderer Nachdruck auf die Konsolidierung der Beziehungen zwischen England und der Sowjet-

union gelegt, da diese Forderung in den Wählermassen außerordentlich populär war.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen — eine Zeit, die hinreicht, damit die englischen Wähler prüfen können, ob diese Wahlversprechungen eingelöst worden sind.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Fragen der Außenpolitik der Labourregierung, insbesondere die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion, auf der Margater Konferenz im Zentrum der Diskussionen standen.

Besonders verschärft wurden die Debatten über diese Fragen dadurch, daß sich unter den zur Konferenz veröffentlichten Materialien auch eine Broschüre unter dem Titel „Karten auf den Tisch“ befand. Wie später klar wurde, ist dieses Dokument nach Fingerzeichen aus dem Außenministerium abgefaßt und dann vom Exekutivkomitee der Labourpartei mit Stimmenmehrheit gebilligt worden. Es war speziell dazu bestimmt, die Außenpolitik der Regierung zu rechtfertigen. Diese Broschüre proklamiert einerseits die Unterstützung der Trumandoktrin und anderseits verleumdet sie die Außenpolitik der Sowjetunion.

Dieses verleumderische Dokument hat unter den Gesinnungsgenossen Churchills volle Billigung gefunden. Der erzreaktionäre „Daily Telegraph and Morning Post“ begrüßte es als eine „Attacke auf Sowjetrußlands Außenpolitik“.

Der Inhalt der Broschüre „Karten auf den Tisch“ wurde als eine offizielle Interpretation der Außenpolitik der Labourregierung auf der Konferenz diskutiert. Diese Diskussion zeigte, daß

unter den einfachen Mitgliedern der Labourpartei Unsicherheit, Unruhe und direkte Unzufriedenheit mit dem jetzigen außenpolitischen Kurs der britischen Regierung herrschen, durch den England auf den Status eines „Juniorpartners“ der USA hinuntergebracht worden ist.

Scharf kritisiert wurden fast alle Aspekte der englischen Außenpolitik, vor allem aber ihre Abhängigkeit von der Wall Street, die offenkundige Abweichung von dem versprochenen Kurs auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und schließlich die Unterstützung der Reaktion in allen Ländern.

Der Labourabgeordnete Zilliacus, einer der namhaften „Rebellen“ im Unterhaus, erklärte, empört über die Argumentation der erwähnten Broschüre, diese bezwecke, „Britannien auf eine Linie zu bringen mit dem amerikanischen Kapitalismus durch Ausstoßung von Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion“. Das Pamphlet werfe, so meinte Zilliacus, die Außenpolitik über Bord, auf die hin die Labourpartei zur Macht gelangt sei.

Die unteren Organisationen der Labourpartei und der Trade-Unions brachten auf der Konferenz eine Anzahl von Resolutionen ein, die die Außenpolitik der Regierung verurteilen und dazu auffordern, in der Praxis den Kurs zu verwirklichen, der in dem Manifest „Der Zukunft entgegen“ proklamiert worden ist. In einer von ihnen, einer vom Gewerkschaftsrat und von der Organisation der Labourpartei in Gateshead eingebrachten Entschließung, wird z. B. die „Willfähigkeit (sub-servience) gegenüber dem kapitalistischen Amerika“ verurteilt, die England „unvermeidlich in den vorauszusehenden Schlamassel (into anticipated slump) hineinziehen“ werde.

Die Regierung treibe jetzt in Europa eine ähnliche Politik wie die Konservativen in den Jahren nach dem Kriege von 1918, erklärte der Delegierte Hassall. „Wir rufen den Eindruck hervor, als errichteten wir rund um Rußland einen Zaun, bis Amerika so weit ist, das Geschäft selbst zu übernehmen“, sagte Hassall wörtlich.

„Millionen von Menschen wollen nicht in eine Lage hineingeritten werden, durch die diese Insel zu einem Mutterschiff für Atombombenflugzeuge und zu einer Atombombenzilscheibe für den Krieg der Wall Street gegen den Sozialismus gemacht wird“, sagte der Unterhausabgeordnete Tom Driberg.

Der Abgeordnete Richard Crossman bezeichnete die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichtete Politik als „wahnwitzig“ (insane). Die von dem Delegierten Elliott für Guildford eingebrachte Resolution verlangte die Aufhebung der Zonenkontrolle in Deutschland mit der Maßgabe, daß sie so bald wie möglich ersetzt

werde durch „ein politisch und ökonomisch geeinigtes, von einer demokratisch gewählten Regierung verwaltetes Deutschland“.

Die Leiter der englischen Außenpolitik bekamen nicht wenige bittere Wahrheiten zu hören. Einer ernstlichen Beschießung unterzogen wurde sowohl die Unterstützung der Reaktion in Griechenland als auch die Begönnerung Francospaniens und ebenso die unfreundliche Haltung zu den Ländern der neuen Demokratie.

Diese Kritik, die von der Tribüne der Margate Konferenz auf die Labourführung herunterprasselte, war ein Ausdruck der Stimmungen und Gedanken, die breite Massen des englischen Volkes, vor allem die Arbeiterklasse Englands, bewegen.

Die Hafenarbeiter von Liverpool entsandten nach Margate eine Delegation mit einem an E. Bevin adressierten Plakat, auf dem zu lesen stand:

„Hitler, Mussolini und Chamberlain haben Franco zur Macht gebracht. Wir Liverpoller Hafenarbeiter verabscheuen es, faschistische Frachten zu laden oder zu löschen. Hört auf, uns zu nötigen, Streikbrecher der Demokratie zu sein (to blackleg on democracy)! Stellt sofort den Handel mit Franco ein!“

Aber die frische Luft der fortschrittlichen Arbeiterforderungen, die in den Sitzungssaal der Labourkonferenz gedrungen war, wurde von ihrer Führung eifrig wieder ausgetrieben. Es wurden alle Maßnahmen ergriffen, damit diese Forderungen die Abstimmung über die offiziellen Dokumente der Konferenz nicht beeinflußten. Nach mehreren kritischen Reden erhielten die Verteidiger der Politik Bevins das Wort. Später bestieg auch der Außenminister selbst die Tribüne. Er stellte sich auf einen nicht sehr begründeten und nicht von Tatsachen erhärteten, aber trotzdem sehr bestimmten Standpunkt.

Bevin erklärte, er sei nicht gesonnen, um Entschuldigung zu bitten für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands, da er diese Einmischung für richtig halte. Er versuchte die englisch-amerikanische Politik in Deutschland, die den Potsdamer Beschlüssen der Verbündeten widerspricht, zu rechtfertigen. Seine ganze Rede war eine Bewähräucherung der britischen Politik in allen ihren Erscheinungsformen, wobei der Minister sich nicht die Mühe gab, irgendwelche wie immer gearbeiteten Beweise anzuführen.

Die Margate Konferenz hat die Außenpolitik Bevins mit Stimmenmehrheit gebilligt. Die Führung der Labourpartei betonte gleichsam, daß sie nicht die geringste Absicht habe, die Außenpolitik im Geiste der Forderungen der demokratischen Gesellschaftskreise zu ändern. Besonders demonstrativ wurde unterstrichen, daß nicht der

Wunsch besteht, auf einen Ausbau der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion Kurs zu nehmen.

Der Delegierte A. J. Squibb von der Labourorganisation Southampton brachte eine Resolution ein, in der verlangt wurde, daß die Mitglieder der Labourpartei das Recht erhalten, an der Arbeit der British-Soviet Friendship Society teilzunehmen. Squibb wurde von drei Delegierten unterstützt. Auf Antrag Harold Clays jedoch, der im Namen des Exekutivkomitees der Partei das Wort ergriff, verfiel die Resolution der Ablehnung.

Die Debatten über die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion wurden in einer äußerst gespannten Atmosphäre geführt. Besonders große Empörung rief die von sowjetfeindlichen Ausfällen strotzende Rede des Delegierten Frederick Miller hervor, der sich zu dem Bericht über die Reise der labouristischen „Mission guten Willens“ nach der Sowjetunion äußerte. Der Unterhausabgeordnete Harold Davies erklärte unter Beifall, er habe während seiner ganzen vielfältigen Tätigkeit in der Labourbewegung noch nicht gehört, daß von der Tribüne einer Labourkonferenz eine solche Rede gehalten worden wäre.

* * *

Mehr als eine Million Stimmen — die fast ein Drittel aller Parteimitglieder vertreten — wurden auf der Konferenz für eine Resolution abgegeben, in der eine Überprüfung der englischen Militärausgaben zwecks Einschränkung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte gefordert wurde. Bekanntlich veranlaßte der vor kurzem eingebrochene Gesetzentwurf der Regierung über die Wehrpflicht eine neue „Rebellion“ in den Reihen der Labourparlamentarier. Es stimmten 73 labouristische Unterhausmitglieder gegen den Gesetzentwurf, der, wie John Worrall von Sheffield auf der Konferenz in Margate erklärte, das Resultat des Besuchs von Feldmarschall Montgomery in den USA war.

Der Parlamentsabgeordnete Harold Davies sagte in seiner Rede:

„Wenn mysteriöse überseeische Engagements der Nation das Lebensblut aussaugen, so ist das Land außerstande, die für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensmittel und Kohlen zu produzieren.“

Vielleicht der einzige Sieg der progressiven Opposition auf der Konferenz war die Annahme der Resolution über gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Die Delegierte E. M. White von der Parteigruppe Watford (London N), die diese Resolution einbrachte, erinnerte daran, daß die Labourpartei sich schon 1922 verpflichtet hat, eine

Politik gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit durchzuführen. Selbst jetzt aber, wo eine Labourregierung sich an der Macht befindet, sei dieses Versprechen noch unerfüllt. Die Resolution wurde mit einer Mehrheit von 2310 000 Stimmen gegen 598 000 Stimmen angenommen. Ubrigens hatte Crawford vom Exekutivkomitee beantragt, daß diese Resolution, die doch einen wenn auch bescheidenen Fortschritt bedeutet, zurückgezogen werde.

Wie die englischen Zeitungen melden, wird das Kabinett diesen von der Konferenz gegen den Willen der Labourführung angenommenen Beschuß zu erörtern haben. Die „Times“ erklärt bereits warnend, wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands sei es gegenwärtig unzweckmäßig, eine solche Maßnahme durchzuführen.

Englands Wirtschaft befindet sich wirklich in einem schlechten Zustand. Der Lebensstandard der englischen Arbeiter ist stark gesunken und sinkt auch weiter. In einem von der Regierung veröffentlichten Weißbuch über wirtschaftliche Fragen wird vorgeschlagen, den schwererkrankten Wirtschaftsorganismus Englands durch Intensivierung der Arbeit zu kurieren. Die Kapitalmagnaten wollen offenbar die unabewislich notwendige Rekonstruktion der englischen Industrie auf Kosten der Arbeiter durchführen. Durch die Politik der Labourregierung wird ihnen diese Aufgabe erleichtert. Der Lordpräsident des Staatsrats, Herbert Morrison, schlug in einer Rede über die Wirtschaftslage vor, die Arbeiter sollten „den Gürtel ein bißchen enger schnallen“. Aus seiner Rede konnten die Delegierten ebenso wie aus der Rede Attlees erfahren, daß die Durchführung der von der Regierung programmatisch geplanten gesetzgebenden Maßnahmen künftig verlangsamt werden wird.

Die englischen Arbeiter sehen den Ausweg aus der Situation in einem radikalen Umbau der englischen Wirtschaft. Das hat seinen Ausdruck gefunden in einigen, der Margater Konferenz unterbreiteten Resolutionen, in denen auf die Notwendigkeit verwiesen wird, „einen nationalen Wirtschaftsplan“ aufzustellen.

Aktiv kritisiert wurde die Regierung auf der Margater Konferenz in Fragen der Innenpolitik von Delegierten der in der Labourpartei stark vertretenen Trade-Unions. Es muß daran erinnert werden, daß die Gewerkschaftskonferenzen im April und Mai d. J. ihre Unzufriedenheit ausgesprochen haben sowohl über das langsame Tempo der Nationalisierung als auch über die Art ihrer Durchführung und darüber, daß die Stahlindustrie bis jetzt nicht nationalisiert worden ist. Es wurden zahlreiche Proteststimmen dagegen laut, daß die früheren Aktionäre der

nationalisierten Betriebe zu reichliche Kompensationen erhalten.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß England durch den Krieg einen sehr empfindlichen wirtschaftlichen Schaden erlitten hat. Die Ausmaße dieses Schadens werden jedoch von den regierenden Kreisen Englands stark übertrieben.

Natürlich hat England während des Krieges in wirtschaftlicher Beziehung nicht wenig verloren. Zu diesen Verlusten gehört ein bestimmter Teil seiner Auslandsanlagen, obgleich die verbleibende Summe seiner ausländischen Kapitalinvestitionen immer noch erklecklich ist. Es hat ferner eine Reihe von Positionen auf dem Weltmarkt verloren, die während des Krieges von den amerikanischen Konkurrenten erobert worden sind. Es darf jedoch auch nicht vergessen werden, daß mit der Niederwerfung Deutschlands, Japans und Italiens keine geringen Reichtümer und vorteilhafte Positionen am Mittelmeer, in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten in englische Hände übergegangen sind.

Wenn die regierenden Kreise Englands jetzt über Armut klagen, so geschieht das insbesondere zu dem Zweck, die englischen Arbeiter zu veranlassen, einer Politik des enger gezogenen Leibreichens zuzustimmen, und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, immer neue Anleihen in den USA aufzunehmen, und zwar zu beliebigen, von den Magnaten der Wall Street diktierten Bedingungen. In Wirklichkeit verfügt England auch jetzt über Hilfsquellen, die völlig hinreichen würden, seinen ökonomischen Wiederaufbau zu bewerkstelligen, wenn das Land sofort den Weg einer progressiven Innen- und Außenpolitik beschritte. Es beschreitet jedoch einen anderen Weg, den entgegengesetzten Weg, und dieser Weg erweist sich als außerordentlich kostspielig.

Eine schwere Bürde für das Volk sind die rätseligen Ausgaben für die Verwirklichung der Außenpolitik Bevins, die sich aus dem Unterhalt großer Kontingente englischer Truppen im Ausland, aus der Unterstützung reaktionärer volksfeindlicher Regierungssysteme in einer Anzahl von Ländern und den weitgehenden außenpolitischen Expansionsplänen ergeben. Diese Politik entspringt den Interessen und Forderungen der englischen Monopole, der Bankiers der City und der kolonialen Geschäftemacher, die gemeinsam mit ihren amerikanischen Seniorpartnern auf Weltherrschaft aus sind. Die Kosten dieser Politik aber müssen von den Volksmassen, die die Wirtschaftslage ihres Landes ununterbrochen verschlechtert sehen, bestritten werden.

Die jetzigen wirtschaftlichen Hilfsquellen Englands würden völlig ausreichen für eine progressive Innen- und Außenpolitik. Für eine expansivistische, imperialistische Politik aber sind sie in der Tat unzureichend.

Dem englischen Arbeiter erscheint der Weg einschneidender ökonomischer Umgestaltungen und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen demokratischen Ländern viel sicherer als die amerikanischen Anleihen. Die Delegierte L. Heinsworth von South Paddington erklärte auf der Konferenz:

„Der Handel mit Planwirtschaftsländern, von denen die Sowjetunion das größte ist, ist notwendig für Britannien als ein Mittel des Selbstschutzes gegen den in Amerika herannahenden Schlamm (slump). . .“

Die Leitung der Labourpartei führt die englische Wirtschaft einen anderen Weg — den Weg der Abhängigkeit vom Dollar.

* * *

Der Sieg der rechten Labouristen über die progressiven Elemente in der Partei hat bei der konservativen Presse volle Befriedigung ausgelöst.

Oggleich die wichtigsten Resolutionen, die die Politik der Regierung verurteilen, von der Konferenz abgelehnt worden sind, hat deren Verlauf gezeigt, daß in der Labourpartei tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen nicht zweitrangige, sondern grundlegende politische Fragen, vor allem die Frage der gesamten Ausrichtung der Regierungspolitik.

Die linkslabouristischen „Reynold's News“ haben die Lage auf der Konferenz wie folgt charakterisiert:

„Dennoch dräut eine Krise hinter jeder Diskussion. . . Zweifellos wird man sich in der Labourbewegung, besonders unter den Gewerkschaften, immer mehr der Konsequenzen bewußt, die die wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika nach sich zieht.“

Die Politik der Labourregierung, die in Margate formale Bestätigung gefunden hat, befriedigt die Arbeiterklasse Englands — also den übergroßen Teil der Bevölkerung des Landes und seine wichtigsten schöpferischen Kräfte — nicht, da diese Politik ihren Interessen nicht entspricht. Die Tatsachen zeigen, daß die Führer der Labourpartei, zur Macht gekommen, nicht dem Volke dienen, sondern den Magnaten der City und den Kräften der internationalen Reaktion. Das Verständnis hierfür ist es offenbar auch, was die fortschrittlicheren und stärker mit den Massen verbundenen Elemente der Labourpartei dazu veranlaßt, ihre Proteststimme gegen die Politik der Regierung zu erheben.

Zur Lage in Finnland

W. SCHAPOWALOW

Die REGIERUNGSKRISE in Finnland, die sechs Wochen andauerte, ist kürzlich damit zum Abschluß gekommen, daß die Vollmachten der zurückgetretenen Regierung Mauno Pekkala wieder in Kraft gesetzt wurden. Hierzu schrieb die Zeitung „Uusi Suomi“:

„In der Geschichte Finnlands ist das der erste Fall, daß eine zurückgetretene Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen kann.“

Die Zeitung „Karjala“ meint, diese Krise sei „viel Lärm um nichts“ gewesen. Sie sucht also die Sache rückwirkend als unschuldigen Scherz hinzustellen, da die Krise nicht so ausgegangen ist, wie ihre Organisatoren, deren Sprachrohr „Karjala“ ist, es eigentlich erwartet hatten.

In Wirklichkeit war diese akute und lang anhaltende Regierungs Krise durchaus nicht darauf zurückzuführen, daß es irgendwelchen Leuten aus Langerweile einfiel, eine Komödie in Szene zu setzen. Sie entstand, weil die Kräfte der Reaktion und die der Demokratie sich über den Weg, den die Entwicklung Finnlands nehmen soll, nicht einig werden konnten.

Der Bauernbund berief, da er den Regierungsbeschuß über eine gewisse Lohnerhöhung für die städtischen Transportarbeiter mißbilligte, seine Vertreter aus dem Kabinett ab und verursachte dadurch den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Es wäre jedoch falsch, hierin den wahren Grund der Regierungs Krise zu sehen. Die Organisatoren dieser Krise hielten es für unvorteilhaft und unangebracht, ihre wirklichen Ziele aufzudecken. Sie mußten Vorwände für die Herbeiführung der Krise erfinden, einer Krise, von der sie ziemlich tiefgreifende Veränderungen sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik der Regierung erhofften.

Die Regierungs Krise wurde von den Rechtskreisen der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes in Szene gesetzt, die in den Spitzenorganen dieser Parteien Fuß gefaßt hatten. Sie standen in enger Verbindung zur Koalitions partei Finnlands, die die Interessen der reaktionären Kreise der finnischen Großbourgeoisie vertritt. Diese Rechtskreise handelten jedoch nicht mit Wissen und Zustimmung der Mitglieder ihrer Parteien und der Massen von Werktäglichen, die bei

den letzten Landtagswahlen für sie gestimmt hatten. Sie mußten ihre wahren Ziele selbst vor ihren eigenen Parteien geheimhalten und das Entstehen der Krise auf alle möglichen vorgeschobenen Ursachen zurückführen.

Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei unter Führung von Väinö Leskinen, dem politischen Willensvollstrecker Tanners, einem der finnischen Hauptkriegsverbrecher, übernahm es, den Nachweis zu führen, daß der Rücktritt der Regierung Pekkala politisch notwendig sei.

Am 29. März d. J. richtete das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei an den Bauernbund und an die Kommunistische Partei ein Schreiben, das die wirtschaftlichen Perspektiven Finnlands in düstersten Farben ausmalte und folgende Schlußfolgerung zog:

„Die Sanierung der Wirtschaft ist nur durch Bildung einer neuen Regierung möglich, die das Problem der Stabilisierung zu ihrem wichtigsten Programm punkt erhebt.“

Dieser Brief war für die reaktionären Kreise das Signal zu wütenden Angriffen gegen die Regierung Mauno Pekkala. Als die Organisatoren der Regierungs Krise die Vorbereitung des politischen Terrains für abgeschlossen ansahen, übernahmen es die Rechtskreise des Bauernbundes unter Führung seines Vorsitzenden Sukselainen und seines Landtagsfraktionsführers Koivisto, die Krise auszulösen. Sie setzten durch, daß die Vertreter des Bauernbundes aus der Regierung abberufen wurden, was dann auch zum Rücktritt der gesamten Regierung führte.

Der zur Abberufung der Vertreter des Bauernbundes gewählte Vorwand wurde aufgebauscht und es wurde behauptet, eine Lohnerhöhung würde die Inflation auf die Spitze treiben, sie würde „die letzten Spargroschen der Landbevölkerung“ verschlingen, und überhaupt kümmere sich die Regierung nicht um die Bedürfnisse der Bauernschaft usw. Die demokratische Presse Finnlands hat die Grundlosigkeit solcher Anschuldigungen bloßgestellt.

Die Regierung Pekkala hat während ihrer einjährigen Regierungs dauer wiederholt die Verbesserung der Lage der werktätigen Bauernschaft erörtert und auch eine Reihe praktischer

Maßnahmen zu diesem Zweck in Aussicht genommen. Viele dieser Maßnahmen aber wurden von den rechten Bauernbündlern selbst vereitelt. Gemeinsam mit den Deputierten der Rechtsgruppen im Landtag und den rechten Sozialdemokraten ließen sie z. B. den Vorschlag über eine Steuerenkung für die Armbauern und Mittelbauern und eine entsprechende Steuererhöhung für die Großgrundbesitzer durchfallen. Sie waren es auch, die einen Gesetzentwurf zum Scheitern brachten, der der Regierung eine Handhabe bieten sollte, den großen Holzindustriellen einen Teil ihrer Überprofile aus dem Holzexport abzunehmen und dafür der finnischen Bauernschaft Dünngemittel, Futterkonzentrate, Inventar und andere Importwaren zu erschwinglichen Preisen zuzuführen. Dieselben rechten Bauernbündler setzten eine Aufhebung des Beschlusses der Regierung Pekkala durch, demzufolge die Bauern die ihnen nach der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte an den Staat verbleibenden Überschüsse auf den Markt bringen durften.

Die demokratische Presse hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das von den rechten Bauernbündlern angestimmte Gezeter über die Not der Landbevölkerung zur Tarnung völlig anderer Ziele dienen sollte, und daß mit der „Landbevölkerung“ keineswegs die werktätige Bauernschaft gemeint war.

Wenn man die Regierung Pekkala beschuldigte, sie sei unfähig und nicht einmal willens, die wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, wenn man ihr zur Last legte, an dem Chaos im Wirtschaftsleben Finlands schuld zu sein, so entsprach auch dies nicht den Tatsachen.

Die Regierung Pekkala hat, trotz dem entschiedenen Widerstand der Großkapitalisten, der an direkte Sabotage heranreichte, in kurzer Zeit bedeutende Resultate in der Wiederherstellung der Volkswirtschaft erzielt. Die Industrie produziert wieder soviel wie 1935. Die für den Export bestimmte Industrieproduktion ist auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Der umfangreiche Holzbeschaffungsplan für 1946/47 ist fast 100prozentig erfüllt, das Sinken der finnischen Mark zum Stillstand gebracht.

Gleichzeitig aber stellt der Zentralverband der finnischen Gewerkschaften fest, daß zwar die Industrieproduktion und der Außenhandel rasch angewachsen und die Kapitalistenprofite ins Unermeßliche gestiegen sind, daß aber die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten Finlands nicht nur keine Besserung aufweist, sondern sich infolge der Preissteigerung, der Steuererhöhung und anderer Ursachen bedeutend verschlechtert hat.

Der Zentralverband der Gewerkschaften hat die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verbessert. Die Regierung Pekkala konnte dieses Problem nicht ignorieren, da es von seiner Lösung abhängt, in welchem Tempo die Produktion sowie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigt und die Wohlfahrt der werktätigen Bevölkerungsschichten und damit auch des ganzen Landes gehoben werden kann. Die Organisatoren der Regierungskrise haben die Lösung der Probleme, durch die sich die Lage der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen bessern soll, hintertrieben und gezeigt, daß nicht die Sorge um das Wohl des Landes und um die Bedürfnisse seiner Bevölkerung, sondern ganz andere Erwägungen für sie maßgebend sind.

Jetzt tritt klar zutage, daß die Organisatoren der Regierungskrise vor allem eine Auflösung des demokratischen Blocks der drei Landtagsfraktionen im Auge hatten. Dieser Block war gleich nach den Landtagswahlen vom März 1945 gebildet worden. Bekanntlich hat während der Wahlkampagne zwischen den Sozialdemokraten, dem Demokratischen Bund des finnischen Volkes (der die Kommunistische Partei, die Sozialistische Einheitspartei und zahlreiche Organisationen vereint) sowie den Bauernbündlern ein erbitterter Kampf um die Wähler stattgefunden. Die politischen Stimmen und die Forderungen der breiten Bevölkerungsschichten zwangen aber selbst die reichsten Kreise der Sozialdemokraten und Bauernbündler, die doch gegen den Demokratischen Bund auftraten, in ihren Wahllosungen denen des Bundes nahezukommen. Kampf für einen lang währenden und dauerhaften Frieden, entschiedene Verurteilung der Abenteurerpolitik der finnischen Reaktionäre, die das Land in den Krieg hineingezogen hatten, Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen in Stadt und Land, Beseitigung der durch den verbrecherischen Krieg auf Seiten Hitlerdeutschlands hervorgerufenen Verfallserscheinungen, Zügelung der räuberischen Bestrebungen der Großindustriellen und Finanzmagnaten Finlands, entschiedener Kampf für die demokratische Entwicklung des Landes und gründliche Ausmerzung aller Überreste des Faschismus — dies waren die Forderungen, die unter der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft Beifall fanden. Sie wurden vom Demokratischen Bund vorbehaltlos in sein Wahlprogramm aufgenommen, und auch die Sozialdemokratische Partei und der Bauernbund schlossen sie, allerdings mit gewissen Vorbehalten, in ihre Wahlplattform ein. Außerdem wünschten die meisten Wähler die Zusammenarbeit aller progressiven und

demokratischen Kräfte des Landes. In ihr erblickten sie den einzigen sicheren Weg zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse des finnischen Volkes.

Unter diesen Voraussetzungen war der Block der Landtagsfraktionen, bestehend aus dem Demokratischen Bund des finnischen Volkes, der Sozialdemokratischen Partei und dem Bauernbund, gebildet worden. Der Block hatte im Landtag 148 von den 200 Mandaten inne. Er war gleich nach den Wahlen zustande gekommen und nahm eine gemeinsame programmatische Deklaration an, die nicht nur entschiedene politische Demokratisierungsmaßnahmen, sondern auch Wirtschaftsreformen vorsah, wie z. B. Zuteilung von Boden an landlose und landarme Bauern, „Unterordnung der Kapitalien unter die Interessen der Volkswirtschaft und der Allgemeinheit“, zu welchem Zweck als notwendig erachtet wurde, „eine entsprechende Menge (von Kapitalien) der Gesellschaft oder den Organen zu übergeben, die die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen“. Auch eine Steuerenkung für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, eine Verbesserung des Sozialversicherungswesens u. a. waren vorgesehen.

Die Bildung des Demokratischen Blocks der drei Landtagsfraktionen war für das Nachkriegsfinnland ein wichtiges Ereignis. Dem Block war die weitgehende Unterstützung der Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter sicher, da seine Aufgaben den Volksinteressen entsprachen. Die antidemokratischen Kräfte begannen aber sogleich die Grundfesten des Blocks zu unterwühlen. Außerdem und selbst innerhalb des Demokratischen Blocks fanden sich nicht wenige Elemente, die diese Vereinigung der demokratischen Kräfte zu sprengen suchten. Es gelang ihnen auch, den Block durch einen inneren Fraktionskampf in gewissem Maße zu schwächen. Man ging, wie die Zeitung „Arbetarbladet“ vom 4. Mai d. J. feststellte, sogar so weit, „an die Stelle der Gruppeninteressen nationale Interessen treten zu lassen“. Dies mußte nicht nur die Erfüllung der gemeinsam von allen Blockteilnehmern übernommenen Verpflichtungen in Frage stellen, sondern auch die Existenz des Blocks selbst gefährden.

Als die Feinde des Blocks glaubten, dessen Stellung genügend erschüttert zu haben, beschlossen sie, ihm den Todesstoß zu versetzen. Die Abberufung der Kabinettsvertreter des Bauernbunds durch die Bundesleitung ohne Benachrichtigung des Blocks, und die Weigerung, sich in strittigen Fragen zu einer Einigung herbeizulassen, bedeutete einen fast offenen Austritt aus dem Block.

Die im März v. J. gebildete Regierung Pekkala ist eine Blockregierung. Der Demokratische Bund als größte Blockfraktion hat in ihr 6 Minister-

portefeuilles (darunter das des Ministerpräsidenten) inne, die Bauernbündler und Sozialdemokraten je 5. Außerdem gehörten der Regierung ein Vertreter der Schwedischen Partei und ein Parteiloser an. Die Regierung machte sich die Durchführung des Programms des Blocks zur Aufgabe. Der Austritt der Vertreter des Bauernbundes bedeutete für den Block als Grundlage der Regierung natürlich einen schweren Schlag.

Auch die rechten Sozialdemokraten — die Tannerleute Leskinen, Varjoneen u. a. — setzten ihre Hoffnung auf eine Sprengung des Blocks. Gleich nach dem Ausbruch der Regierungskrise schlugen sie dem Demokratischen Bund vor, eine Regierung ohne den Bauernbund zu bilden. Regierungschef sollte jedoch der Vertreter einer Rechtspartei sein. Die Presse der rechten Bauernbündler hob hervor, daß diese an einer Beilegung der Regierungskrise nicht interessiert seien, und daß sie nichts dagegen hätten, wenn eine Regierung ohne sie gebildet würde. Sowohl die rechten Sozialdemokraten als auch die rechten Bauernbündler drängten die Fraktion des Demokratischen Bundes zur Liquidierung des Blocks.

Der Demokratische Bund ließ sich jedoch nicht darauf ein, da er wie stets zielbewußt für eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte des Landes kämpfte, deren Verkörperung ja auch der Block ist. Die Fraktion des Demokratischen Bundes bestand darauf, daß die Regierungskrise unter Aufrechterhaltung und Festigung des Blocks der drei Landtagsfraktionen behoben werde. Den Volksmassen blieben die Umtriebe der Reaktion nicht verborgen. Die demokratische Öffentlichkeit wandte sich gegen diese Versuche, den Demokratischen Block aufzulösen. Die Organisatoren der Regierungskrise, die rechten Sozialdemokraten und Bauernbündler, sahen sich von der Mitgliedermasse ihrer eigenen Parteien isoliert, da an Meetings und Versammlungen, die im Zusammenhang mit der Regierungskrise im ganzen Lande stattfanden und auf denen entschieden gegen die Pläne der Reaktion protestiert wurde, nicht nur Anhänger des Demokratischen Bundes, sondern auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes teilnahmen. Der Gedanke der Einheit und der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion war so tief im Bewußtsein der Volksmassen verwurzelt, daß keine einzige Volksversammlung sich für eine eventuelle Auflösung des Demokratischen Blocks aussprach, im Gegenteil, alle Versammlungen traten dafür ein, daß die neue Regierung auf derselben Grundlage wie die frühere gebildet werde.

Die Organisatoren der Regierungskrise haben also mit ihrem Versuch, den Demokratischen Block zu sprengen, Fiasko erlitten. Der Block hat der schwersten Prüfung, die er seit seiner Gründung durchmachte, standgehalten und seine Lebensfähigkeit bewiesen, er hat gezeigt, daß seine Existenz den Interessen des Landes entspricht.

Da es nicht gelungen war, den Block zu sprengen, wollten die Organisatoren der Regierungskrise eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Regierung durch „Erweiterung ihrer parlamentarischen Basis“, mit anderen Worten, durch Einbeziehung von Vertretern der reaktionären Opposition herbeiführen. Diese Idee war so unpopulär, daß man sie sogleich fallen lassen mußte. „Uusi Suomi“ mußte offen zugeben, daß

„man während der Krise nicht einmal zur Erörterung von Projekten schreiten konnte, die auf Bildung einer Regierung mit breiter parlamentarischer Basis abgesehen hätten.“

Die Koalitionäre mußten also bald den Gedanken aufgeben, ihre Vertreter ins Kabinett zu bringen. „Uusi Suomi“ schrieb:

„Die Regierung muß jedoch so zusammengesetzt werden, daß das neue Kabinett imstande ist, unabhängig von den leichtsinnigen Absichten des Demokratischen Bundes eine energische Wirtschaftspolitik zu betreiben.“

Mit „leichtsinnigen“ Absichten meinen die Koalitionäre nicht nur die Forderungen des Demokratischen Bundes, sondern auch die der finnischen Gewerkschaften, der Mitgliedermasse der Sozialdemokratischen Partei, der breiten Bauernschichten, mit einem Wort, die Forderungen der überwiegenden Mehrheit des finnischen Volkes. Es handelt sich um Forderungen nach Abstellung der Preistreiberei, nach besserer Lebenshaltung für Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter, herbeigeführt durch wirtschaftliche Maßnahmen wie Verstaatlichung der Großindustriebetriebe und Banken, Agrarreform und Steuersenkung zugunsten der Werktätigen. Es handelt sich auch um die Forderung nach einem festen Kurs auf weitere Demokratisierung des Landes und Ausmerzung der Überreste des Faschismus.

Die Koalitionäre begriffen sehr wohl, daß sie auch unter der Marke der Sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes solche Leute in die Regierung einschmuggeln könnten, die der reaktionären Bourgeoisie treue Dienste zu leisten bereit wären. Hierin deckten sich ihre Wünsche mit denen der rechten Sozialdemokraten und Bauernbündler, die einige ihrer Vertreter in der Regierung durch andere ersetzen wollten. Es handelt sich hier namentlich um die Minister Eino Kiipi, Henrik Kallinen, Vihitori Vesterinen, Lauri

Kaijalainen, die ehrlich bestrebt sind, das Programm des Demokratischen Blocks zu verwirklichen. Gelänge es, diese Minister durch rechte Sozialdemokraten und Bauernbündler vom Schlag eines Varjonen, Leskinen, Kilpeläinen oder Annala zu ersetzen, dann brauchten die Koalitionäre selbst gar nicht mehr in die Regierung einzutreten.

Schließlich zielten alle Versuche, den Demokratischen Block zu liquidieren und das Kabinett zu reorganisieren, auch darauf ab, den politischen Kurs der Regierung zu verändern, Finnland vom demokratischen Weg abzubringen und es zu einer reaktionären Innen- und Außenpolitik zu veranlassen.

Die Organisatoren der Regierungskrise gaben beinahe zu, daß sie innerpolitische Veränderungen beabsichtigt hatten. Ihren Wunsch, das außenpolitische Steuer herumzuwerfen, haben sie jedoch, so gut sie konnten, geleugnet. Derartige Absichten werden aber nicht von ungefähr geheimgehalten. Die Regierung Pekkala wird in ihrer Außenpolitik vom Volke so rückhaltlos unterstützt, daß ihre Gegner sich nicht dazu entschließen können, offen diesbezügliche Veränderungen zu fordern.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Initiatoren der Regierungskrise, die getarnte und offene Anhänger der reaktionären Politik einer noch nicht fernen Vergangenheit, Verteidiger der Kriegsverbrecher, Organisatoren des Militärkomplotts und geheimer Waffenlager in die Regierung einschmuggeln wollten, nicht auch die Absicht gehabt haben sollen, den heutigen außenpolitischen Kurs Finlands zu ändern.

Die Regierungskrise in Finnland war also im Grunde genommen eine Attacke der Reaktion nicht nur gegen Pekkala oder einzelne Mitglieder seines Kabinetts, sondern gegen die demokratischen Bestrebungen des finnischen Volkes. Diese Attacke stieß bei den demokratischen und fortschrittlichen Kräften des Volkes auf entschiedenen Widerstand. Gut besuchte Kundgebungen und Volksversammlungen, an denen Anhänger aller drei Parteien des Demokratischen Blocks teilnahmen, verkündeten die Ergebenheit des finnischen Volkes für die Sache der demokratischen Entwicklung seines Landes, für die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft. Sie forderten, daß der Reaktion eine entschiedene Abfuhr erteilt und die außer Rand und Band geratenen faschistischen Elemente niedergehalten werden, die durch Militärkomplotts, Terrorakte und Drohungen, durch Sabotage in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft sowie durch andere Umtriebe das Rad der Geschichte rückwärts-

drehen wollen. Das Volk forderte: „Keinen Schritt zurück! Vorwärts zu neuen Siegen der Demokratie!“

So reagierten die Massen auf die von den reaktionären Kreisen provozierte Regierungskrise.

Die Protestbewegung hat den Reaktionären gezeigt, wie gering ihre Chancen sind. Sie traten den Rückzug an, zogen ihre beinahe schon offen ausgesprochene Forderung nach neuen Landtagswahlen zurück und schlugen vor, die Regierungskrise durch ein Kompromiß beizulegen.

Dieses Kompromiß kam schließlich in der Form zustande, daß Mauno Pekkala gebeten wurde, die Rücktrittserklärung der Regierung zurückzunehmen. Die Leitung des Bauernbundes hielt es für geraten, die abberufenen Bundesvertreter in der Regierung zu belassen, und das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei erklärte, es betrachte die Regierung Pekkala als parlamentarische Regierung und die sozialdemokratischen Minister als Vertreter der gesamten Sozialdemokratischen Partei und ihrer Landtagsfraktion.

Am 21. Mai wurden die Vollmachten der Regierung Pekkala erneuert. Die Regierung blieb in ihrer alten Zusammensetzung bestehen.

Dieser Abschluß der Regierungskrise bedeutet unbedingt eine Niederlage der finnischen Reaktion. „Uusi Suomi“ erklärte am 22. Mai, der Demokratische Bund des finnischen Volkes sei „in der Frage der Regierung siegreich gewesen“.

Siegreich waren aber nicht allein der Demokratische Bund, sondern die gesamten demokratischen Kräfte Finnlands.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Reaktion ihre Waffen gestreckt hat. Im Gegenteil, sie wird zweifellos alles tun, um die Regierung an der Lösung der akuten Probleme zu hindern, die die werktätigen Massen Finnlands ihr stellen. „Uusi Suomi“ hat bereits erklärt, das Regierungsproblem sei nur „zeitweilig von der Tagesordnung“ gestrichen worden.

Die Reaktion hat den Rückzug angetreten, aber sie wartet ganz unverkennbar einen günstigen Moment ab, um noch wütendere Attacken zu unternehmen. Die demokratische Öffentlichkeit Finnlands ist sich hierüber durchaus im klaren. Sie wappnet sich, um alle neuen Attacken mit derselben Entschiedenheit zurückzuschlagen, wie sie es während der Regierungskrise getan hat.

Englands neuer Indienplan

A. DJAKOW

SCHON lange sind die wahren Freunde der Völker Indiens darüber einig, daß nur die volle, reale, und nicht formale Unabhängigkeit Indiens die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Rückständigkeit dieses Landes behoben wird, daß seine Produktivkräfte sich entwickeln, seine Landwirtschaft sich hebt, die Lage der werktätigen Massen sich verbessert und sie sich politisch und kulturell aufwärtsentwickeln.

Schon im März v. J. erklärte die englische Labourregierung sich bereit, Indien die volle Unabhängigkeit zu gewähren, und machte den Vorschlag, daß es als Dominion im Rahmen des Imperiums verbleibe. Der sodann von England vorgelegte Plan der staatlichen Gestaltung Indiens ging ebenfalls von der Voraussetzung aus, daß das Land in ein neues Dominion Britanniens — die Indische Union — verwandelt werden soll.

Die größte und einflußreichste politische Partei Indiens — der Indische Nationalkongress — hat sich bekanntlich nur mit großem Vorbehalt bereit erklärt, auf der Grundlage dieses britischen Plans an der Ausarbeitung einer Verfassung teilzunehmen. Bekannt ist ferner, daß Pandit Dschawaharlal Nehru, auch nachdem er den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der Provisorischen Regierung übernommen hatte, noch wiederholt erklärt hat, die Annahme von Ministerposten durch führende Persönlichkeiten des Kongresses bedeute nicht, daß der Kongress auf den Kampf für die völlige Unabhängigkeit Indiens verzichte. Schon im Dezember v. J., bei der Eröffnung des konstituierenden Organs, erklärte Nehru, der Kongress betrachte dieses Organ als eine souveräne Versammlung, die, ohne irgendwelchen von außen aufgezwungenen Schemata Rechnung zu tragen, die Verfassung der unabhängigen

Indischen Republik ausarbeiten werde. Wir wissen ferner, daß das konstituierende Organ, obgleich die Moslemliga, also die Mehrheit der Mohammedaner, und ebenso die Vertreter einer Reihe von Fürstentümern in der Versammlung nicht vertreten sind, dabei war, eine Verfassung auf Grund des von Nehru eingereichten Entwurfs, und nicht ausgehend von dem erwähnten englischen Plan auszuarbeiten.

Die Moslemliga, die diesen Plan anfänglich akzeptiert hatte, widerrief ihren Beschuß, nachdem der Vizekönig es abgelehnt hatte, eine provisorische Regierung ohne Beteiligung des Nationalkongresses zu bilden. Die Liga erklärte, sie werde eine Kampagne „direkter Aktionen“ beginnen, um ihr Ziel, die Schaffung eines unabhängigen Staates der indischen Moslems — Pakistan — durchzusetzen. Sie erklärte ferner, sie werde die konstituierende Versammlung boykottieren, da sie der Auffassung sei, es bedürfe keiner für ganz Indien geltenden Verfassung.

Nachdem Dschawaharlal Nehru, der damals Vorsitzender des Nationalkongresses war, vom Vizekönig Lord Wavell mit der Bildung eines Vollzugsrats beauftragt worden war, bezog die Liga eine feindselige Stellung und proklamierte direkte Aktionen. Diese Kampagne führte zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems, von denen ganz Nordindien — von Bengal bis zur Nordwestlichen Grenzprovinz — ergriffen wurde. Die englischen regierenden Kreise versuchten, die Schuld für die Verschärfung des religiösen Haders und für die brudermörderischen Gemetzel dem Nationalkongress und der Moslemliga zuzuwälzen. Die fortschrittliche Presse Indiens wies jedoch mit voller Überzeugungskraft nach, daß diese Pogrome die Folge der Manöver waren, die die angloindische Regierung in den letzten Monaten durchgeführt hat.

Als dann später die Moslemliga ihren Standpunkt änderte und in die Regierung eintrat, erfuhr die politische Situation keine Entspannung. Der Boykott des konstituierenden Organs wurde von der Liga nicht eingestellt, und die Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems hörten nicht auf. Die Verhandlungen, die die Regierung Großbritanniens mit dem Nationalkongress und der Moslemliga in London führte, erhöhten diese Spannung noch. Die Erklärung der britischen Regierung, die von dem konstituierenden Organ ausgearbeitete Verfassung werde nur für diejenigen Provinzen und Fürstentümer verbindlich sein, von denen die Mehrheit der Vertreter an ihrer Ausarbeitung teilnimmt, bestärkte die Moslemliga nur in ihrem Entschluß, die Tätigkeit des konstituierenden Organs zu boykottieren. Bald in dieser, bald in jener Provinz kam es zu Schar-

mützeln zwischen Hindus und Moslems. Gleichzeitig setzte eine Streikbewegung ein, die einen großen Teil der Industriezentren des Landes erfaßte.

Das war die Situation in Indien am 20. Februar 1947, als der britische Premierminister Attlee im Unterhaus eine neue Erklärung über die britische Politik in Indien abgab, die auf die folgenden grundlegenden Sätze hinauslief:

1. Die englische Regierung sei bereit, Indien zu „verlassen“ und den Indern bis Juni 1948 „die Macht zu übergeben“.

2. Werde bis zu diesem Zeitpunkt keine allgemein anerkannte indische Zentralregierung geschaffen, so gehe die Macht an diejenigen regionalen oder provinziellen Regierungen über, die dann bestehen und für zweckentsprechend erachtet werden.

3. Mit dem „Abzug“ aus Indien werde auch die Oberherrschaft der britischen Krone über die indischen Fürstentümer aufhören, und die Fürsten könnten vorgehen, wie es ihnen beliebt, d. h. sich einem beliebigen Staat, der in Indien geschaffen wird, anschließen, oder aber ihre Fürstentümer für unabhängige Staaten erklären.

Gleichzeitig wurde Feldmarschall Wavell aus Indien abberufen und Konteradmiral Mountbatten of Burma zum Vizekönig ernannt.

Handelsminister Stafford Cripps hat in einer Unterhaussrede, in der er die erwähnte Erklärung der Regierung begründete, zugegeben, daß der britische Indienplan vom 16. Mai v. J. die Folge einer ernsten Verschlechterung in den Beziehungen zwischen England und Indien war. Er erklärte, diese Beziehungen hätten sich noch weiter verschärft. Cripps führte aus, gleichzeitig hätten sich auch die Beziehungen der Hindus und der Moslems innerhalb Indiens verschärft, und England stehe vor der Wahl, gegen den Willen der Inder Indien noch 15 bis 20 Jahre mit Gewalt zu behaupten, oder aber die Verantwortung für die Verwaltung Indiens niederzulegen und den Indern die Macht zu übergeben. England sei nicht imstande, den ersten Weg zu beschreiten. Das wollten die Inder nicht, das wolle auch das englische Volk nicht, denn das würde eine drastische Verstärkung der englischen Truppen in Indien erforderlich machen. Man müsse sich deshalb, so erklärte Cripps, für den zweiten Weg entscheiden.

Es war also Angst vor der Volksbewegung und Verständnis für den Umstand, daß England nicht in der Lage ist, seine Herrschaft in Indien mit Gewalt aufrechtzuerhalten, was die englische Regierung dazu veranlaßte, ihre Erklärung vom 20. Februar d. J. abzugeben.

Diese Erklärung, die es der Moslemliga und den Fürstentümern faktisch überläßt, darüber zu entscheiden, ob Indien geeint sein oder zerstückelt werden soll, hat im großen und ganzen nicht nur bei der Moslemliga, sondern auch beim Indischen Nationalkongreß positiven Widerhall gefunden. Diese Tatsache ist um so bezeichnender, als der Kongreß bekanntlich stets scharf gegen eine Zerstückelung des Landes protestiert hat. Jetzt dagegen hat sich die Führung des Kongresses bereit erklärt, dem Ausscheiden Ostbengalens aus der Indischen Union und der Teilung des Pandschab, also der Schaffung eines wenn auch kleineren Pakistans zuzustimmen.

Trotzdem gingen die Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems weiter. Die blutigen Scharmützel im Pandschab haben die indische Bourgeoisie offenbar erschreckt. Sichtlich unter dem Einfluß dieser Ereignisse verzichtete die Führung des Kongresses auf ihre Hauptforderung, nämlich daß Indien zunächst die Unabhängigkeit erhalte und daß erst danach die Inder selbst über die Frage entscheiden werden, ob Indien ein geeintes Land sein soll.

Vor der Indischen Landeskongress der Völker der Fürstentümer erläuterte Nehru am 19. April den Standpunkt des Kongresses wie folgt:

„Unser Ziel ist im Moment, jeden Teil Indiens, den wir können, zu befreien; dann werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie der Rest die Unabhängigkeit erlangt. Indiens Vormarsch zur Freiheit wird nicht mehr auf Obstruktion stoßen.“

In dieser Situation verhandelte der neue Vizekönig Mountbatten in diesem Frühjahr mit den indischen Führern. Ende Mai reiste Mountbatten nach London, um seine Vorschläge von der englischen Regierung billigen zu lassen. Am 3. Juni wurde dann gleichzeitig in London und Delhi eine Erklärung der britischen Regierung „Über das Verfahren bei der Übergabe der Macht an Indien“ bekanntgegeben, die einen neuen englischen Plan für die Aufteilung Indiens darstellt.

Dieser Plan postuliert in erster Linie die Aufteilung der Provinzen Pandschab, Bengal und Assam zwischen Hindus und Moslems. Zu diesem Zweck werden die gesetzgebenden Versammlungen Pandschabs und Bengalens in zwei Teile geteilt: die Deputierten der Kreise mit vorwiegend moslemischer Bevölkerung bilden den einen Teil, die der Kreise mit vorwiegend nichtislamischer Bevölkerung den anderen Teil. Spricht sich eine dieser beiden Gruppen der gesetzgebenden Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit für die Aufteilung der betreffenden Provinz aus, so wird diese Aufteilung durchgeführt.

Im Kreise Sylhet (Assam) soll eine Volksabstimmung über die Frage seines Zusammenschlusses mit dem östlichen, mosammedanischen Teil Bengalens durchgeführt werden.

Auch in der Nordwestlichen Grenzprovinz soll das Volk darüber abstimmen, ob die Provinz an Pakistan fällt oder nicht.

Hier nach wird Britisch-Indien aus zwei Teilen — Hindustan und Pakistan — bestehen, die beide die Rechte eines Dominions erhalten. Die konstituierenden Versammlungen der beiden Dominions werden, so verspricht die englische Regierung, darüber entscheiden, ob sie dem Imperium weiter angehören wollen oder nicht.

Was die Fürstentümer anbelangt, so bleiben ihre früheren Beziehungen zu England bis Juni 1948 aufrechterhalten. Nach diesem Zeitpunkt aber werden sie einem der indischen Staaten beitreten, oder aber sich für unabhängig erklären. Über ihren Eintritt in das Britische Reich mit Dominionsrechten wird nichts gesagt. Offenbar ist den Fürstentümern die Rolle englischer Stützpunkte innerhalb der künftigen indischen Dominions zugesucht.

Diesen neuen Plan bezeichneten einige englische und indische Zeitungen als einen Plan der „Balkanisierung Indiens“. Indien wird also vorerhand in zwei Dominions geteilt, die noch dazu durch die kleinen Inseln der zahlreichen Fürstentümer in Fetzen zerrissen werden. Die Gebiete vieler von ihnen, z. B. Haidarabads, Kaschmirs, Trawankurs, Bhopals, Indurs, beeilten sich, zu erklären, sie würden sich weder Hindustan noch Pakistan anschließen, sondern selbständig bleiben. Man errät unschwer, was das in der Praxis bedeutet. Die Maharadschahs und anderen Fürsten repräsentieren diejenigen Elemente in Indien, die am meisten daran interessiert sind, die feudalen Überreste und die englische Herrschaft im Lande aufrechtzuerhalten. Sie haben am meisten Angst vor der Volksbewegung und vor jeder wie immer gearteten Mitwirkung der Volksmassen an der Entscheidung über das Schicksal des Landes oder seine Verwaltung...

Gestützt auf die Hilfe der reaktionären Fürsten, aber auch auf bestimmte Kreise der besitzenden Klassen Indiens, deren Angst vor einer Volksbefreiungsbewegung es in seine Spekulationen einstellt, will Großbritannien seine Herrschaft über das in Teile zerrissene, in ein Sammelsurium schwächer und einander möglichst feindlicher Staaten verwandelt. Indien aufrechterhalten. Es hat nicht mehr die Kraft, ein geeintes, von der Unabhängigkeitsbewegung ergriffenes Indien unter dem Joch der kolonialen Sklaverei zu halten. Deshalb wird die alte Methode in neuer Gestalt angewandt: trenne, schüre den nationalen

Hader — und herrsche! Die Unabhängigkeit, die die englische Labourregierung den einzelnen Teilen des zerstückelten Indiens schenken möchte, stellt man sich in London als eine Art fiktiver Unabhängigkeit, ähnlich der des Iraks, vor.

Dieser Plan verheißt den Völkern Indiens böse Folgen. Findet er Verwirklichung, so wird Indien, wie früher der Balkan, zu einer Arena ständiger Konflikte und Zusammenstöße zwischen seinen einzelnen Teilen. Zweifellos werden sich unter den Regierungen der einzelnen Staaten dieses Landes Elemente finden, die sich von England beeinflussen lassen werden. In manchen Fällen wird dieser Einfluß die einzige Grundlage sein, auf der eine solche Regierung sich wird behaupten können. Alles das wird die Vereinigung Indiens, also auch seine wahre Befreiung von der fremdländischen Herrschaft, sicherlich erschweren.

Das ist das eigentliche Wesen des neuen britischen Plans. Sein Ziel besteht darin, die Frist der englischen Herrschaft über Indien in dieser oder jener Gestalt zu verlängern.

Die Ausführungen der indischen Presse bestätigen, daß sich die öffentliche Meinung Indiens über alles das ausgezeichnet klar ist. Auch die Führer der politischen Organisationen Indiens müssen natürlich begreifen, wie die Engländer kalkulieren. Nichtsdestoweniger hat nicht nur die Moslemliga, sondern auch die Führung des Indischen Nationalkongresses den neuen britischen Plan akzeptiert.

Dschinnah hat in einer Rundfunkrede seine Unzufriedenheit über die Aufteilung Bengalens und des Pandschabs zum Ausdruck gebracht und dennoch die Moslems aufgefordert, den Plan anzunehmen. „Dawn“, das Zentralorgan der Moslemliga, hat vorgeschlagen, „Allah Dankgebete darzubringen am Geburtstage Pakistans“. Am 8. Juni d. J. hat der Rat der Liga mit absoluter Stimmenmehrheit den britischen Plan angenommen.

Diese Stellungnahme der Moslemliga kam nicht unerwartet. Aber auch die Führung des Indischen Nationalkongresses hat, wenn auch mit einigen Vorbehalten, den neuen britischen Plan angenommen. In seiner Rundfunkrede vom 3. Juni bedankte sich Nehru bei Mountbatten für die „Indien geleistete Hilfe“ und forderte die Bevölkerung auf, den britischen Plan als einzigen Ausweg aus der entstandenen Situation zu akzeptieren.

Die Annahme des britischen Aufteilungsplans bedeutet eine wesentliche Abkehr der Kongressführung von ihren früheren Positionen. Die führenden Persönlichkeiten des Kongresses sind nun schon bereit, der Unabhängigkeit nicht mehr ganz

Indiens, sondern seiner einzelnen Teile zuzustimmen; sie lassen sich auf die Aufteilung des Landes nach dem Grundsatz der Religionsgemeinden ein; sie wollen anscheinend jetzt den Fürsten das Recht zuerkennen, nach ihrem Ermessen einen Teil der Delegierten zur konstituierenden Versammlung zu ernennen, was der geforderten Demokratisierung des verknöcherten halbfeudalen politischen Systems der Fürstentümer widerspricht.

Weshalb hat sich die Führung des Kongresses auf dieses Kompromiß zu einem Zeitpunkt eingelassen, wo die politische Situation in Indien sich, wie die Labourregierung selbst zugab, für die englischen Pläne so ungünstig gestaltete?

Wir wissen noch nicht, von welchen Beweggründen die Führer des Kongresses sich haben leiten lassen. Auf Grund der Äußerungen der indischen Presse kann man nur annehmen, daß einige politische Kreise es für vorteilhafter hielten, eine wenn auch teilweise Erfüllung der Unabhängigkeitsforderung zu akzeptieren, als die ganze Angelegenheit für unbestimmte Zeit in der Luft schweben zu lassen. Anderseits hat allem Anschein nach die Volksbewegung, deren Aufflammen die englische Regierung erschreckte, auch einflußreiche Kreise der besitzenden Klassen Indiens ängstlich gemacht. Sie haben ihre Reichtümer während des Krieges beträchtlich vergrößert. Sie haben die herrschende Stellung auf dem inneren Markt Indiens errungen und sind jetzt bestrebt, die Grenzen des Landes zu überschreiten und nach Südostasien und Ostafrika vorzudringen, um dort den Platz Japans zu besetzen. Die indischen Kaufleute, Finanzmänner und Industriellen lechzen nach neuen Profiten. Sie kämpfen gegen die indischen Arbeiter vorläufig mit Hilfe englischer Soldaten und befürchten, im Falle ihres Abzugs ernste Schwierigkeiten auf diesem Gebiet zu finden. Die indischen Unternehmer sind bereit, ein Abkommen mit dem englischen Kapital über die Aufteilung des inneren Marktes Indiens abzuschließen, nur um soziale Erschütterungen zu vermeiden. Zweifellos übt die Oberschicht der besitzenden Klassen Indiens einen großen Druck auf die Führung des Kongresses aus und nötigt sie zu Kompromissen.

In der Masse der einfachen Mitglieder des Kongresses und in den demokratischen Kreisen Indiens hat der britische Plan die entschiedenste Ablehnung gefunden. Gegen die Aufteilung Indiens hat sich außer der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei auch eine Anzahl linksstehender Persönlichkeiten des Kongresses ausgesprochen. Die öffentliche Meinung Indiens ist auch nicht an der Tatsache vorbeigegangen, daß

der Plan in den Churchill nahestehenden Kreisen volle Billigung gefunden hat. Dort faßt man ihn offenbar als direkte Fortsetzung der früheren Kolonialpolitik Großbritanniens in Indien auf. Ein bedeutender Teil der indischen Zeitungen spricht sich gegen den Plan aus, da er den nationalen Interessen des Landes zuwiderlaufe. Breite Kreise der Öffentlichkeit Indiens verlangen vor allem die volle Unabhängigkeit des Landes, seine Einheit und den bedingungslosen Abzug Englands.

Der neue englische Plan ist in keiner Weise eine Lösung des indischen Problems. Er schafft keine Voraussetzungen für die Liquidierung der

wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rückständigkeit dieses Landes, die eine Folge der 200jährigen fremdländischen Oberherrschaft ist.

Außerdem wird die politische Zerstückelung Indiens seiner völligen Befreiung, seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung neue Hindernisse in den Weg legen. Schon das erste Echo der indischen Presse auf den neuen britischen Plan zeigt, daß seine Verwirklichung in denjenigen Bevölkerungsschichten, die entschlossen sind, Indiens wirkliche Unabhängigkeit durchzusetzen, auf Widerstand stoßen wird.

Die USA-Politik im Nahen Osten

K. SERJOSHIN

DIE VERÄNDERUNGEN, die nach dem Kriege in den internationalen Beziehungen im Nahen Osten vor sich gegangen sind, zeugen für den wachsenden Einfluß, den die USA auf die politische Lage der Länder zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Meerbusen ausüben.

Bekanntlich galt der Nahe Osten bis in die letzte Zeit als traditionelle „Domäne“ der sogenannten imperialen Interessen Großbritanniens. Schon während des Kriegs, in Casablanca, gelang es, wie kürzlich in der amerikanischen Presse geschildert worden ist, dem damaligen britischen Premierminister Churchill, von Präsident Roosevelt die Zustimmung zu erhalten, daß England „die volle Verantwortung auf sich nimmt für die militärischen Operationen der Alliierten und die daraus zu folgernde diplomatische Politik im Mittleren Osten und auf dem Balkan“. Nach dem Kriege wurde, entsprechend einem Geheimabkommen der Generalstäbe Großbritanniens und der USA, die Zone des Nahen Ostens erneut den bewaffneten Kräften des Britischen Reiches „zuerkannt“.

Indessen ist es völlig augenscheinlich, daß der in der Trumanbotschaft festgelegte Kurs der Außenpolitik der USA wenn nicht einen Rollenwechsel, so doch zum mindesten einen Ausgleich der Lage der USA und Englands in den Ländern des Nahen Ostens bedeutet.

Der namhafte, auch in der Öffentlichkeit tätige ägyptische Schriftsteller Taha Hussein-Bei schrieb hierüber:

„Da es seine Position in den Ländern des Mittleren Ostens verloren hat, hat Britannien beschlossen, sie der Aufsicht der Amerikaner zu überlassen.“

In der Tat: Englands Schuld an Ägypten (450 Millionen Pfund Sterling), den Irak (50 Millionen Pfund Sterling), die Notwendigkeit, ständige Hilfsgelder an den König von Transjordanien und an die Regenten der kleinen Fürstentümer auf der Halbinsel Arabien zu zahlen, die finanziellen Verpflichtungen gegenüber Saudisch-Arabien, der Unterhalt einer 100 000 Mann starken Armee in Palästina, die Kriegslieferungen an die Türkei, die Besatzungskosten in Lybien und den anderen früheren Kolonien Italiens — alles das erwies sich als eine zu schwere Last für den britischen Staatshaushalt. England muß abrücken, muß dem stärkeren Partner und Konkurrenten Platz machen. Das Wolfsgesetz des Kapitalismus macht sich mit unerbittlicher Logik geltend.

Geht man der Frage nach, worüber gegenwärtig die amerikanischen Firmen in nahöstlichen Ländern wie Ägypten, dem Irak und Saudisch-Arabien verfügen, so wird es augenscheinlich, daß die amerikanischen Firmen hier schon vor dem Kriege festen Fuß gefaßt und dann während des Krieges ihre Positionen ausgebaut und das Fundament gelegt haben, damit das amerikanische Kapital nach dem Kriege auch die übrigen nahöstlichen Länder erobern könne.

In Saudi-Arabien erhielt die Standard Oil Company of California im Mai 1933 eine erste, auf 60 Jahre befristete Konzession zur Erschöpfung und Gewinnung von Erdöl in der Gegend von El Hassa. Diese Konzession wurde von der Arabian-American Oil Company, einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Company of California, bewirtschaftet. Dann erweiterten die Amerikaner das Konzessionsterritorium sowohl durch ein neues Abkommen mit Ibn Saud als auch durch

die Erwerbung einer englischen Ölkoncession im Westen des Landes. Schon im Februar 1945 erreichten die Kapitalanlagen der Arabian-American Oil Company in Saudisch-Arabien 100 Millionen Dollar.

Gegenwärtig ist von den Amerikanern direkt im Zentrum der amerikanischen Erdölfelder in Saudisch-Arabien — auf der Halbinsel Dachran — eine „Erdölstadt in der Wüste“ errichtet worden. Nach Behauptungen amerikanischer Korrespondenten befinden sich hier allein 15 000 amerikanische Arbeiter und Techniker (während im Februar 1940, offiziellen Angaben zufolge, in Saudisch-Arabien nur 273 Amerikaner lebten).

Ganz Saudisch-Arabien ist heute eigentlich ein Erdölfeld der amerikanischen Gesellschaft. Außerdem gehören den Amerikanern hier Konzessionen für die Gewinnung von Gold (auch an der Grenze der englischen Kolonie Hadramaut) und einige andere Monopole.

Um die Wirtschaftspositionen der USA in Saudisch-Arabien auszubauen zu können, wurde es 1943 als „für die Verteidigung der USA lebensnotwendig“ erklärt und die Geltung des Lend-Lease-Gesetzes auch auf dieses Land ausgedehnt. Zwei Jahre später wurde öffentlich mitgeteilt, amerikanische Armeekräfte hätten — in Dachran — einen der größten Flugplätze im Nahen Osten angelegt. Angehörige der amerikanischen Luftflotte sind ferner die Erbauer und jetzt die Betreuer mehrerer Landeflächen auf der Strecke Dachran — Palästina. Einer der letzten Akte bestand darin, daß die Export-Import-Bank der USA der Regierung Saudisch-Arabiens einen 25-Millionen-Dollar-Kredit einräumte und daß König Ibn Saud die amerikanische Medaille „Für vorzügliche Dienste“ (Distinguished Service Medal of the U.S. Army) erhielt.

Was Ägypten anbelangt, so begann das Eindringen des amerikanischen Kapitals schon 1902. Die direkten amerikanischen Kapitalanlagen wuchsen von 8 305 000 Dollar (1936) auf 22 753 000 Dollar (1940) — ein imposantes Entwicklungstempo. Für die Nachkriegszeit fehlen exakte Zahlenangaben, doch besteht aller Anlaß zu der Annahme, daß die amerikanischen Kapitalanlagen in Ägypten sowohl während des Krieges als auch seit Kriegsende weiter gewachsen sind, selbst wenn man die Kapitalien abzieht, die in der Erbauung von Kriegsbetrieben im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen investiert wurden (während des Krieges arbeiteten in englisch-amerikanischen Betrieben in Ägypten, Angaben der Presse zufolge, 800 000 Personen).

Mehr als 15 große amerikanische Firmen sind in den verschiedenen Zweigen des Handels, der

Industrie, des Finanzwesens und des Verkehrs-wesens Ägyptens tätig. Einige von diesen amerikanischen Firmen haben ein Monopol nicht nur in Ägypten, sondern im ganzen Nahen Osten überhaupt erworben; im Absatz von Personenkraftwagen, Filmen, elektrischen Kühlchränken, Maschinenanlagen usw. haben Amerikaner die Kontrolle an sich gebracht.

Die Verdrängung der lokalen Unternehmer durch Amerikaner begann schon 1928, als die Englisch-Amerikanische Niltouristengesellschaft (Anglo-American Nile and Tourist-Company) alle Aktien der ortsansässigen ägyptischen Gesellschaft aufkaufte. Die Erdölfirma Socony Vacuum Oil Company errichtete ihre Tankstellen in allen größeren Städten Ägyptens. Kurz vor dem Kriege erhielten diese Gesellschaft und die Standard Oil Company of New Jersey Konzessionen auf die Erschürfung von Erdöl in Ägypten, die sich auf ein Territorium von 6 Millionen Acres erstreckten. Vor nicht sehr langer Zeit schlossen amerikanische und englisch-ägyptische Erdölfirmen ein Abkommen über die gemeinsame Gewinnung von Erdöl auf der Sinaihalbinsel. Meldungen amerikanischer und ägyptischer Zeitungen zufolge trägt eine Anzahl amerikanischer Firmen sich mit der Absicht, in der nächsten Zeit mit dem Bau neuer Betriebe in Ägypten zu beginnen.

Am 7. Mai d. J. erklärte der ägyptische Finanzminister, die ägyptische Regierung habe die USA ersucht, ihr eine Anleihe von 88 Millionen Dollar auf 15 Jahre zu gewähren, um die ägyptische Währung stabilisieren zu können. Damals erschien im „City Observer“, einer Wochenschrift englischer Geschäftskreise, eine Mitteilung, die besagte, die USA-Regierung sei bereit, Ägypten 25 Millionen Pfund Sterling, also rund 100 Millionen Dollar, zur Verfügung zu stellen — aber für Verteidigungszwecke, und nicht für die Stabilisierung der ägyptischen Währung. Der diplomatische Berichterstatter des „City Observer“ bemerkte nebenbei, die USA hätten vorgeschlagen, amerikanische Sachverständige nach Ägypten zu entsenden, die einen Plan für die Verteidigung des Sueskanals ausarbeiten sollten. Es wurden ferner Mitteilungen gemacht über ein amerikanisches Projekt, demzufolge ein Kanal vom Tanganjikasee bis zur Nigermündung gegraben werden soll, der den ägyptischen Sudan und französische Besitzungen in Afrika durchschneiden würde.

Im Irak gehörten dem amerikanischen Kapital schon seit langem 23,75 Prozent aller Erdölkarten. Vor kurzem hat die Irakregierung den Amerikanern neue umfangreiche Konzessionen für die Gewinnung von Erdöl im Norden des Landes eingeräumt.

Die Vertreter der amerikanischen Erdölmonopole haben solide Aktienpakete auch auf den Erdölfeldern von Kuwait und Oman erworben. Die gesamte Erdölgewinnung der Bahraininseln gehört Amerikanern. Die Regierung Athiopien gewährte im Herbst 1945 der amerikanischen Sinclair Oil Company auf 50 Jahre eine Konzession für die Gewinnung von Erdöl im ganzen Lande. In der Auslands presse wurde mitgeteilt, daß Jemen 1946 amerikanischen Unternehmen zu vorteilhaften Bedingungen das Recht eingeräumt hat, die Bodenschätze dieses Landes zu erschürfen. In Palästina beliefern sich Angaben des in den USA 1945 erschienenen „Palestine Year Book“ zufolge, schon Anfang 1937 die amerikanischen Kapitalanlagen auf 39 Millionen Dollar, während sie sich 1945 auf 150 Millionen Dollar erhöht hatten. Gegenwärtig ist im Zusammenhang mit den Projekten, einen der Zweige der Trans-Arabian Pipeline in Haifa enden zu lassen und in der Gegend von Haifa große Erdölraffinerien zu errichten, der Zufluß amerikanischer Kapitalien nach Palästina noch stärker geworden.

Die vor kurzem vom USA-Department of Commerce veröffentlichten Mitteilungen über den Außenhandel der Staaten zeigen ein unentwegtes Ansteigen des amerikanischen Exports nach der Türkei: 1937 — 14 916 000 Dollar, 1945 — 15 600 000 Dollar, 1946 — 36 700 000 Dollar. Der Export nach Syrien bezifferte sich in den gleichen Jahren auf 2 548 000, 8 500 000 und 17 100 000 Dollar. Demgegenüber hat England 1946 nur für 6 233 809 Pfund Sterling, also etwa 25 Millionen Dollar, nach der Türkei ausgeführt, also bereits weniger als die USA.

Von noch größerer Bedeutung als die Warenausfuhr ist bekanntlich die Kapitaleinfuhr. Die von der türkischen Regierung erlassenen Gesetze, von denen am 25. Mai der türkische Finanzminister Halit Nasmi Kışmir Mitteilung gemacht hat, heben alle für ausländische Investitionen in der Türkei bestehenden Beschränkungen auf. Sie gestatten es ausländischen Kapitalisten, in der türkischen Industrie Kapitalien anzulegen und den gewonnenen Profit aus der Türkei auszuführen. Die „Trumandokrin“ führt also die türkische Wirtschaft zu den Zeiten zurück, in denen sie ein Objekt schonungsloser Ausbeutung durch den ausländischen Imperialismus war.

Zufolge dem vom USA-Kongreß beschlossenen und von Präsident Truman bestätigten Gesetz erhält die Türkei eine Anleihe, von der bereits 100 Millionen Dollar vorgeschnossen worden sind. Diese Anleihe wird, wie der stellvertretende Staatssekretär Clayton erklärt hat, nicht für zivile Zwecke verausgabt werden, sondern für

die Ausrüstung der türkischen Armee. In Ankara befindet sich bereits eine amerikanische Militärmmission, die an der Modernisierung der türkischen Armee und an der Erweiterung des Flugplatzbaus mitarbeiten soll. Die regierenden Kreise der Türkei haben auch Washingtons Zustimmung zu einer Anleihe von 500 Millionen Dollar erhalten. Mit Recht beurteilt die Presse der nahöstlichen Länder die „Hilfe“ der USA für die Türkei als bereits eingeleitete Verwandlung dieses Landes in ein Aufmarschgebiet für die weitere amerikanische Expansion im Nahen und Mittleren Osten.

Besonders vermerkt werden muß, daß amerikanische Luftfahrtgesellschaften dabei sind, den „Luftraum“ über den Ländern des Nahen Ostens zu erobern. Der Krieg hat zu einer Neuverteilung der nahöstlichen Luftverkehrslinien geführt: die amerikanischen Gesellschaften haben sich zu Helden der Lage aufgeschwungen. Auf einer regionalen nahöstlichen Konferenz über Fragen der Zivilluftfahrt, die im vorigen Oktober in Kairo abgehalten wurde, waren die USA durch 59 Delegierte vertreten, während England 8, Frankreich 7 Vertreter hatte, und die übrigen, darunter auch die nahöstlichen Länder selbst, nur durch 1 oder 2 Personen vertreten waren. Be merkt werden muß, daß sich unter den amerikanischen Delegierten 10 Offiziere des Stabs der amerikanischen Truppen in Europa befanden.

Die American Trans-World Airlines Company hat im letzten Jahre mehrere wichtige Luftverkehrslinien im Nahen Osten erworben. Sie verfügt über drei Magistralen Neuyork—Kairo, von denen eine von Kairo über Tripolis, Tunis, Algier führt, ferner eine Linie Neuyork — Dachran. Der gleichen Gesellschaft gehören die von ihren Vertretern geschaffenen sogenannten „nationalen“ Luftfahrtgesellschaften, eine Iranisch-amerikanische Luftfahrtgesellschaft, die im Nahen Osten die Linie Kairo — Teheran bewirtschaftet; eine abessinisch-amerikanische Gesellschaft mit den Linien Kairo — Addis-Abeba und Addis-Abeba — Dschibuti; eine griechisch-amerikanische Luftfahrtgesellschaft Kairo — Athen. Amerikanische Flugzeuge fliegen über Jerusalem nach Basra, nach Syrien und dem Libanon, sie besorgen den Verkehr zwischen Neuyork und Ankara.

Mit amerikanischen Kräften und Mitteln werden in der Türkei und im Libanon Flugplätze angelegt. Die von den USA und den Regierungen der nahöstlichen Länder auf der formalen Grundlage sogenannter Gegenseitigkeit abgeschlossenen Luftfahrtabkommen räumen den amerikanischen Luftfahrtgesellschaften große Privilegien ein.

Vor ganz kurzer Zeit erklärte der Washingtoner Korrespondent der Agentur United Press in einem Kommentar zu dem von Truman proklamierten „neuen Kurs“ der amerikanischen Außenpolitik folgendes:

„Fachleute, die mit der Lage wohlvertraut sind, meinen, in der nahöstlichen Politik der USA und im Mittelmeerraum werde der Schutz der großen amerikanischen Kapitalanlagen in den Erdölfeldern des Nahen Ostens eine immer wichtigere Rolle spielen.“

Nach dem Urteil des USA-Senators Johnson vom Staate Kolorado ist das Gesetz über die sogenannte „Hilfe“ für Griechenland und die Türkei nichts anderes als eine direkte Subventionierung der „fünf großen“ Erdölmonopole der USA, die neue Erdölkonzessionen anstreben.

Die Erdölinteressen der USA beeinflussen zweifellos auch die Stellungnahme der USA in der Palästinafrage. Bei der Erörterung dieser Frage auf der kürzlich abgehaltenen Sondertagung der UNO-Generalversammlung stieß der von der Sowjetunion und den arabischen Ländern eingebrachte Vorschlag, Palästina die Unabhängigkeit zu gewähren, auf den zähen Widerstand der Vertreter der USA. Während der ganzen vorhergehenden Zeit waren Palästina und das sogenannte Palästinaproblem für die amerikanische Diplomatie ein bestimmtes Mittel in ihrem großen politischen Spiel um die Besitzergreifung des Nahen Ostens. Tatsachen bezeugen, daß hier ein doppeltes Spiel gespielt wurde. Der angesehene amerikanische Jurist Bartley C. Crum, der an der Tätigkeit der englisch-amerikanischen Palästina-kommission teilgenommen hat, konnte sich bei dieser Gelegenheit mit den Materialien eines vertraulichen Dossiers bekannt machen, das von der Abteilung für die Angelegenheiten des Nahen Ostens (Division of Near Eastern Affairs) und Afrikas abgefaßt worden war. Crum erklärt:

„Laut diesem Aktenbündel (file) sandte das Staatsdepartement seit dem 15. September 1938 den arabischen Regenten jedesmal, wenn der amerikanischen Judenschaft ein Versprechen hinsichtlich Palästinas gemacht worden war, Botschaften, die die gemachten Versprechungen minderten und ihnen wieder versicherten,

es werde, was auch den Juden öffentlich gesagt oder versprochen worden sei, nichts geschehen, um die Situation in Palästina zu ändern, ohne die Araber zu konsultieren.“

* * *

Die herrschenden Kreise der USA schickten sich zu territorialen Erwerbungen im Nahen Osten bereits nach dem ersten Weltkrieg an. Präsident Wilson wünschte bekanntlich ein Mandat über Groß-Armenien. Einige andere Staatsmänner der USA waren nicht abgeneigt, auch noch Syrien dazuzuschlagen.

Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse ist es unmöglich, mit einem so offen imperialistischen Programm aufzutreten und direkte Gebietsgewinne zu verlangen. Deshalb treten die amerikanischen Politiker für „die Öffnung der Türen“ ein, wobei sie jedoch gleichzeitig auch Stützpunkte anlegen. Die Vergrößerung der Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe im Mittelmeer wurde ergänzt durch Geheimverhandlungen mit England, die das Ziel verfolgten, den amerikanischen Streitkräften militärische Stützpunkte in Palästina einzuräumen. Die wohlunterrichtete Zeitschrift „United States News“ behauptet, dem englisch-amerikanischen Militärabkommen folge würden die Vereinigten Staaten unter gewissen Voraussetzungen die entsprechenden Vorhutstützpunkte erlangen, darunter auch auf Malta und in Palästina.

Unter dem Aushängeschild „gleicher Chancen“ auftretend und mit dieser Demagogie den Ausbau seiner ökonomischen Positionen in den Ländern des Nahen Ostens erweiternd, betreibt das amerikanische Kapital unentwegt seine weitere Expansion. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß alle Rechnungen dieser Art ohne den Wirt gemacht werden. Sie ignorieren die Interessen und den Willen der Völker, die nach Meinung der neuen Weltherrschaftsprätendenten nur dazu berufen sind, die Rolle stummer, unterwürfiger Sklaven der amerikanischen Konzessionäre zu spielen. Das ist die schwache Seite der Spekulationen, auf denen die amerikanische Politik im Nahen Osten beruht.

Die Neandertaler des Atomzeitalters

(Eine Auslandspresseschau)

M. RUBINSTEIN

Die amerikanische Zeitschrift „Collier's“ vom 3. Mai d. J. bringt einen Artikel von Robert de Vore, „Der Reisepaß ins goldene Zeitalter“, der, wie eine redaktionelle Vorbemerkung besagt, zeigen soll, inwieweit die Atomkontrollgesetze sich auf das Leben aller Amerikaner auswirken können, und „warum die Russen so heftig gegen die Vorschläge der USA (bezüglich der Atomenergie) kämpfen“.

Der Artikel bringt nicht Klarheit, sondern nur Verwirrung in die Frage der Atomkontrolle. Er enthält aber auch charakteristische Bekenntnisse, die zum Verständnis einiger Aspekte dieser Frage beitragen können.

Der Verfasser meint, „der Zutritt zum goldenen Atomzeitalter wird mit der Freiheit bezahlt werden“, aber „wenn die Menschen klug sind“, so könnten sie die „wichtigsten Freiheiten“ behalten und brauchten die übrigen nicht sofort, sondern nur allmählich einzuschränken, und sie vermöchten diese Operation auf eine längere Zeitspanne auszudehnen. Wohlweislich sagt man nicht, welche „wichtigsten Freiheiten“ der amerikanischen Demokratie man meint, aber aus dem ganzen Artikel ergibt sich, daß man die Freiheit zur Ausbeutung der Werktätigen im Auge hat.

Während der Senatsdebatte über die Atomenergiebill, als davon die Rede war, daß die Patentierung von Privaterfindungen auf dem Gebiet der Atomenergiegewinnung verboten werden müsse, soll ein Senator erschreckt ausgerufen haben: „Zum Teufel, das ist ja Sozialismus“, und der Verfasser des in „Collier's“ erschienenen Artikels bemerkt hierzu:

„Der Kongreß hat hier zum erstenmal gesagt, jemand könnte eine patentierbare Idee nicht patentiert bekommen. Aber das Gesetz geht noch weiter. Es heißt darin, daß jemand, der eine Maschine mit Atomenergieantrieb erfindet, sie nicht nur ohne Lizenz nicht herstellen darf, sondern nicht einmal das Recht auf die ausschließliche Produktion dieser Maschine genießt, das ihm sein Patent normalerweise garantiert hätte. So hat also — und auch dies zum erstenmal in der Geschichte — der Kongreß der zwangsweisen Lizenzierung Gesetzesform verliehen.“

Um diesem Punkt des Gesetzes, der einige Kommissionsmitglieder so sehr beunruhigte, mehr Klarheit zu verleihen, hätten die Senatoren

Arthur Vandenberg und Brien McMahon ein düsteres Bild entworfen, wie sich die unbeschränkte Entwicklung der Atomenergie auf das „Leben aller Amerikaner“ auswirken könne. Sie sollen erklärt haben:

„Nehmen wir einmal an, jemand gebe plötzlich bekannt, er habe eine Atomlokomotive erfunden, die von New York bis Washington nur für ein paar Dollar Atomtriebstoff verbrauche. Alle Eisenbahn- und Kohlegesellschaftsaktien wären wertlos. Die Versicherungsgesellschaften, die Kapital in Eisenbahnen investiert haben, gingen pleite, und es gäbe ein ziemlich allgemeines Finanzchaos. Dies wäre, zugegeben, ein recht extremer Fall, man muß sich aber auf extreme Fälle gefaßt machen, wenn man es mit der Atomenergie zu tun hat.“

Diese Ausführungen der Senatoren Vandenberg und McMahon zeigen mit erschöpfender Klarheit, daß die staatliche Regelung und Kontrolle der Atomenergiegewinnung in den USA nicht darauf zugeschnitten ist, die Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke auszubauen, sondern daß sie sie hindern und einschränken soll.

Amerikanischen Pressemeldungen zufolge hat David E. Lilienthal, der Vorsitzende der USA-Kommission für Atomenergiekontrolle im Landesinnern, am 2. Juni auf einer Sitzung des Unterausschusses Nummer 2 im UNO-Atomkontrollausschuß auf Fragen erklärt, die Verwertung von Kernheizstoffen für die Gewinnung elektrischen Stroms werde seiner Schätzung nach erst in 6 bis 10 Jahren technisch möglich sein. Diese Aufgabe könnte schneller gelöst werden, wenn die USA ökonomisch daran interessiert wären, die Kohle durch eine solche Kraftquelle zu ersetzen.

Natürlich hat man hier nicht die ökonomischen Interessen der Volksmassen der USA im Auge, sondern die eigennützigen Interessen der Kohle- und Eisenbahngesellschaften, der Versicherungsgesellschaften und Banken, deren Befürchtungen die Senatoren Vandenberg und McMahon so bedingt zum Ausdruck gebracht haben. Aus ihren Reden sprechen einerseits die Wünsche der amerikanischen Großmonopole, die eine Entwertung ihrer Kapitalien durch technische Umwälzungen und durch die hieraus resultierende weitgehende Verwertung der Atomenergie in der Produktion befürchten, und anderseits die Bestrebungen der

Militaristenkreise der USA, die auch weiterhin die Atomenergie nur im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit für militärische Zwecke fortentwickeln wollen.

Eben mit dieser Absicht wurden der USA-Atomkontrollkommission im Landesinnern die Atomstoffwerke in Oak Ridge und Hanford, die Versuchsanlagen und Laboratorien übergeben, wobei Chemietruste, General Electric und andere Truste auch weiter diese Werke und Institutionen leiten.

Hiermit sind die amerikanischen Monopole und die mit ihnen verbundenen Militärkreise völlig einverstanden, die sich so die „Freiheit“ sichern wollen, die Volksmassen auszubeuten und diese Ausbeutung auch auf andere Länder, ja, wenn möglich, auf die ganze Welt zu erstrecken. Dafür kommen die anderen Freiheiten der amerikanischen Demokratie im Atomzeitalter offensichtlich zu kurz.

Wie „Collier's“ berichtet, hat die Atomkontrollkommission vom Kongreß den Auftrag erhalten, die Kontrolle über die Verbreitung wissenschaftlicher und technischer Informationen zu verschärfen. Die jetzigen Kontrollregeln sind bedeutend strenger, als die vom Army's Manhattan Engineer District* aufgestellten es waren. Wie in der Senatskommission erklärt wurde, wird selbst die Herausgabe des Buches „Atomenergie für militärische Zwecke“ von H. D. Smyth jetzt in führenden USA-Kreisen als ein unverzeihlicher Fehler angesehen, obwohl dieses Buch auf unmittelbare Anweisung von General Groves veröffentlicht worden war.

Der Kongreß hat der Atomkontrollkommission verboten, Personen einzustellen, die nicht vom Föderalbüro für Untersuchungen (Federal Bureau of Investigation — Geheimpolizei) speziell beobachtet worden sind. Diese Regel soll sich auch auf alle anderen Organisationen erstrecken, die kontraktmäßig für die Kommission arbeiten. Selbst „Collier's“, eine Zeitschrift, der progressives Denken recht fernliegt, vergleicht diese Beobachtung mit den „Maßnahmen der berüchtigten japanischen Gedankenkontrollpolizei“.

Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß die Gelehrten, die für den Manhattan District arbeiteten, ihren Schülern nicht die erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen vermitteln dürfen, was zweifellos nicht gerade zur Entwicklung der Wissenschaft in den USA beiträgt. Überhaupt sind die Beschränkungen, die jetzt den Gelehrten auferlegt werden, so lästig, daß ein

bekannter amerikanischer Physiker kürzlich erklärt hat:

„Viele von uns finden, wir leben jetzt in einer Art geistigen Konzentrationslagers.“

Wie das alles in der Praxis aussieht, geht klar und deutlich aus den in der amerikanischen Presse veröffentlichten Berichten über die Sitzungen des Senats und der Sonderkommission des Kongresses hervor, in denen die von Präsident Truman eingesetzten Mitglieder der Atomkontrollkommission bestätigt wurden. Einige Monate lang wurde Lilienthal, der Vorsitzende der Kommission, der jahrelang ein staatliches Kraftkombinat — das sogenannte Tennesseeal-Amt (Tennessee Valley Authority) — geleitet hatte und seinerzeit als Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt galt, einem hochnotpeinlichen Verhör unterworfen. McKellar, Senator vom Staate Tennessee, sowie eine Reihe anderer Senatoren, die die Interessen der Elektrizitätsmonopole vertreten und schon lange das Tennesseeal-Amt bekämpfen, gingen in den Debatten über die Elektrizitätstarife fast so weit, Lilienthal als „Agenten Moskaus“ hinzustellen. Man nahm es ihm übel, daß seine Eltern aus der Tschechoslowakei stammen, man beschuldigte ihn, er habe keine genügende Hochachtung für die Armee der USA, habe im Tennesseeal-Amt eine „kommunistische Zelle“ geduldet, und diese „Zelle“ habe sogar die Vorführung „kommunistischer Filme“ veranstaltet. Wie sich herausstellte, meinte man den französischen Film „Schuld und Sühne“ nach dem Roman von Dostojewski und einen Film über das Leben in den Kollektivwirtschaften der Sowjetunion.

In einer Rede erklärte McKellar:

„Ich bete zu Gott, daß wir nie ein internationales Abkommen über die Atomkontrolle haben sollen.“

Viele in der Senatskommission gehaltene Reden stellen durch ihren reaktionären Obskuratorismus die Reden Goebbels' und Streichers in den Schatten.

Charakteristisch für das Kulturniveau des ehrenwerten Herrn Senators ist folgende Episode, die in der Zeitschrift einer amerikanischen Chemiegesellschaft erzählt wurde. Während des Verhörs von Lilienthal stellte McKellar drohend die Frage, wie jener sich entschließen konnte, die Ernennung zum Leiter der gesamten Atomenergieentwicklung in den USA anzunehmen und General Groves' Absetzung zuzustimmen, der ja „die Atomenergie entdeckt“ habe. Als eingewandt wurde, nicht General Groves sei der Entdecker gewesen, sondern Gelehrte der Physik hätten sie erschlossen, da behauptete McKellar, offenbar, um die Verdienste dieser Physiker

* Deckbezeichnung für eine Sondersetzung, die im Kriegsdepartement eingerichtet wurde, um an der Schaffung der Atombombe zu arbeiten.

herabzusetzen, schon Alexander der Große habe... „seinen mazedonischen Wissenschaftlern befohlen, die Spaltung des Atoms zu versuchen“.

Die ehrbare Chemiezeitschrift weiß bei dieser Gelegenheit wenig Schmeichelhaftes über das Kulturniveau einiger Staatsmänner der USA zu sagen. Sie muß darüber wohl ganz genau Bescheid wissen.

Der Verfasser des im „Collier's“ erschienenen Artikels erzählt weiter:

„Ein Reporter, der den Angriffen Senator McKelars gegen David E. Lilienthal zuhörte..., blickte zuerst den bejahrten Senator von Tennessee, dann Lilienthal an und sagte: ‚Vom Neandertaler zum Atomzeit-alter!‘.“

„Collier's“ berichtet übrigens nicht, daß Lilienthal zwar schließlich doch als Vorsitzender der Kommission für Atomenergiekontrolle bestätigt wurde, daß aber in den USA auf dem Gebiet der Atomenergie die Politik der heutigen Neandertaler triumphiert, die die Steinaxt gegen die Atom-bombe vertauscht haben.

* * *

Robert de Vore beleuchtet in seinem Artikel das Problem der Atomkontrolle auch vom internationalen Standpunkt. Er schreibt:

„Dieselben Befürchtungen, die den Kongreß veranlaßt haben, das Atomgesetz für Amerika zu schreiben, veranlaßten auch die amerikanischen Diplomaten in Lake Success zu dem Versuch, es für die Welt zu schreiben. Und das Muster der Kontrolle, für das sie kämpften, war in beiden Fällen fast identisch. Statt einer Atomenergiekommission für das eigene Land wollten sie eine internationale Atomentwicklungsbehörde. Die Männer, die diese Behörde bilden, würden Vollmachten besitzen, die denen der USA-Kommission sehr ähnlich sind.“

De Vore gibt also zu, daß mit dem „Baruch-Plan“ und den anderen Vorschlägen der USA zur Atomkontrolle keineswegs beabsichtigt war, ihre Verwertung für militärische Zwecke einzustellen und ihre Entwicklung zu friedlichen Zwecken zu fördern, sondern, im Gegenteil, die Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke in jeder Hinsicht zu hemmen („damit nur ja die Aktien nicht entwertet werden“), und sie auch weiter militärischen Zwecken dienstbar zu machen. Er schreibt:

„Das vorgeschlagene Limit, wieviel Atombetriebe eine Nation bauen darf, sollte ein annäherndes Gleichgewicht zwischen den Nationen der Welt bezüglich der für militärische Zwecke verwertbaren Atomenergie herstellen.“

Wie sich die amerikanischen Atomdiplomaten dieses „Gleichgewicht“ vorstellen, zeigt die Wiedergabe der wichtigsten Vorschläge der Sowjet-delegation zur internationalen Atomkontrolle.

Der Verfasser hält eine Verständigung in den meisten dieser Punkte für möglich und schreibt:

„Die Sowjetunion besteht aber noch immer auf der Vernichtung der Atomwaffenbestände als wesentlichen Bestandteils einer Konvention, die unverzüglich ausgearbeitet werden soll, um die Herstellung und Anwendung der Atomwaffe zu verbieten. In dieser letzterwähnten Frage sind sich die Sowjetunion und die USA so wenig nähergekommen wie nur je, und es sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß einer der beiden Parteien nachzugeben bereit wäre... Es liegt kein Zweifel über den Standpunkt der Amerikaner vor. Sie werden nie darauf eingehen, daß jemand über unsere Atombombenbestände verfügt, solange keine wirksame internationale Kontrolle in Kraft getreten ist.“

Der größeren Klarheit halber schließt der Verfasser seinen Artikel mit der Erklärung, von einem internationalen Atomkontrollabkommen könne keine Rede sein, solange die strittigen Probleme bezüglich Deutschlands, Österreichs, Griechenlands, der Türkei und Koreas nicht erledigt sind. Mit anderen Worten, die Atombombe soll den amerikanischen Imperialisten zu erpresserischen Zwecken dienen.

Der Artikel war im „Collier's“ erschienen, bevor A. A. Gromyko auf dem Festessen anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums des Amerikanisch-Russischen Instituts seine Rede gehalten hatte. Diese Rede wurde in der USA-Presse lebhaft erörtert. Viele diesbezügliche Äußerungen lassen die angedeuteten Tendenzen noch plastischer hervortreten.

So behauptet z. B. Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“, A. A. Gromyko habe in seiner Rede versucht, die öffentliche Meinung der Welt mit „unfairen“ Methoden gegen die Vorschläge der USA zur internationalen Atomkontrolle aufzubringen. Diese Rede, so schreibt Lippmann, „sollte unser Land vor ein Dilemma stellen“. Die Sowjetregierung schlägt vor, unverzüglich ein Abkommen zu treffen, das die Herstellung, den Besitz und die Verwertung der Atomwaffe verbietet. Nähmen die USA einen derartigen Vorschlag an, so schreibt Lippmann, dann verzichteten sie auf eine Waffe, die die USA vor den anderen Ländern voraushaben, wodurch die Sowjetarmee in Europa und Asien das entscheidende Übergewicht bekäme. Und er fährt fort:

„Wenn wir uns nicht darauf einlassen, diese schrecklichen Waffen zu verbieten, ... dann können wir beschuldigt werden, uns selbstsüchtig und grausam an das Monopol auf eine Waffe zu klammern, mit der alle friedliebenden Völker in Massen vernichtet werden können. Wir hätten also, Gromykos Argument zufolge, zu wählen, ob wir Dummköpfe oder Schurken sein wollen, ob wir uns damit einverstanden erklären, daß einerseits die Rote Armee als unbesiegbare, unüberwindliche Kraft die Ziele der Sowjetunion unterstützt, und daß andererseits wir selbst eine grausame, unmenschliche Macht sein wollen, die die Menschheit zu terrorisieren und zu beherrschen beabsichtigt.“

Die Lage ist allerdings heikel. Im weiteren gibt Lippmann unzweideutig zu verstehen, daß er sich in diesem Dilemma für das letztere entscheidet, sucht aber seine Wahl durch die Behauptung zu bemänteln, die Weigerung der USA, die Atomwaffe zu verbieten, sei „vernünftig, zivilisiert und für uns unbedingt notwendig“.

Auf die Rede A. A. Gromykos, der hier nochmals die Notwendigkeit nachwies, unverzüglich eine Konvention über das Verbot der Atomwaffe und aller anderen Mittel zur Vernichtung friedlicher Bevölkerungsmassen abzuschließen, bemühen sich also Lippmann und der größte Teil der USA-Presse erneut, die öffentliche Meinung vom Kernpunkt der Frage abzulenken. Wortspiele mit dem Dilemma „Dummköpfe oder Schurken“ bemänteln nur die schon früher angewandten Methoden der Atomerpressung.

Was aber die Aussichten auf eine friedliche Verwendung der Atomenergie betrifft, so haben dieser Teil der USA-Presse und die sich in ihrem Fahrwasser bewegende englische Presse entschieden ihren Ton geändert. Entwarf man früher die überschwenglichsten Zukunftsbilder, so sucht man heute dem Leser aus der Masse einen Schreck einzujagen.

So sucht z. B. die Zeitschrift „Liberty“ in einem langen pseudowissenschaftlichen Artikel nachzuweisen, daß eine umfangreiche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke die Menschheit mit Entartung bedrohe. Die Einwirkung erhöhter Radioaktivität der Atmosphäre auf die Gene (Erblichkeitfaktoren) werde angeblich zu Unfruchtbarkeit führen oder Kretins und Mißgebürtigen zeitigen, deren Zahl in den USA auch jetzt schon bedrohlich zunehme.

Der Verfasser stützt sich hauptsächlich auf die Ergebnisse von Experimenten mit Fliegen, die während der Atombombenexperimente auf Bikini durchgeführt wurden. Die Fliegen gaben unter Einwirkung der Radioaktivität in den nächsten Generationen viele mißgestaltete Exemplare. Das Ergebnis dieses Fliegenexperiments überträgt man nun auf die Menschen und behauptet, daß selbst ohne Atombombe die weitgehende Verwendung der Atomenergie zum Verschwinden der Menschen von der Erde führen könne. In seinen Schlußfolgerungen warnt der Verfasser, nicht mit dem Feuer zu spielen, und fordert auf, die Verwendung der Atomenergie in größerem Umfange zu verbieten.

Diese Schlußfolgerung wird in allen Tonarten von vielen anderen amerikanischen und englischen Zeitungen wiederholt und noch weiter ausgesponnen. Sie erklären, es sei besser, auf 20 Jahre hinaus die industrielle Verwertung der Atomenergie zu verbieten, damit man nicht eines Tages

vor den Folgen ihrer unkontrollierten Verwertung stehe. „Manchester Guardian“ schreibt z. B.:

„Der Plan Lilienthal basiert auf der Annahme, die Nationen der Welt seien heute nicht so weit, daß man ihnen unkontrollierte Atomenergiewerke anvertrauen kann.“

Zur Zeit, als sich die Wirtschaftskrise von 1929—1933 am meisten zugespitzt hatte, gehörte es in der amerikanischen Presse zum guten Ton, zu schreiben: „Nieder mit der Elektrizität“, „Legt dem technischen Fortschritt Zügel an“. Man schlug damals vor, den wissenschaftlichen Forschern einen langjährigen „Urlaub“ zu geben und ein „Moratorium“ für technische Erfindungen und Entdeckungen zu verkünden. Es fanden sich auch Philosophen, Soziologen und Volkswirtschaftler, die sich nicht genierten, vom „Bankrott“ der Wissenschaft und Technik zu faseln und sie für alles Unheil, das je über die Menschheit hereinbrach, verantwortlich zu machen.

Solche Äußerungen wildesten Dunkelmännertums blieben nicht auf „theoretische“ Kniebeugen beschränkt. In einer Reihe amerikanischer Staaten kamen damals Gesetze durch, die die Einführung neuer technologischer Prozesse in den verschiedenen Industriezweigen einschränkten und selbst verboten. Einzelne Stadtverwaltungen suchten sogar die berüchtigten „Pläne von Hacke und Spaten“ in die Praxis umzusetzen, um die Einführung von Maschinen für schwere Erdarbeiten, besonders für Notstandsarbeiten für Erwerbslose, zu verhindern.

Die neue Wirtschaftskrise in den USA hat noch nicht eingesetzt. Aber wieder tauchen, als seien es Vorboten einer Krise, in der amerikanischen Presse Äußerungen über „den Bankrott der Wissenschaft“, natürlich in neuer Fassung, auf. Man schlägt hier und da vor, die friedliche Verwertung der Atomenergie und anderer wissenschaftlicher Entdeckungen zu „verbieten“, da die „Menschheit noch nicht so weit“ sei, daß man „den Nationen der Welt diese Entdeckungen anvertrauen“ könnte.

Die modernen Neandertaler, die Höhlenmenschen aller Art und Benennung, sind im eigenen Interesse nicht abgeneigt, sich der Atombombe und anderer Waffen zur Vernichtung von Menschenmassen zu bedienen. Gleichzeitig aber fürchten sie die friedliche Verwertung der Atomenergie, sie haben Angst vor der stürmischen Entwicklung der Wissenschaft und Technik.

Die Erfahrungen der Menschheit beweisen aber mit aller Überzeugungskraft, daß es unmöglich ist, die Entwicklung der Wissenschaft einzudämmen. Selbst die amerikanischen Reaktionäre werden sich früher oder später überzeugen müssen, daß sie nicht imstande sind, den Fortschritt der Menschheit aufzuhalten.

Internationale Umschau

(Notizen)

EINE LÖSUNGSREIFE AUFGABE

In Deutschland haben in letzter Zeit mehrere interzonale Gewerkschaftskonferenzen stattgefunden. In der Einberufung dieser Konferenzen kam das Bestreben der Arbeiterklasse, sich im gesamtdeutschen Maßstab zusammenzuschließen, zum Ausdruck. Die Gewerkschaftsbewegung empfindet die Grenzen der Zonen als zu eng, sie nimmt immer häufiger gesamtdeutsche Charakter an und tritt als Initiator der Vereinigung der demokratischen Kräfte des Landes auf.

Anfang Mai fand in dem zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden Garmisch-Partenkirchen die 4. interzonale Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands statt, auf der die Gewerkschaften aller vier Zonen sowie Berlins, die insgesamt mehr als 7 Millionen Personen vereinigen, vertreten waren. Schon allein diese Ziffer spricht Bände, wenn man bedenkt, daß die deutschen Gewerkschaften 1933, vor ihrer Zerschlagung durch Hitler, 8 Millionen Mitglieder zählten. Die Gewerkschaften entwickeln sich rasch weiter. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist ihre Mitgliederzahl um 1 Million gestiegen.

Die 4. interzonale Konferenz, die nach der Moskauer Außenministerberatung zusammentrat, beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der Demokratisierung Deutschlands. In einer von der Konferenz beschlossenen Resolution wird erklärt, die Konferenz sei „sich der großen Verantwortung der Gewerkschaften für eine stabile demokratische Entwicklung in Deutschland bewußt“. Gleichzeitig wird bemerkt, die Konferenz anerkenne „die Verpflichtung zur weitestmöglichen Wiedergutmachung der durch den nazistischen Krieg anderen Völkern zugefügten Schäden“. Dieser Beschuß ist die Antwort der Werktätigen Deutschlands an diejenigen, die sich den berechtigten Wiedergutmachungsforderungen der demokratischen Länder widersetzen.

Die Werktätigen Deutschlands sind bestrebt, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes zu wege zu bringen. Dieser Frage waren das Referat Hans Jendretzkys, des Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Ostzone, und die Referate Schleichers und Richters, die die Gewerkschaften der amerikanischen Zone

vertraten, gewidmet. Die Beschlüsse der Konferenz bilden ein wichtiges wirtschaftspolitisches Programm, das die Gewerkschaften vertreten und durchführen werden. Seine Hauptpunkte betreffen die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, die Einführung eines Planwirtschaftssystems, die Steigerung der Industrieproduktion im Rahmen der von den alliierten Behörden festgesetzten Normen, die Entwicklung des Außenhandels, die Durchführung der Bodenreform, die Einführung systematischer Kontrolle und Regelung der Lebensmittelversorgung und die Liquidierung der Monopole.

Diesen Beschlüssen hat sich die 2. interzonale Konferenz der Hüttenarbeiter, die vom 28. bis 31. Mai in Halle abgehalten wurde, einstimmig angeschlossen. Die Konferenz, die 600 000 organisierte Bergarbeiter vertrat, sprach sich gegen die geplante Zerstückelung Deutschlands aus. In der Resolution heißt es:

„Die deutschen Bergarbeiter fühlen sich mit allen Werktätigen Deutschlands verbunden, die — um einen dauerhaften Frieden zu sichern — ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland anstreben.“

Die Konferenz in Halle bezeichnete es als notwendig und zeitgemäß, eine einheitliche Zentrale der deutschen Gewerkschaften zu schaffen. Sie hat Arbeitsausschüsse eingesetzt, die die Vereinigung der Bergarbeiterverbände vorbereiten sollen.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und Halle haben unter den Werktätigen Deutschlands lebhaften Widerhall gefunden. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind die natürliche Avantgarde der Kräfte, die für die Beseitigung der Überbleibsel des Faschismus und für eine demokratische Neuordnung des Landes kämpfen. Den deutschen Gewerkschaften fällt bei der Schaffung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands eine große Rolle zu. Darin liegt ihre Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung.

VORSCHUBLISTUNG FÜR FASCHISTISCHE VERBRECHER

Anfang Mai tauchte in den Wiener Zeitungskiosken eine neue Zeitung unter dem Titel „Der Aufbruch“ auf, deren Redaktion sich in Salz-

burg (amerikanische Zone) befand, während sie in Klagenfurt (englische Zone) gedruckt wurde. Der Inhalt der Zeitung ließ keinen Zweifel über ihre politische Richtung aufkommen — alle Artikel waren im Geiste von Goebbels gehalten. Die Zeitung fühlte sich so sicher, daß sie die Aufhebung aller antinazistischen Gesetze verlangte. Hauptschriftleiter des „Aufbruch“ war ein gewisser Zuzan, der seit 1932 der Hitlerjugend angehörte, im Jahre 1937 als Angehöriger der faschistischen „Legion Kondor“ an der Hitlerintervention in Spanien teilnahm und sich in den Jahren 1938 und 1939 als Student der Wiener Universität mit der Propagierung der Rassentheorie befaßt hat.

Faschistische Propaganda ist in Österreich verboten, die Besatzungsbehörden sind berufen, über die Einhaltung dieses Verbots zu wachen. Frühere Nazis haben kein Recht, Zeitungen herauszugeben. Überhaupt bedarf es für die Herausgabe einer Zeitung einer Lizenz der Behörden. Man fragte sich natürlich, wie das faschistische Blatt erscheinen konnte.

Bald stellte sich heraus, daß die faschistische Zeitung in der Druckerei der englischen Besatzungsbehörden in Klagenfurt gedruckt und von ihnen mit Papier beliefert wurde. Die Empörung der demokratischen Öffentlichkeit Österreichs über diesen Skandal war so groß, daß die Zeitung zu guter Letzt verboten wurde. Dennoch hat sie fast einen Monat lang den Faschismus propagieren können!

Das österreichische Innenministerium hat zu dieser Angelegenheit eine nicht sehr einleuchtende Erklärung abgegeben, in der versprochen wurde, Zuzan gerichtlich belangen zu wollen. Dieses Versprechen wurde ebenso wie überhaupt alle guten Absichten des Ministeriums hinsichtlich der Denazifizierung von der demokratischen Öffentlichkeit Österreichs skeptisch aufgenommen. Schon im März d. J. gab der gleiche Innenminister Helmer ebensolche Versicherungen ab, als in der amerikanischen Zone eine illegale Naziorganisation ausgehoben wurde, die sich mit Schleichhandel befaßte und auf diese Weise die faschistische Wühlarbeit finanzierte. Drei Monate sind vergangen, aber von einem Gerichtsverfahren gegen diese Bande verlautet kein Sterbenswörtchen...

Die Straflosigkeit stachelt die faschistischen Verbrecher noch mehr an. Die „Österreichische Zeitung“ vom 29. Mai meldet folgende Tatsäché. In der englischen Besatzungszone, in der Gegend der Stadt St. Veit, liegt ein großer englischer Artilleriepark. Den Antransport von Munition haben die englischen Befehlsstellen kriegsgefangenen deutschen Chauffeuren und Verladern anvertraut. In diesen Tagen sind zwei

Lastkraftwagen mit Munition samt den deutschen Chauffeuren und Verladern verschwunden.

Die verhafteten Rädelsführer der Nazis fliehen einer nach dem anderen aus den Gefängnissen. Unter den Entflohenen befinden sich solche „kapitalen Böcke“ wie Uiberreither, der frühere Gauleiter von Steiermark, und Richter, der hitlerfaschistische Vizebürgermeister von Wien.

Derweilen alles das geschieht, verbreiten Bundeskanzler Figl, Außenminister Gruber, der Salzburger Erzbischof Rohracher und viele andere Amtspersonen in aller Welt die Version, in Österreich gebe es keine Nazigefahr und die Denazifizierung des Landes sei „im wesentlichen“ beendet...

ZUR LAGE IN BIRMA

Englands Bestreben, seine Herrschaft über Birma aufrechtzuerhalten, ruft unter den Volksmassen des Landes tiegripende Unzufriedenheit hervor. Diese Unzufriedenheit wurde nicht geringer nach den am 9. April in Birma durchgeführten Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, die von der sogenannten Antifaschistischen Liga organisiert wurden. Es ist den englischen Behörden gelungen, die Führung dieser Liga mit Hilfe ihres Leiters, Aung San, in ihr Werkzeug zu verwandeln.

Die Anwesenheit einer starken englischen Armee im Lande und das von Aung San aufgerichtete Terrorregime machen freie Wahlen unmöglich. Aus diesem Grunde haben viele soziale Organisationen Birmas die Wahlen boykottiert. So gelang es der von Aung San gefingerten Liga, in der Konstituierenden Versammlung fast alle Plätze zu besetzen.

Am Wahltage wurde die Lage von der „Yorkshire Post“ wie folgt charakterisiert:

„Unter den jetzt in Birma bestehenden Verhältnissen wäre der bloße Gedanke an Wahlen, wie sie heute in Birma stattfinden sollen, eine Farce, wenn er nicht eine Tragödie wäre. Eine konstituierende Versammlung, die von der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga vollgepackt werden wird, kann einem Lande heißer politischer Leidenschaften und eingefleischter Bereitschaft zur Gewaltanwendung schwerlich den Frieden bringen.“

Das schrieb eine englische konservative Zeitung, die über das Anwachsen der Massenbefreiungsbewegung in Birma beunruhigt ist. Trotzdem bemühen sich die offiziellen Kreise Londons, die Sache so hinzustellen, als ob in Birma alles aufs beste bestellt sei. Lord Listowel, der Sekretär für Birma und Indien, hat im Parlament erklärt, die Zusammensetzung der konstituierenden Versammlung Birmas sei „ein gutes Vorzeichen für die Zukunft“.

Dieser Optimismus war, wie sich bald zeigen sollte, verfrüht. Die Atmosphäre in Birma hat sich in keiner Weise entladen. Die Leiter der Antifaschistischen Liga und die Regierung denken gar nicht daran, zu verlangen, daß dem Lande die versprochene Unabhängigkeit eingeräumt wird. Der Informationsminister der Provisorischen Regierung Birmas hat die Meldung, wonach die erste Aufgabe der Konstituierenden Versammlung darin bestehen werde, das Land für einen unabhängigen, souveränen Staat zu erklären, rundheraus als absolut phantastisch bezeichnet. Ganz augenscheinlicherweise stellt man sich ganz andere Aufgaben. Vor allem geht es um die Unterdrückung der demokratischen Bewegung im Lande und die Entfernung aller, die die wahre Unabhängigkeit Birmas fordern, von der politischen Arena.

Eine solche Politik bringt Aung San in Konflikt mit den Volksmassen. Mehrere Gebiete des Landes sind von Aufständen erfaßt. Wie der Ranguner Reuterkorrespondent meldet, hat sich die Regierung gezwungen gesehen, mehrere Gebiete Südwestbirmas zu räumen. Partisanen kontrollieren bedeutende Territorien. An einigen Stellen hat die aufständische Bevölkerung ihre eigenen Machtorgane geschaffen.

Die britischen Behörden haben englische und indische Truppen ausgesandt, um mit den Partisanen Abrechnung zu halten. Aber ein drei Monate langer Krieg in den Dschungeln hat den englischen Offizieren keine Siegeslorbeeren gebracht. Die Reuteragentur hat vorderhand einmal mitgeteilt, die Kampagne in Zentralbirma sei „wegen Eintritts der Regenzeit“ eingestellt worden.

Unter dem Druck der Unzufriedenheit des Volkes hat Aung San eine demagogische Geste getan und einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, worin erklärt wird, in Birma müsse die „unabhängige, souveräne Republik“ ausgerufen werden.

Die demokratische Öffentlichkeit hat diese neue Deklaration sehr skeptisch aufgenommen. Man weiß, was solche Erklärungen wert sind. Der „Manchester Guardian“ gibt offen zu verstehen, die deklarierte Unabhängigkeit Birmas sei als ein politischer Kniff aufzufassen. Das Blatt erklärt:

„Wenn die Birmanesen nicht den Namen der Unabhängigkeit für sich reklamierten, so würden sie gewiß die Substanz davon durchzusetzen trachten.“

Nichts anderes als den „Namen der Unabhängigkeit“ will Aung San im Auftrage der englischen Behörden dem birmanischen Volk aufdrängen. Das Volk aber wünscht, verlangt und

erstrebt gerade die Substanz der Unabhängigkeit, d. h. die volle Befreiung von der englischen Kolonialherrschaft.

SKLAVENMARKT IN KANADA

Meldungen aus Ottawa zufolge ist in dem kanadischen Import aus Europa kürzlich ein neuer Artikel aufgetaucht. Es werden weiße Sklaven eingeführt, die in der Forstwirtschaft und in Industriebetrieben arbeiten müssen.

Den Anfang gemacht hat mit diesem einträglichen Gewerbezweig der kanadischen Kapitalisten der bekannte Fabrikant Dionné, ein liberales Mitglied des kanadischen Parlaments. Ende Mai trafen in seiner Textilfabrik die ersten 100 polnischen, ukrainischen, tschechischen und baltischen Sklavinnen aus Deutschland ein. Da wir im 20. Jahrhundert leben, überquerten die unglücklichen Mädchen den Ozean nicht in dem engen Laderaum einer Sklavenbrigg. Der liberale kanadische Sklavenhändler brachte die Sache auf das Niveau der modernen Technik: er verhinderte seine Opfer in Frankfurt am Main auf Flugzeuge und brachte sie auf dem Luftweg nach Kanada. Das ist aber auch alles, worin sich die Sitten des 20. von denen, sagen wir, des 18. Jahrhunderts unterscheiden. In allen übrigen Beziehungen erwies sich Dionné als würdiger Schüler der Piraten und Sklavenhändler, die seinerzeit schwarzes Elfenbein auf die Baumwollfelder der Pflanzer in den Südstaaten der USA brachten.

Schon in Deutschland zwang man die jungen Mädchen, einen Kontrakt zu unterzeichnen, dessen Bestimmungen offene Knechtschaftsverhältnisse zugrunde liegen. Die Unterzeichner sind vertraglich verpflichtet, zwei Jahre lang gegen die niedrigste Entlohnung, die nicht einmal für eine normale Ernährung ausreicht, für ihren Herrn zu arbeiten. Bis zum Ablauf dieser Frist müssen sie die Transportkosten (300 Dollar) vergüten und die Kleiderkosten zurückstatten. Außerdem dürfen die jungen Mädchen zwei Jahre lang nicht heiraten!

Das skandalöse Vorgehen des kanadischen Parlamentariers und Fabrikanten Dionné ist in einer für ihn unerwünschten Weise ruchbar geworden. Von allen Seiten des Landes hagelte es Proteste politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, die die Regierung scharf dafür verurteilten, daß sie es den Unternehmern gestattet, in Verletzung der Bestimmungen der Arbeitsgesetzgebung billige Arbeitskräfte zu importieren. Tim Buck, der Führer der Progressiven Arbeitspartei, hat erklärt, die Arbeitsbedingungen der jungen Polinnen in Dionnés Textilfabrik seien legalisierte Sklaverie. Byarnoson, der stellvertretende Vorsit-

zende der Textilarbeitergewerkschaft, hat ebenfalls entschieden gegen die Anwerbung weißer Sklaven in Europa protestiert.

Am 2. Juni kam die Frage im kanadischen Parlament zur Sprache. Es wurden nicht wenige scharfe Worte an die Adresse Dionnés und der Regierung gerichtet. Aber der Sklavenhalter fand starke Befürworter an den kanadischen Ministern Louis St.-Laurent, Humphrey Mitchell und Allison Glen. Sie operierten mit dem einzigen Argument, die jungen Polinnen würden es in Kanada besser haben als in Deutschland.

Allem Anschein nach schicken sich die kanadischen Kapitalisten dazu an, jeden erdenklichen Vorteil aus der schweren Lage zu ziehen, in die die versetzten Personen in Westdeutschland durch Verschulden der englischen, amerikani-

schen und französischen Besetzungsbehörden, die ihre Rückkehr in die Heimat behindern, geraten sind. Zeitungsmeldungen zufolge bereitet die kanadische Regierung eine besondere Verordnung vor, die die Einfuhr von 23 000 versetzten Personen, hauptsächlich aus Polen und den baltischen Sowjetrepubliken, gestattet. In nächster Zeit werden 1400 Personen zu Forstarbeiten nach der Provinz Ontario geschickt werden. Zweitausend junge Frauen werden in Europa als Dienstboten angeworben werden.

Mit einem Wort, im demokratischen Kanada blüht der Sklavenmarkt.

Alles das zeigt, wohin die Politik in Wirklichkeit tendiert, die die Vertreter Englands und der USA in der Frage des Schicksals der versetzten Personen betreiben.

Das kulturelle Leben im heutigen Polen

S. MARCHLEWSKA

EIN REISENDER, der die Ruinen Warschaus besichtigt, fragt sich verwundert, ob aus diesem Trümmerfeld wohl je wieder neues Leben erstehen könne. Sieht er aber genauer hin, so entdeckt er zwischen den schwarz verkohlten Dachstühlen, zwischen den grauen Blöcken der Häuserruinen wie Blüten eingestreut die roten Dächer instand gesetzter Häuser.

Im Frühling gibt es in Warschau außerordentlich viel Blumen. Fast an jeder Straßenkreuzung werden sie feilgeboten. Wer mögen wohl die Käufer sein? Es sind die Bewohner der Ruinen. Diese Berge von Flieder, Narzissen, Tulpen und Rosen sind ein Symbol der Lebensenergie der Menschen, die das hartgeprüfte Polen zu neuem Leben erwecken. Inmitten von Ruinen und Blumen bauen sie Wohnhäuser, Fabriken, Kraftwerke. Auch die polnische Kultur, die Schulen, Institute, Universitäten und Akademien erleben ihre Auferstehung.

* * *

Die Hitlerfaschisten scheuten keine Mühe, die polnische Wissenschaft zu vernichten. Polnische Gelehrte aber setzten auch während der Okkupation ihre Arbeit fort und haben es vermocht, insgeheim eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten druckfertig zu machen.

In diesem Jahr feiert die polnische Akademie der Wissenschaften in Kraków ihr 75jähriges Jubiläum. Sie hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. So gibt sie eine „Polnische Enzyklopädie“, eine „Polnische Bibliographie“ und ein „Bibliographisches Handbuch“ heraus. Ein sechsbandiges „Wörterbuch polnischer Mundarten“ ist bereits erschienen. Die philologische Abteilung hat „Materialien und Arbeiten der Sprachkommission“ herausgebracht, ferner 13 Bände eines „Jahrbuches für die Erforschung des Slawentums“ sowie über 20 Bände einer populären Schrift „Die polnische Sprache“. Ferner erhielt die Leserwelt eine „Bibliothek polnischer Schriftsteller“ und ein „Geschichtliches Archiv für Literatur und Aufklärung“. Auf ethnographischem Gebiet sind erwähnenswert zwei Bände „Volkskultur der Slawen“ von Prof. Kamoszynski und „Das Volk, seine Sitten und Gebräuche“ von Oskar Kolberg. Erschienen sind auch die gesammelten Werke der ältesten humanistischen Dichter.

Im vorigen Jahr wurde eine Reihe historischer Arbeiten veröffentlicht, darunter eine Schrift der Historischen Kommission: „Bericht des Ibrahim Ibn Jakub von seiner Reise in die slawischen Länder“ mit einem Vorwort von Prof. Tadeusz Kowalski. Tadeusz Lehr-Splawiński gab ein Buch

heraus, betitelt „Über den Ursprung und die Urheimat der Slawen“. Das Interesse für die Erforschung slawischer Probleme ist für die Wissenschaft des heutigen Polens charakteristisch.

Die polnische Akademie der Wissenschaften besitzt Zweigstellen in Paris und Rom. Ihre Bibliothek besteht aus 190 000 Bänden, 200 Manuskripten und etwa 1500 Frühdrucken (aus der Zeit vor 1600).

Der Sachschaden, der der polnischen Kultur durch den Überfall der deutschen Faschisten zugefügt worden ist, wird auf 4 700 000 000 Złoty (zum Vorkriegskurs) geschätzt. Die polnischen Bibliotheken verloren etwa 15 Millionen Bände. Die Verluste der Museen belaufen sich auf über 450 Millionen Złoty, die der Theater — die zerstörten Theaterbauten nicht gerechnet — auf 92 Millionen Złoty.

Die Nazibarbaren schlossen fast alle polnischen Lehranstalten. Die Regierung der polnischen Republik hat im Wiederaufbau des Volksbildungswesens Außerordentliches geleistet. Ein ganzes Netz von Schulen wurde geschaffen, allein in den Westgebieten 4000 Grundschulen mit rund 10 000 Lehrern und 420 000 Schülern, 177 Mittelschulen mit 27 000 Schülern sowie 50 pädagogische Lyzeen und Seminare, in denen die zukünftigen Lehrer ausgebildet werden. Die Fortbildungsschulen für Erwachsene werden von 20 000 Hörern besucht. Der Staatshaushalt, der vom Sejm angenommen wurde, reserviert für Volksbildungszwecke über 18 Millionen Złoty.

Außer an der bekannten Jagellonen-Universität in Kraków wurde der Lehrbetrieb an den Universitäten Wrocław und Toruń aufgenommen. In Warschau und Gdańsk bestehen polytechnische Institute. Im Jahre 1945 wurde die Medizinische Akademie eröffnet. Eine Reihe neuer Institute wurde gegründet, so z. B. das Staatliche Marineinstitut und die Außenhandelsakademie in Gdynia, das Institut für die Erforschung des Slawentums in Puck, das Westinstitut in Poznań, das die Geschichte der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland erforscht. Dieses Institut hat einige interessante Forschungsarbeiten veröffentlicht, so z. B. „Polen unter deutschem Recht“ von K. Pospieszalski, „Die Okkupation Polens durch die Deutschen im Lichte des Völkerrechts“ von A. Klawkowski und einen „Atlas geographischer Bezeichnungen der slawischen Westgebiete“ von S. Kozierowski. In Katowice wurde ein Schlesien-Institut gegründet, das die Geschichte und Völkerkunde Schlesiens erforscht.

In kultureller Beziehung hat die Gesellschaft der Arbeiter-Universitäten (TUR) sehr viel geleistet, sie schuf im ganzen Lande Fortbildungs-

schulen, in denen Erwachsene ihre Allgemeinbildung vervollkommen können.

In allen Städten werden die von den deutschen Faschisten geplünderten Bibliotheken vervollständigt. In den Polen wiederangegliederten Gebieten wurden 800 Bibliotheken, davon 323 in den Dörfern, eröffnet. Eine lebhafte Tätigkeit entfalten die Gesellschaft für Medizin und die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft. Die Öffentlichkeit Polens zeigt wachsendes Interesse für Fragen der slawischen Kultur im weitesten Sinne, was schon daraus zu entnehmen ist, daß die Zahl der Zweigstellen der Gesellschaften für polnisch-sowjetische, polnisch-tschechische und polnisch-jugoslawische Freundschaft in stetem Zunehmen begriffen ist.

* * *

Die Warschauer Universität, deren Gebäude stark beschädigt ist, entfaltet, trotz der schweren Verluste an Menschen und wissenschaftlichen Materialien, eine äußerst intensive Tätigkeit. Neue Fakultäten werden eröffnet, neue Laboratorien eingerichtet.

Die Universität hat eine Fakultät für die Erforschung des Slawentums, die in drei Abteilungen — für slawische Literatur, für slawische Sprachen und für Völkerkunde der slawischen Länder — qualifizierte Erforscher des Slawentums heranbildet.

Der Raum, in dem die Vorlesungen gehalten und die sonstigen Arbeiten dieser Fakultät durchgeführt werden, ist für Warschauer Verhältnisse äußerst charakteristisch. Die Einrichtung ist zusammengewürfelt, Schränke, Tische und Bänke passen nicht zusammen, außerdem stehen auch noch zwei Bettstellen da. Hier finden zwei Professoren der Fakultät, deren Wohnungen von den Faschisten eingeebnet worden sind, notdürftige Unterkunft.

Die größten Schwierigkeiten bereitet der Mangel an Literatur. Die Okkupanten haben in den polnischen Bibliotheken vandalisch gehaust. Tausende von Bänden der Universitätsbibliothek flogen zum Fenster hinaus und wurden vernichtet.

Eine interessante Arbeit leistet das in Warschau gegründete Zentralinstitut für Kultur, das vom Minister für Kultur und Kunst geleitet wird. Das Institut erforscht die Volkskultur Polens und sammelt diesbezügliche Materialien, wie Lieder, Legenden und Überlieferungen. In der Stadt Szklarska Poręba wurde vom Institut eine wissenschaftliche Zentrale eingerichtet, die die Volkskunst Schlesiens erforscht.

Warschau ist stolz auf sein Nationalmuseum, dessen Mitarbeiter voll Selbstaufopferung eine Anzahl wertvoller Ausstellungsgegenstände vor den Hitlerschen Rowdys gerettet haben. Das

Museum enthält u. a. auch eine herrliche Bildergalerie mit Werken polnischer Künstler, wie Michałowski, Grottger, Kossak, Siemiradzki, Chelmoński, Malczewski u. a. Die Werke des berühmten polnischen Malers Matejko sind in einem separaten Saal ausgestellt. Die Mitarbeiter des Museums retteten aus der Galerie des königlichen Schlosses Bilder von Canaletto, die das alte Warschau zum Thema haben. Außer ihrem künstlerischen haben sie jetzt auch noch unschätzbarer historischen Wert und sind daher jedem Polen teuer.

Das Nationalmuseum ist stets gut besucht.

* * *

Wer das öffentliche Leben Polens beobachtet, dem kann die große Anzahl der dort erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften nicht entgehen. Das unaufhaltsame Wachstum der Presse ist ein Gradmesser für den Wissensdurst, von dem das ganze Land nach dreizehn Jahren Sanationsregime und fünf Jahren faschistischer Okkupation ergriffen ist. Die Regierung tut alles, um die schöpferischen Kräfte des Volkes zu entwickeln. Außer der Tagespresse, den Partei- und Gewerkschaftszeitungen sowie wissenschaftlichen und technischen Fachblättern erscheinen in Polen über 20 Literatur- und Kunstzeitschriften.*

Wenn die Malerei noch unverkennbar zum Konservatismus neigt und die rückständige Tendenz „l'art pour l'art“ in ihr vorherrscht, so wendet sich die Literatur, namentlich die Dramatik, den bedeutenden Themen des modernen gesellschaftlichen und politischen Lebens zu, die die Massen angehen.

In den Spalten der Literatur- und Kunstzeitschriften spiegelt sich der Kampf wider, den die fortschrittlichen Vertreter der polnischen Kultur führen, um die Kunst dem Leben, den Massen näherzubringen, und um Themen zu fördern, die das ganze Land interessierende Probleme beleuchten.

Im Oktober v. J. tagte der zweite polnische Schriftstellerkongress. Das wichtigste zur Sprache gebrachte Problem waren die neuen Aufgaben der polnischen Literatur. Es wurden Vorträge gehalten

* Die wichtigsten literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Zeitschriften sind: „Odrodzenie“ (Wiedergeburt), „Kuźnica“ (Die Schmiede), „Myśl współczesna“ (Der moderne Gedanke), „Wiedza i życie“ (Wissenschaft und Leben), „Zycie nauki“ (Das wissenschaftliche Leben), „Zdrój“ (Die Quelle), „Wieś“ (Das Dorf), „Odra“ (Die Oder), „Nowiny literackie“ (Literarische Neuheiten), „Tygodnik Warszawski“ (Warschauer Wochenblatt), „Prob'emy“, „Arkona“, „Alma mater“, „Dziś i jutro“ (Heute und morgen).

über „Die Lage der Literatur und der Schriftsteller in Polen“ und „Die berufliche Lage der Schriftsteller“. Die vom Kongress beschlossene Resolution fordert die polnischen Schriftsteller auf, am Kulturaufbau tätigen Anteil zu nehmen und Probleme aufzurollen, die auf die großen sozialen und ökonomischen Fortschritte im Nachkriegsland Bezug haben.

Von den neuen Werken der polnischen Schriftsteller ist das Buch „Die Mauern von Jericho“ von Tadeusz Breza, dem im vorigen Jahr als bestem Werk der polnischen Nachkriegsprosa der Literaturpreis der Zeitschrift „Odrodzenie“ zugeschlagen wurde, besonders interessant.

Die in Katowice erscheinende Literatur- und Kunstwochenschrift „Odra“ hat für Schriftsteller, deren Werke die Polen wiederangegliederten Gebiete behandeln, einen Preis gestiftet.

Wie sehr sich die polnische Öffentlichkeit für russische Literatur interessiert, geht daraus hervor, daß viele Übersetzungen der russischen Klassiker und der Werke von Sowjetschriftstellern veröffentlicht werden. In den letzten beiden Jahren erschienen in polnischer Sprache Neuauflagen von Gogols „Toten Seelen“, Gorkis „Meine Kindheit“ und „Meine Universitäten“, Majakowskis „Gut und schön“, Scholochows „Der stille Don“, Makarenkos „Pädagogisches Poem“. Der bekannte polnische Dichter Julian Tuwim übersetzte kürzlich „Das Lied von Igors Heerfahrt“.

Die Fachleute des Verlagswesens haben ihre Organisation, den „Rat des Buches“. Während der Okkupation wurden 60 Prozent der Druckereien vernichtet, so daß es nicht leicht ist, Bücher herauszubringen. Es wird jedoch alles zur Wiederherstellung des Verlagswesens getan. Eine große Rolle spielt hierbei die im Oktober 1944 gegründete Verlagsgenossenschaft „Czytelniczka“. Im November v. J. gaben die Verlage dieser Genossenschaft zwölf Zeitungen mit einer Monatsauflage von 22 Millionen Exemplaren heraus. Bis Ende v. J. veröffentlichte „Czytelniczka“ über 100 Bücher und organisierte den Buchhandel im ganzen Land. Auch der bekannte, seit 110 Jahren bestehende polnische Verlag „Arct“ hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Er bringt jetzt interessante Bücher heraus, so z. B. die „Bibliothek der Wissenschaft über Polen“, „Die populäre Wiederaufbaubibliothek“, ferner Wörterbücher und Lexika.

* * *

Inmitten der Ruinen Warschaus erheben sich, eingekleilt zwischen den Mauern halbzerstörter Gebäude, mehrere Theater, deren bescheidene Zuschauerräume täglich überfüllt sind.

Polen hat vier Staatstheater: das Polnische Staatstheater in Warschau, das Staatstheater der polnischen Armee in Łódź, das Staatliche Wyspiańskitheater in Katowice und das Polnische Staatstheater in Poznań. Außerdem gibt es 30 Theater mit Truppen von Berufsschauspielern, 20 Jugendtheater und 40 Theater, in denen die besten Amateurtruppen auftreten. Es wurden 12 Bühnen- und Ballettschulen gegründet, was insofern wichtig ist, als Polen durch die Hitlerokkupation und die Kriegshandlungen sehr viele Schauspieler verloren hat.

In Warschau wurde voriges Jahr die erste staatliche Bühnenhochschule Polens unter Leitung des berühmten polnischen Regisseurs L. Sziller gegründet. Da sich in Warschau keine Räume fanden, hat die Schule zeitweilig ihren Sitz in Łódź. Eine zweite staatliche Bühnenschule wurde in Kraków eröffnet. Es erscheinen drei Theaterzeitschriften, und zwar „Teatr“, „Teatralna Łódź“ und „Listy z Teatru“ (Briefe aus dem Theater).

Wie die Zeitschrift „Teatr“ meldet, standen im Spielplan der polnischen Theater während der Theatersaison 1946/47 die Stücke der polnischen Klassiker Słowacki und Fredro an erster Stelle. Von den russischen Dramatikern ist Gogol besonders beliebt. Sein „Revisor“ wird in sechs polnischen Städten aufgeführt. Bedeutenden Raum in den Spielplänen nehmen auch Stücke westeuropäischer und amerikanischer Dramatiker ein.

Die Konzertsäle Polens sind stets überfüllt. Das Land hat mehrere Symphonieorchester, so in Kraków, Katowice, Wrocław, Toruń, Lublin und Bydgoszcz unter Leitung der bekannten Dirigenten Fitelberg, Berdajew, Gużyński, Latoszewski und Wilkomirski.

Die polnischen Komponisten und Musiker erfreuen sich auch außerhalb Polens großer Erfolge. Die polnische Sängerin Ewa Bandrowska-Turska ist in der Sowjetunion wohlbekannt. In Frankreich, England, Schweden, Dänemark und Norwegen gaben der Dirigent Fitelberg und die Geigerin Umińska mit großem Erfolg Gastkonzerte. Auf dem internationalen Musikerwettbewerb in Genf wurden die junge polnische Geigerin Wanda Wilkomirska und die polnische Sängerin Irena Lewińska preisgekrönt. Großen Erfolg hatte die moderne polnische Musik auf den Londoner Festspielen der Internationalen Gesellschaft für moderne Musik, wo das Konzert des polnischen Komponisten Roman Palester und das Geigenquartett von J. Fitelberg gespielt wurden.

Ein bemerkenswertes Ereignis im Theaterleben Polens war die Aufführung der Oper „Chłopska krew“ (Bauernblut) von den Bauern Władisław Kurbel und Aloiz Lazarek. Die Oper wurde in

Jelenia Góra (Niederschlesien) von Amateurschauspielern aufgeführt.

Die Zentrale der Musikamateure Polens ist das Łódźer Volksmusikinstitut.

Der Anfang d. J. in polnischen Lichtspielhäusern aufgeführte erste polnische Nachkriegsfilm „Verbotene Liedchen“ zeigt, welche Bedeutung die Musik während der schweren Zeit der Hitlerokkupation für das polnische Volk hatte. Unter Lebensgefahr veranstalteten polnische Musikliebhaber in Privatwohnungen Konzerte. Die mächtigen Akkorde Chopins begeisterten die Freiheitskämpfer. Das ganze Volk sang verbotene Lieder. Die kecken Warschauer Jungens sangen Antihitlerlieder, ohne sich um die SS-Leute zu kümmern.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die polnischen Filme vor dem Kriege auf sehr niedrigem Niveau standen. Jetzt sind in verhältnismäßig kurzer Zeit unzweifelhafte Erfolge zu verzeichnen. Auf den vorjährigen internationalen Kinofestspielen in Cannes wurde der polnische Kurzfilm „Wieliczka“, der die Salzgewinnung in dem gleichnamigen polnischen Gräberwerk zeigt, als bester wissenschaftlicher Aufklärungsfilm anerkannt.

In den letzten beiden Jahren wurden in Polen 39 Mittel- und Kurzfilme herausgebracht. Die besten davon sind neben „Wieliczka“: „Die Oder hinab bis zur Ostsee“ und „Warschauer Suite“.

Anfang 1945 hatte Polen insgesamt nur 17 Lichtspielhäuser, jetzt sind es etwa 500. Von großer Bedeutung für den Aufstieg der polnischen Filmindustrie ist die Eröffnung der ersten polnischen Kinoapparaturenfabrik in Łódź...

* * *

Bei den angeführten Ziffern und Tatsachen sind die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die das von der Naziokkupation verheerte Polen durchmacht. Aber selbst unter diesen schweren Verhältnissen steht das Kulturleben des polnischen Volkes nicht nur im Zeichen der Wiedergeburt, sondern weist eine Fortentwicklung auf und geht seiner Blüte, seinem Aufschwung entgegen.

Dies ist durchaus kein Zufall. Es ist möglich dank der grundlegenden Umgestaltungen, die das Land durch das wahrhaft demokratische Regime und seine Konsolidierung erfahren hat. Im faschistischen Polen der Vorkriegszeit waren Kultur, Wissenschaft, Aufklärung und Kunst den Volksmassen verschlossen. Die herrschende Clique war nicht daran interessiert, das Kultur-

niveau des Volkes zu heben, sie bemühte sich, die Hauptmasse der Bevölkerung in gefügige Sklaven zu verwandeln.

Erst die Zerschmetterung des Faschismus und die durchgreifenden sozialen und ökonomischen Umgestaltungen in Polen wie auch in den anderen Ländern der neuen Demokratie haben dem gesell-

schaftlichen, politischen und kulturellen Leben den Weg zu einer allseitigen Entwicklung gebahnt. Das wahrhaft demokratische Regime und die wirkliche Volksmacht schaffen Voraussetzungen für die Entwicklung der schöpferischen Kräfte der Massen, so daß das ganze Volk in immer höherem Maße der Kultur teilhaftig wird.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Wie der „Economist“ die Iraner hintergeht

Die Sowjetunion und Iran haben, wie bekannt, ein Abkommen über die Bildung einer gemischten sowjetisch-iranischen Gesellschaft geschlossen, der die Feststellung und Ausbeutung der Erdölvorkommen Nordirans obliegen soll. Das Abkommen bietet Iran günstigere Bedingungen als irgendein anderer derartiger Vertrag mit einem fremden Staat. Es ist auf 50 Jahre befristet. In den ersten 25 Jahren gehören Iran 49 Prozent und später 50 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft. Der Gewinn wird proportionell zum Aktienbesitz verteilt, Iran erhält also die Hälfte. Nach 50 Jahren hat die iranische Regierung, falls sie die Gesellschaft in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten wünscht, das Recht, die in den Händen der Sowjetunion befindlichen Aktien anzukaufen und so die Gesellschaft ganz zu übernehmen.

Dieses Abkommen wurde vor über einem Jahr, im April v. J., geschlossen. Es wirkte auf die englischen Imperialisten derart verstimmt, daß sie sich darüber noch immer nicht beruhigen können. Das geht auch aus einem Artikel hervor, der kürzlich im „Economist“, einem Organ der englischen Geschäftskreise, erschienen und im offiziellen Bulletin der englischen Botschaft in Teheran abgedruckt worden ist.

Dieser Artikel soll ganz offensichtlich das sowjetisch-iranische Abkommen diskreditieren und in der iranischen Öffentlichkeit Mißtrauen gegen die Sowjetunion wecken. Die angewandte Methode ist ziemlich primitiv. Der „Economist“ sucht die Iraner damit zu schrecken, daß die Bildung der sowjetisch-iranischen Gesellschaft „eine neue Okkupation“ Irans bedeute.

Dieses an den Haaren herbeigezogene Argument kann in Iran nur solche Leute „überzeugen“, die eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Iran mit allen Mitteln herbeiführen wollen und ein Erdölmonopol englischer Gesellschaften in Iran für „vorteilhafter“ halten. Die von den englischen Erdölgesellschaften

unabhängige Öffentlichkeit Irans aber weist die Insinuation des „Economist“ entrüstet zurück. So schreibt die Teheraner Zeitung „Aras“ über den Artikel im „Economist“:

„Er ist ein Gemisch von Kasuistik und Heuchelei, wie es dem Korrespondenten einer rechten, konservativen Zeitschrift wohl ansteht ... Er hat in Iran zwar manches gesehen und gehört, was er aber schreibt, ist ein Abkätzsch der politischen Tendenzen jener Kreise, die in seiner Zeitschrift den Ton angeben.“

Die Tendenzen der Drahtzieher des „Economist“ sind bekannt. Die englischen Besitzer der Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft brauchen Iran nur 20 Prozent der für die Aktienbesitzer bestimmten Reingewinne sowie den minimalen Betrag von 4 Schilling pro Tonne iranischen Erdöls abzuführen. Selbst die unbeschlagsten Mietlinge Englands in manchen Teheraner Zeitungsredaktionen können sich ausrechnen, daß das Abkommen mit der Sowjetunion für Iran bedeutend vorteilhafter ist als die englische Erdölkonzession.

Will man schon von Okkupation reden, so wäre das wohl die geeignete Bezeichnung für die Zustände in Husistan, dem Wirkungsbereich der englischen Erdölkonzessionen. Man nennt diese Provinz sogar einen englischen Staat in Iran. Die Gesetze Irans haben dort keine Gültigkeit, die dortige Polizei steht im Sold der englischen Konzessionäre. In dem Abkommen zwischen der Sowjetunion und Iran ist, da ja solche Praktiken vorkommen, besonders festgelegt worden, daß die Bewachung des Tätigkeitsgebietes der Gesellschaft ausschließlich von den Sicherheitsorganen Irans zu bewerkstelligen ist.

Wenn der „Economist“ die Iraner hinter Licht zu führen sucht, so handelt er im Auftrage der englischen Erdölgesellschaften, deren Vorteile sich natürlich nicht mit den Vorteilen Irans decken. Eben deshalb geben sie sich Mühe, das Abkommen zwischen der Sowjetunion und Iran zu diskreditieren.

3. Juni

In Bukarest wird ein Sowjetisch-Rumänisches Institut eröffnet.

4. Juni

Im Sicherheitsrat beginnt die Aussprache über den Bericht des Ausschusses der Militärsäbe.

Der UNO-Unterausschuß für Informations- und Pressefreiheit schließt in Neuyork seine erste Tagung und bestätigt den Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat mit der vorläufigen Tagesordnung der bevorstehenden internationalen Konferenz über Informations- und Pressefreiheit.

In Cluj (Klausenburg, Rumänien) beginnt der Prozeß gegen 52 Mitglieder einer in Transsilvanien aufgedeckten profaschistischen Sabotageorganisation, die sowohl Waffen wie Instruktionen von den Verschwörern gegen die ungarische Republik erhielt.

Der Abgeordnete Ferenc Implom wird als Generalsekretär der ungarischen Partei kleiner Landwirte bestätigt.

Das USA-Repräsentantenhaus stimmt dem Gesetzentwurf zu, durch den das Streikrecht und die Gewerkschaftsrechte eingeschränkt werden.

Das leitende Komitee (Comité directeur) der Sozialistischen Partei Frankreichs beschließt die Auflösung der etwa 50 000 Mitglieder zählenden progressiven sozialistischen Jugendorganisation.

Beginn eines Lohnstreiks der Eisenbahner in Paris.

In Amritsar (Provinz Pandschab, Indien) kommt es zu Zusammen-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISE

Jun 1947

stößen zwischen Hindus und Moslems, bei denen 6 Personen getötet und 10 verwundet werden.

Stürmische Debatte im kanadischen Unterhaus über die Anwesenheit von USA-Truppen in Kanada.

Spruille Braden, USA-Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, tritt zurück.

5. Juni

Gemeinsame Massenmeetings der Arbeiterparteien in Budapest unter der Losung: Einheit der demokratischen Kräfte und endgültige Ausrottung der Reaktion in Ungarn.

Fünfzigtausendköpfiges Protestmeeting in Neuyork gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung.

Der USA-Senat beschließt die Ratifizierung der Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

6. Juni

Rede des Sowjetvertreters A. A. Gromyko im Sicherheitsrat zum Bericht des Ausschusses der Militärsäbe.

Beginn der Sitzungen des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften in Prag.

Das Große Sobranje Bulgariens hebt die Immunität von Nikola Petkoff, dem Führer der oppositionellen Parlamentsgruppe der Bauernpartei,

auf, der der Vorberichtigung eines Staatsumsturzes beschuldigt wird.

In der britischen Besatzungszone wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verboten.

In München wird eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder eröffnet. Die Ministerpräsidenten der Länder der sowjetischen Besatzungszone lehnen, da ihre Vorschläge für die Tagesordnung nicht angenommen wurden, die Teilnahme an der Konferenz ab.

7. Juni

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Beschuß des Ministerrats der UdSSR über die Zuerkennung der Stalinprämien für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende Erfindungen und grundlegend vervollkommenne Produktionsmethoden, ferner für Spitzenleistungen in Kunst und Literatur im Jahre 1946.

Die Handelsdelegation der jugoslawischen Regierung unter Führung des jugoslawischen Außenhandelsministers Nikola Petrović trifft in Leningrad ein.

In Prag wird der 2. Internationale Journalistenkongreß der Nachkriegszeit geschlossen. Der Kongreß beschließt eine Resolution über Presse- und Informationsfreiheit, genehmigt die Satzungen des Internationalen Journalistenverbandes und wählt dessen leitende Körperschaften.

In Belgrad trifft eine vom Ministerpräsidenten Petru Groza geführte rumänische Regierungsdelegation ein.

Die ungarische Presse veröffentlicht eine Deklaration des Nationalkomitees Ungarns über die innerpolitische Lage.

Rücktritt der Regierung des Libanons.

8. Juni

In Florenz wird der erste Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens geschlossen. Die Tagung wählt die Föderationsleitung und faßt eine Resolution zu Fragen der demokratischen Wiederherstellung des Landes, der Löhne und des Kampfes gegen die Inflation.

9. Juni

In Prag wird die Tagung des Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften eröffnet.

Das Exekutivkomitee der Weltföderation der Gewerkschaften beschließt, gegen die Inhaftierung von Resa Rusta, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der iranischen Gewerkschaften, bei der iranischen Regierung Protest einzulegen.

Die Studenten von 21 chinesischen Colleges und Universitäten wenden sich mit einem Offenen Brief an die Völker der ganzen Welt, in dem sie gegen die von den Kuomintangbehörden unternommenen Versuche, die Studentenbewegung in China zu unterdrücken, Protest erheben.

Norman Armour wird von Truman zum USA-Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder ernannt.

Ausbruch eines Volksaufstandes in der chinesischen Provinz Kwangsi.

10. Juni

Eröffnung einer außerordentlichen Tagung der ungarischen Nationalversammlung in Budapest.

Das Kriegsgericht in Sofia

verurteilt den Henker des bulgarischen Volkes Alexander Zankoff und sechs seiner Helfershelfer in contumaciam zum Tode.

Hunderttausendköpfige Protestdemonstration in New York gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung des Kongresses.

Der USA-Präsident Truman trifft in Kanada ein.

Der Rat der Moslemliga akzeptiert den englischen Plan, der eine Teilung Indiens vorsieht.

11. Juni

Eine tschechoslowakische Militärdelegation unter Führung des Generals Svoboda, Verteidigungsministers der Tschechoslowakei, trifft in Belgrad ein.

VERLAGSANZEIGEN

MILITÄRVERLAG DES MINISTERIUMS DER STREITKRÄFTE DER UDSSR

Neuerscheinungen:

HARALD SVERDRUP — *Mit dem U-Boot ins Packe's.* Aus dem Norwegischen mit Vorworten vom Verfasser und Professor W. J. Wiese. 144 S., Rbl. 3,—

Über die Arktisexpedition 1931 mit dem U-Boot „Nautilus“.

JOHN PHILIPS CRANWELL — *Die Bestimmung der Seestreitkräfte.* Aus dem Englischen. 176 S., Rbl. 4,—

Oberst B. S. TELPUCHOWSKI — *Der Nordische Krieg. 1700—1721. Peter I. als Feldherr.* 200 S., Rbl. 10,— Mit Kartenbeilagen.

R. FRAJERMAN und P. SAIKIN — *Das Leben und die ungewöhnlichen Abenteuer des Reisenden und Seefahrers Kapitänleutnant Golowin.* Erstes Buch. 280 S., Rbl. 5,50

M. EGART — *Die undurchdringliche Zone. Erzählung.* (In der Serie „Bibliothek des Nachimowmanns“.) 208 S., Rbl. 6,—

In Vorbereitung:

BEITRÄGE ZUR RUSSISCHEN KRIEGSGESCHICHTE. Herausgegeben von L. G. Beskrowny. 640 S., Rbl. 26,—

Sammlung kriegsgeschichtlicher Dokumente vom 10. bis Anfang des 20. Jahrhunderts.

STAATSVERLAG FÜR LEHRBUCHER UND PÄDAGOGISCHE LITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

Prof. Dr. der techn. Wissenschaften K. K. AGLIN-ZEW — *Abhandlungen über Atomkernphysik.* 56 S., Rbl. 1,20

Eine Übersicht über die wichtigsten Errungenschaften der Kernphysik.

Professor W. W. WINOGRADOW — *Die russische Sprache* (Grammatische Wortkunde). 784 S., Rbl. 29,—

Professor I. M. TRONSKI — *Geschichte der antiken Literatur.* 496 S., Rbl. 21,—

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE. Arabisches Märchen. Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Erste Bibliothek des Schulkindes“.) 48 S., Rbl. 1,20

A. ALTAJEW — *M. I. Glinka.* 268 S., Rbl. 9,50
Erzählung von dem Leben und Schaffen des russischen Komponisten.

J. BASCH — *Professor Buiko.* Erzählung. Aus dem Ukrainischen von W. Juresinski. Mit Illustrationen von F. Glebow. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 144 S., Rbl. 4,20

IN JENEN TAGEN. *Leningrader Album.* Bilder von A. Pachomow. Text von N. Tichonow. 48 S., Rbl. 5,—

M. SINGER — *U-Boot-Krieg im Nördlichen Eismeer.* Mit Illustrationen von A. Schulz. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 64 S., Rbl. 2,—

Von dem heldenhaften Kampf sowjetischer U-Boot-Mannschaften während des Großen Vaterländischen Krieges.

J. CONRAD — *Ein Duell.* Aus dem Englischen von M. Bogoslowskaja. Mit Illustrationen von D. Dubinski. 112 S., Rbl. 4,—

Erzählung aus dem französischen Leben zu Anfang des 19. Jahrhunderts.

S. MARSCHAK — *Gedichte für Kinder.* Mit Illustrationen von W. Lebedew. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. 2,—

ONKEL FROST, FUCHS UND WOLF. Russische Volksmärchen, bearbeitet von A. Tolstoi. Mit Illustrationen von I. Kusnezow. (In der Serie „Meine ersten Bücher“.) 24 S., Rbl. 1,50

D. NAGLISCHKIN — *Die stille Bucht.* Mit Illustrationen von W. N. Konstantinow. 134 S., Rbl. 5,50

W. ODOJEWSKI — *Ein kleines Städtchen in der Tabaksdose.* Märchen. Mit Illustrationen von M. Gorszman. 16 S., Rbl. 2,—

N. PAWLWA — *Der Moosfarn, ein Kind der Wüste.* Mit Illustrationen von W. Jolkin. 64 S., Rbl. 2,—

Pflanzen geschichten.

M. PRISCHWIN — *Der Kranich.* Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. 80

Erzählungen über Tiere.

M. PRISCHWIN — *Des Fuchses Brot.* Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 80 S., Rbl. 1,50

Geschichten über Vierfüßler und Vögel.

A. S. PUSCHKIN — *Ausgewählte Werke.* Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 160 S., Rbl. 4,50

I. I. PUSCHTSCHIN — *Erinnerungen an Puschkin.* (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 72 S., Rbl. 2,—

W. JAN — *Das phönizische Schiff.* Historische Erzählung. Mit Illustrationen von W. Bechtejew. 174 S., Rbl. 4,50

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.